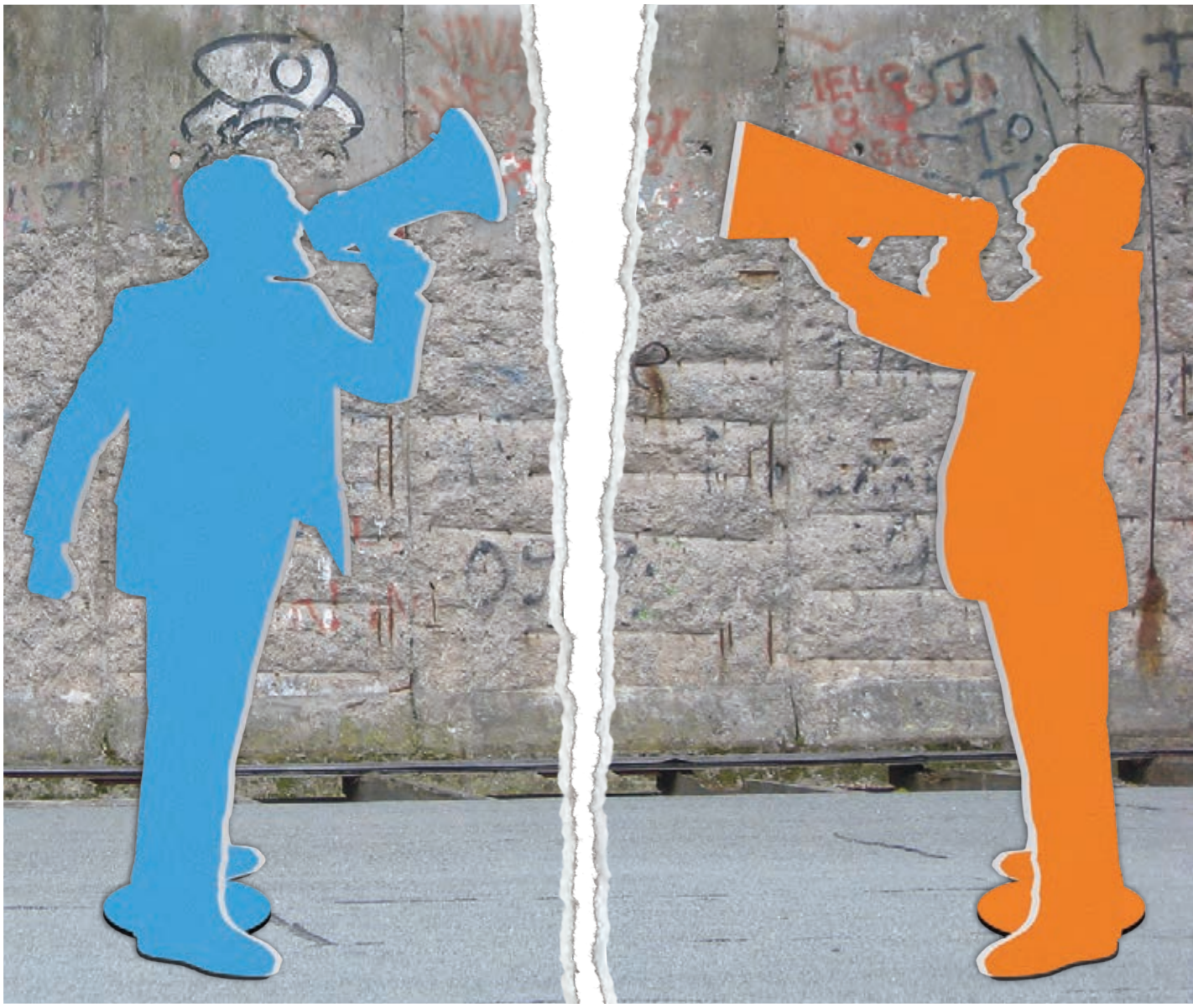
Heft 107 / 2021

GEGEN VERGESSEN FÜR DEMOKRATIE



Schwerpunktthema:

Politische Umgangsformen

weitere Themen:
- Interview mit Zeitzeugin Wendelgard von Staden
- General Rommel und unsere Erinnerungskultur

Informationen zur politischen Bildungsarbeit

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

Liebe Freundinnen und Freunde von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.!

Die Bewältigung der Corona-Pandemie stellt die wohl größte politische und gesellschaftliche Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland seit ihrem Bestehen dar. Das Bündel an Maßnahmen, mit denen Gesetzgeber, Regierung und Verwaltung auf Bundes- und Länderebene versuchen, eine weitere Ausbreitung der Pandemie zu verhindern und die Zahl der Opfer zu begrenzen, reicht von schlichten Verhaltensempfehlungen über den Aufbau von Impfzentren und die Bereitstellung von Finanzhilfen bis hin zu nächtlichen Ausgangssperren, Versammlungsverboten und Betriebsschließungen. Dadurch geraten auch die Staatsstrukturprinzipien, auf denen unser Gemeinwesen fußt – Demokratie, Rechtsstaat, Föderalismus und Sozialstaatlichkeit – unter Druck.

In den vergangenen Monaten sind viele der getroffenen Maßnahmen im Hinblick auf die Vereinbarkeit mit den Grundrechten und anderen verfassungsrechtlichen Vorgaben kritisch hinterfragt worden. Das ist notwendig in einer lebendigen Demokratie, die von der offenen Auseinandersetzung lebt. Das gilt gerade auch in Zeiten der Krise. Das Grundgesetz kennt zwar viele Regeln, die es zulassen, auf Krisen, Notstands- und Ausnahmesituationen besonders zu reagieren (vgl. z. B. Art. 10 Abs. 2 S. 2 GG; Art. 11 Abs. 2 GG; Art. 35 Abs. 2 GG; Art. 91 GG; Art. 109 Abs. 3 S. 2 GG; Art. 115 Abs. 2 S. 3 GG), es stellt die Grundrechte aber nicht unter einen wie immer gearteten Ausnahmevorbehalt. Als Abwehrrechte sollen diese Regeln den Bürger gerade auch in Sondersituationen schützen. Jede hoheitliche Maßnahme muss vor ihrem Hintergrund gerechtfertigt werden. Dabei spielt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit eine zentrale Rolle, der bei Prognoseentscheidungen aber nicht leicht zu operationalisieren ist.

Wo schnell gehandelt werden muss, da werden auch Fehler gemacht. Wenn einzelne Entscheidungen deshalb von Gerichten als unverhältnismäßig zurückgewiesen werden, ist dies allein noch kein Grund zur Beunruhigung. Denn Unrecht herrscht erst, wenn das Recht systematisch nicht beachtet wird. Die teilweise emotional geführte Diskussion darüber, ob sich die Verwaltungsgerichte nicht zu stark durch die medial vermittelten Schreckensszenarios haben einschüchtern lassen, gehört ebenfalls zu einer funktionierenden Demokratie. Kontraproduktiv erscheint dagegen eine Rhetorik, die sich demonstrativ nicht mehr auf die Komplexität des Gegenstandes und auf sachliche Argumente einlässt.

Wer mit düsterem Gestus die „Corona-Diktatur" beschwört, wer Paragraf 5 des Infektionsschutzgesetzes, der den Erlass von Rechtsverordnungen ermöglicht, als „Hindenburg-Klausel" desavouiert, wer der „Erosion des Rechtsstaats" das Wort redet, der will in aller Regel nicht mehr in den Austausch treten, sondern lediglich seiner Wut und Enttäuschung Raum geben und Aufmerksamkeit generieren.

Es stellt sich aber nicht erst seit der Pandemie die Frage, wie die Kultur der politischen Auseinandersetzung wieder in Bahnen gelenkt werden kann, die ein gemeinsames Lernen und Wachsen in der Auseinandersetzung ermöglicht. Mit genau diesem Thema befassen sich mehrere Beiträge in der vorliegenden Ausgabe der Zeitschrift. Denn gerade die Fähigkeit zu konstruktiver Kommunikation hält Demokratien in Krisen robust.

Ich bin mir sicher, dass Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in seiner Überparteilichkeit eine Chance hat, hier im Bereich der politischen Bildung wichtige Akzente zu setzen. Als neuer Vorsitzender freue ich mich darauf, mit Ihnen gemeinsam diese Herausforderung anzunehmen.

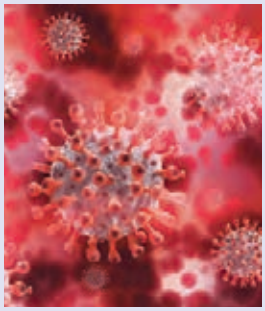
Ihr Andreas Voßkuhle

Die Einschränkungen infolge des Covid-19-Virus' machen es notwendig, dass viele Tätigkeiten der Geschäftsstelle weiterhin im Homeoffice erledigt werden. Sie erreichen uns zuverlässig über *info@gegen-vergessen.de*.

IMPRESSUM
Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, *info@gegen-vergessen.de*, *www.gegen-vergessen.de*
Bankkonto: Sparkasse KölnBonn · IBAN DE45 3705 0198 0008 5517 07 · BIC COLSDE33XXX

Titelgrafik: Atanassow-Grafikdesign, Dresden (unter Verwendung von Pixabay-Silhouetten)

Redaktion: Liane Czeremin, Dr. Dennis Riffel, Theresa Ostertag, Thomas Stein, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)
Lektorat: Ines Eifler, Görlitz
Gestaltung: Atanassow-Grafikdesign, Dresden
Druck: B&W MEDIA-SERVICE Werbe- und Verlagsgesellschaft mbH
Die Zeitschrift wird klimaneutral auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.
Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Redaktion oder des Vereins dar.
Die Redaktion überlässt die Entscheidung über eine Verwendung gendergerechter Sprache den Autorinnen und Autoren.
ISSN 2364-0251



Inhaltsverzeichnis

Die Themen in dieser Ausgabe

SCHWERPUNKTTHEMA

Rechtsstaatlichkeit und demokratische Kultur in der Krise 4

Demokratische Streitkultur für eine pluralistische Gesellschaft 7

Interview: „Die Demokratie lässt sich nicht von der Zuschauerbank aus verteidigen“ 11

WEITERE THEMEN

Margot-Friedländer-Preis 14

Interview: „Wir waren entschlossen, unser Land zu einer guten Demokratie zu machen“ 16

BLOG MIGRATIONS-GESCHICHTEN.DE

Der neue Blog von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. 20

Antiasiatischer Rassismus (in Zeiten von Corona) 20

ANALYSE UND MEINUNG

Mit „Rechten“ reden? 22

Hitlers Lieblingsgeneral und unsere demokratische Erinnerungskultur 25

AUS UNSERER ARBEIT

Vorstand wählt Andreas Voßkuhle zum Vorsitzenden 28

Radikalisierung im Netz – wie Extremisten uns im Netz manipulieren 29

RAG Mittleres Ruhrgebiet: Lernen durch Erinnern 31

RAG Münsterland: Zerreißproben, die Zeitzeugen nie vergessen konnten 33

RAG Münsterland: Die Feuer dürfen nicht größer werden 34

RAG Rhein-Ruhr-West: Integrativ wirken, nicht eskalierend 37

RAG Rhein-Ruhr-West: Zum Schutze der Republik 37

RAG Rhein Main: Erinnern in Auschwitz, auch an sexuelle Minderheiten 39

RAG Mittelhessen: Ein vergessenes Opfer der NS-Krankenmorde: Marianne Krombach aus Gießen 40

NAMEN UND NACHRICHTEN

Dem heiteren Aufklärer Walter H. Pehle 43

Stefan Querl neuer Beauftragter gegen Antisemitismus in Münster 44

REZENSIONEN

Vom Überleben des Herzens. Eine Annäherung 45

Gerettete und ihre RetterInnen. Jüdische Kinder im Lager Gurs 46

IMPRESSUM 2

VORSTAND UND BEIRAT 47

Andreas Voßkuhle

Rechtsstaatlichkeit und demokratische Kultur in der Krise

Menschen auf der ganzen Welt haben in den vergangenen Monaten mit bangem Blick in Richtung Amerika geschaut. Es lag allen deutlich vor Augen, dass die Geschehnisse dort international bedeutende Auswirkungen nach sich ziehen würden. In Europa vermittelten die unvorstellbaren Abläufe während und nach den US-Präsidentschaftswahlen eine Ahnung davon, was auch europäischen Gesellschaften in Hinsicht auf die politische Kultur in Zukunft drohen könnte. Die Stürmung des Kapitols in Washington von aufgebrachten Anhängern Donald Trumps am 6. Januar 2021 markierte einen traurigen Höhepunkt der Missachtung demokratischer Institutionen und Verfahren in den USA.

Doch auch in Europa sind sowohl die Rechtsstaatlichkeit als auch die demokratischen Gepflogenheiten bereits unter Druck geraten. So haben wir in einzelnen EU-Staaten eine Entmachtung der Verfassungsgerichte erlebt, und rechtspopulistische Bewegungen bemühen sich vielerorts zunehmend, gängige demokratische Spielregeln außer Kraft zu setzen. Was ist da geschehen, und wie können wir dem entgegenwirken?

Erfolgsgeschichte der Demokratie

Zunächst gilt es sich bewusst zu machen, dass die Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaat in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vor allem eine Erfolgsgeschichte ist, die ihren Ursprung nicht erst 1945 hatte.

Wichtige Meilensteine für diese Erfolgsgeschichte haben schon die europäischen Demokratiebewegungen in der Mitte des 19. Jahrhunderts gesetzt. Sie konnten sich auf das Erbe der Französischen Revolution und des britischen Parlamentarismus stützen. Daneben schauten progressive Kräfte schon damals auf die USA, allerdings nicht mit bangem, sondern mit bewunderndem Blick. Vor allem die optimistischen Beobachtungen des französischen Rechtswissenschaftlers und Philosophen Alexis de Tocqueville „Über die Demokratie in Amerika" hatten großen Einfluss auf die Europäer.

Auch Abgeordnete der Frankfurter Paulskirche beriefen sich bei ihrem Entwurf für eine Verfassung unter anderem auf die 1835 erschienene Schrift von Tocqueville. Der Verfassungsentwurf der Paulskirchenversammlung begründete dann eine parlamentarisch-demokratische Traditionslinie in Deutschland, die zwar mehrfach gebrochen wurde, sich jedoch schließlich durchsetzte. Indes brachten hier erst die bitteren Erfahrungen mit dem Scheitern der Weimarer Republik und mit der Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus einen nachhaltigen Erfolg. Vor dem Hintergrund des grausamen Krieges und des Völkermordes an den Juden beschlossen die Mütter und Väter des deutschen Grundgesetzes, in der neuen Verfassung die Demokratie und den Rechtsstaat eng miteinander zu verzahnen.

Der Sturm auf das Kapitol in Washington D.C. am 6. Januar ist zum Sinnbild für die Krise der politischen Kultur in den USA geworden.

Foto: Tyler Merbler/flickr.com

Zusammenwirken von Rechtsstaat und Demokratie

Die Demokratie sichert die Selbstbestimmung des Volkes, indem sie die Bildung, Legitimation und Kontrolle derjenigen Organe organisiert, die staatliche Herrschaftsgewalt gegenüber der Bürgerin und dem Bürger ausüben. Der Rechtsstaat zielt hingegen auf Begrenzung und Bindung staatlicher Herrschaftsgewalt im Interesse der Sicherung individueller Freiheit – besonders durch die Anerkennung der Grundrechte, der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und durch unabhängige Gerichte.

Diese Konzeption hat nicht nur einen der liberalsten und offensten Staaten der Welt ermöglicht, sie hat auch außergewöhnlichen Wohlstand und sozialen Ausgleich befördert. In den Nachkriegsjahrzehnten setzte sich der demokratische Rechtsstaat in immer mehr Ländern durch, bis der Fall des Eisernen Vorhangs einige Beobachterinnen und Beobachter veranlasste, den endgültigen Sieg von Demokratie und Rechtsstaat zu verkünden und das „Ende der Geschichte" (Francis Fukuyama) auszurufen.

Die Gewissheit der Nachkriegsgeneration und ihrer Nachfahren, auf dem richtigen Weg zu sein, ist plötzlich für viele überra-

Foto: Arne Schmidt/Konzeptautoren.de

Plakate für eine Pro-Europa-Demonstration in Berlin 2017. Die Gewissheit der Nachkriegsgeneration und ihrer Nachfahren, auf dem richtigen Weg zu sein, ist plötzlich verloren gegangen.

schend verloren gegangen. Dies lässt sich vielfältig begründen. Einerseits mit dem rasanten sozialen Wandel, andererseits mit Krisen auf verschiedenen Ebenen: etwa der internationalen Finanzkrise, der europäischen Staatsschuldenkrise, der Migrationskrise, der Klimakrise und nun der Corona-Pandemie. Hinzu kommen Rückschläge in den internationalen Beziehungen und das Aufkommen neuer Formen des Terrorismus. Viele Menschen – so die Diagnose – hat dieser andauernde Krisenmodus nachhaltig verunsichert.

Demokratische Kultur und Kommunikation

Die Schwierigkeiten zahlreicher Menschen aus der Mitte der Gesellschaft, mit sozialem Wandel und Krisen umzugehen, hat die Politik in den vergangenen Jahren vielleicht zu wenig beachtet. Denn hier geht es um Bürgerinnen und Bürger, die nicht offensichtlich benachteiligt sind, sondern eher unter dem Radar der öffentlichen Aufmerksamkeit ein normales Leben leben.

Statt kommunikativ auf die Bedürfnisse der Menschen einzugehen, hat sich bei einigen Akteuren eine Neigung entwickelt, mit soziologischen Großdeutungen (Stichwort: „Globalisierungsverlierer") und ihren Übergängen in die kollektive Psychologie (Stichwort: „Wutbürger", „diffuse Abstiegsängste"), bestimmte Gesellschaftsschichten zu pathologisieren. Dies lenkt Wasser auf die Mühlen der Populisten, die den anti-elitären Affekt gern befeuern, indem sie auf eine herablassende Haltung des (urbanen) Akademikermilieus gegenüber der „normalen" Bevölkerung hinweisen. Mittlerweile haben diese populistischen Bewegungen und Parteien mit ihrem Hang zu dreisten Provokationen und Lügen sowie über die intensive Nutzung digitaler Kommunikationswege eine Polarisierungsdynamik der öffentlichen Debatte erzeugt, der demokratische Akteure kaum mehr Einhalt gebieten können. Was kann hier getan werden?

Wege aus der Polarisierung

Zunächst sollten wir etwas Ballast abwerfen: Schrille Töne, persönliche Angriffe, vermeintliche Tabubrüche – wo die Grenze zwischen lebhafter Auseinandersetzung und Verrohung der politischen Sitten verläuft, wird immer umstritten sein. Allein: Fehlendes demokratisches Bewusstsein ist dadurch nicht zwingend indiziert. Die Demokratie des Grundgesetzes ist keine „Kuschel-Demokratie". Sie lebt von der leidenschaftlichen Auseinandersetzung, zu der auch eine kraftvolle Rhetorik und prägnante Zuspitzungen gehören. Oder wie der Rechtswissenschaftler Christoph Möllers treffend bemerkt hat: „Moralismus und politische Empfindsamkeit ersetzen weder Argumente noch politische Konflikte." Deshalb sollte man den Populismusvorwurf sparsam verwenden.

Auch von dem Versuch, populistischen Strömungen das Wasser abzugraben, indem man ihre Protagonisten demonstrativ aus dem demokratischen Diskurs ausschließt, halte ich jenseits der durch das Grundgesetz gezogenen Grenzen wenig. In der Demokratie muss darauf geachtet werden, nicht in einen moralischen Absolutismus zu verfallen, der Gegenpositionen mit Intoleranz begegnet.

An den Mühen der politischen Ebene im Rahmen demokratischer Verfahren führt dabei kein Weg vorbei. Erforderlich ist eine beständige argumentative Auseinandersetzung mit einzelnen politischen Forderungen. Gerade auch in „heiklen" Politikfeldern müssen demokratische Parteien Farbe bekennen und konkrete Handlungsoptionen aufzeigen, damit die Wählerinnen und Wähler Alternativen haben.

Damit kein Missverständnis entsteht: Soweit es zu eindeutigen rechtlichen Grenzüberschreitungen kommt – seien es Schmähungen und Volksverhetzungen durch einzelne Politikerinnen und Politiker, seien es Verstöße gegen demokratische »

Foto: GVFD-Archiv

Politische Bildung soll kein Besserwissen vorsetzen, sondern als Empowerment verstanden werden. Hier ein Workshop zum ARGUTRAINING WIeDERSPRECHEN FÜR DEMOKRATIE.

» und rechtstaatliche Spielregeln – müssen diese konsequent sanktioniert werden. Das ist zuvörderst Aufgabe der staatlichen Institutionen und der unabhängigen Gerichte. Bei dieser anspruchsvollen Aufgabe sollte eine wache Zivilgesellschaft den Verantwortlichen beständig auf die Finger schauen. Und wo staatliche Sicherheitsorgane auf europäischer Ebene durch populistische Regierungen schon korrumpiert oder beseitigt worden sein sollten, müssen die Mechanismen der Europäischen Union und der Völkerrechtsgemeinschaft greifen. Jedes Zurückweichen führt hier unweigerlich in den Abgrund!

Schließlich gilt es, mit politischer Bildung bestehenden Fehlvorstellungen über die Funktionsweise des demokratischen Prozesses und zu hohen Erwartungen an die Politik entgegenzuwirken. Gerade das Zusammenwirken von demokratischem Mehrheitsprinzip und der Begrenzung der Macht der Mehrheit durch den Rechtsstaat wird in seiner Notwendigkeit landläufig unterschätzt. Unser Grundgesetz will den kritischen und informierten, vor allem aber neugierigen Bürger. Bildungsangebote sollen ihm Orientierung bieten, aber kein paternalistisches Besserwissen vorsetzen. Deshalb brauchen wir politische Bildung, verstanden als Empowerment.

Herausforderungen durch Digitalisierung

Eine der größten Herausforderungen bildet hierbei die Verlagerung der politischen Diskussion aus dem Alltag – Arbeitsplatz, Sport, Freundes- und Familienkreis – in die digitalen Netzwerke.

Indem ihre Algorithmen zur Herausbildung von „Filterblasen" und „Echokammern" beitragen, wird uns Einheit vorgespiegelt, wo in Wirklichkeit Vielfalt das Leben prägt. In den USA hat sich seit dem Aufkommen der Tea-Party-Bewegung – also schon vor Donald Trump – gezeigt, wie diese digitalen Mechanismen für gezielte Falschinformationen, Polarisierungen und den Aufbau von Feindbildern genutzt werden können. Als Folge sehen wir dort heute eine gespaltene Gesellschaft, in der das einst tiefe Gefühl der US-Amerikaner für die Idee eines „Common Sense" im Sinne ihres Gründervaters Thomas Paine zu schwinden scheint.

Die Situation der Gesellschaften in den USA und Europa lässt sich nicht gleichsetzen, und auch innerhalb der EU bestehen aus der historischen Entwicklung heraus große Unterschiede im Grad der Polarisierung. So haben sich in der Bundesrepublik der über Jahrzehnte entwickelte starke Mittelstand und eine auf Interessenausgleich ausgerichtete Regierungspolitik lange Zeit stabilisierend ausgewirkt. Aber auch die deutsche Demokratie verträgt sich nicht mit der seit einigen Jahren wachsenden Tendenz, Feindbilder zu schüren. Im Gegenteil: Die Anerkennung des Anderen als gleich und frei, die Achtung des Anderen in seiner politischen Überzeugung unter Verzicht auf einen Absolutheitsanspruch, die Offenheit für Argumentation und, wenn nötig, Kompromiss, die Loyalität gegenüber einer aktuellen Mehrheitsentscheidung. Auf dieses demokratische Ethos ihrer Bürgerinnen und Bürger ist die deutsche – wie jede – Demokratie angewiesen. ■

Prof. Dr. Dres. h. c. Andreas Voßkuhle ist Präsident des Bundesverfassungsgerichts a. D., Hochschullehrer und Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Manon Westphal

Demokratische Streitkultur für eine pluralistische Gesellschaft

Orientierungen für die politische Bildung

Unsere Gesellschaft ist von unterschiedlichen Interessen, Identitäten und Weltanschauungen geprägt. Der damit verbundene tiefgreifende Pluralismus ist eine gesellschaftliche Realität, die liberale Gesellschaften anerkennen müssen. Daraus ergibt sich allerdings die Herausforderung, Meinungsverschiedenheiten auszuhalten und Konflikte auszutragen. Für einen erfolgreichen Umgang mit dieser Herausforderung braucht es eine Streitkultur, die demokratische Werte und Prinzipien lebt und pflegt.

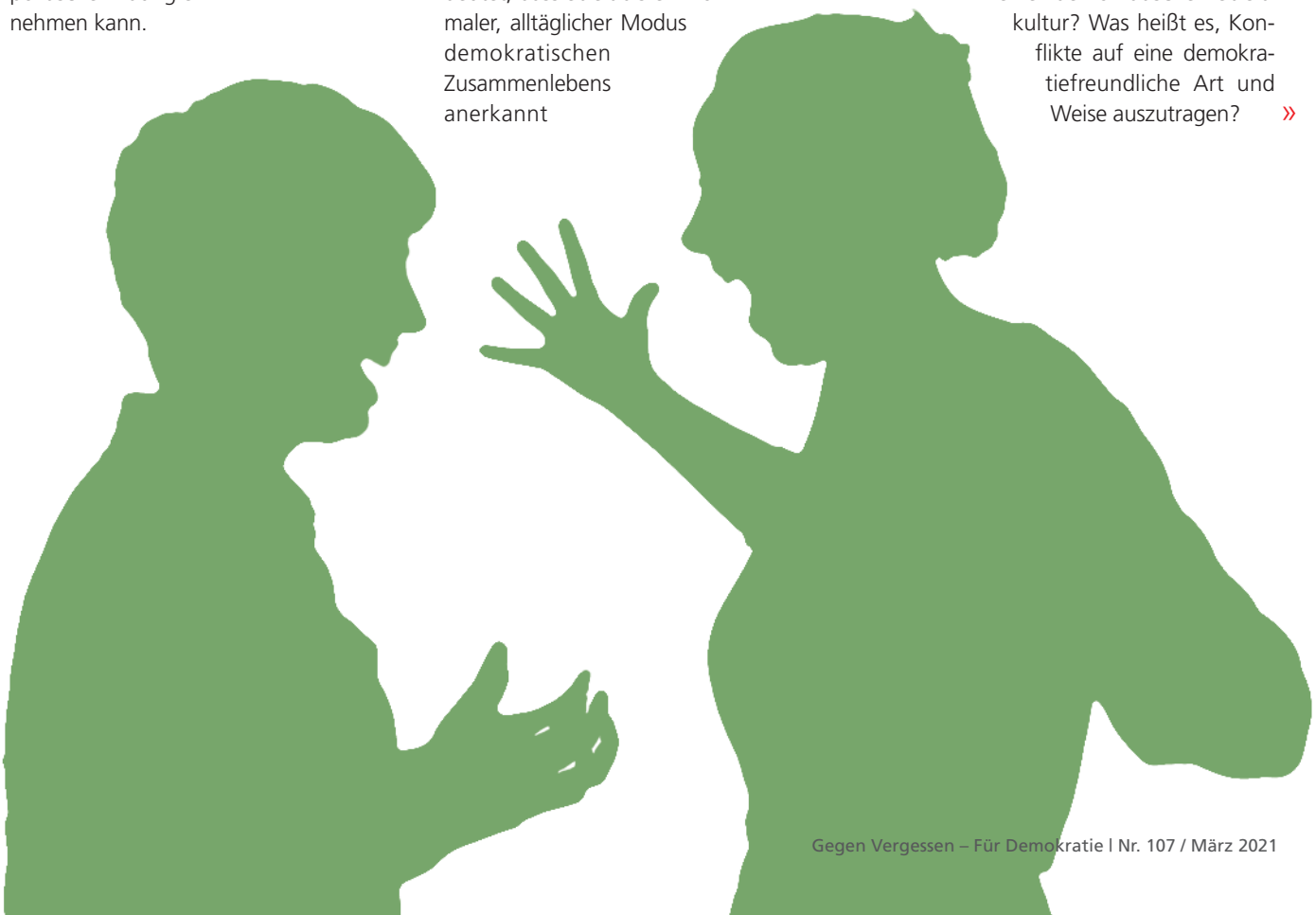
Im Folgenden wird beschrieben, warum Pluralismus mit Konflikt einhergeht und es so wichtig ist, sich über Merkmale einer demokratischen Streitkultur Gedanken zu machen. Anschließend wird ein Vorschlag unterbreitet, welche Merkmale eine demokratische Streitkultur auszeichnen sollten. Es werden vier Prinzipien beschrieben: Dissenstoleranz, Inklusivität, Einigungsfähigkeit und Ergebnisvorläufigkeit. Welche Kompetenzen brauchen Bürger*innen, um selbstbestimmt und im Sinne einer demokratischen Streitkultur am Streit mit anderen teilnehmen zu können? Der Beitrag gibt hier Impulse, welche Rolle die politische Bildung einnehmen kann.

Pluralismus, Konflikt und demokratische Streitkultur

Eine demokratische Streitkultur ist insbesondere deshalb wichtig, weil Pluralismus nicht einfach nur harmonische *Vielheit* ist. Pluralismus birgt Konfliktpotenzial, weil Bürger*innen auf Grundlage ihrer Interessen, Identitäten und Weltanschauungen unterschiedliche Ansprüche daran stellen, wie die Gesellschaft und deren Regeln gestaltet sein sollten.

Die Verpflichtung liberaler Demokratien den Pluralismus anzuerkennen, bedeutet, dass Streit als ein normaler, alltäglicher Modus demokratischen Zusammenlebens anerkannt werden muss. Deshalb ist es aus zwei Gründen wichtig, über Merkmale einer demokratischen Streitkultur nachzudenken. Erstens ist Streit nicht gleich Streit. Es gibt verschiedene Formen des Streitens und eine funktionierende Demokratie ist auf bestimmte angewiesen. Demokratische Streitkultur ist ein Sammelbegriff für die Prinzipien demokratiefreundlicher und -förderlicher Streitformen. Zweitens genügen die besten Prinzipien nicht, wenn sie nicht Teil der gesellschaftlichen Praxis sind und mit Leben gefüllt werden.

Was aber sind die Merkmale einer demokratischen Streitkultur? Was heißt es, Konflikte auf eine demokratiefreundliche Art und Weise auszutragen? »



Grafik: Atanassow-Grafikdesign, Dresden

» Prinzipien einer demokratischen Streitkultur

Ich schlage vier Prinzipien als elementare Merkmale einer demokratischen Streitkultur vor: Dissenstoleranz, Inklusivität, Einigungsfähigkeit und Ergebnisvorläufigkeit. Damit ist Folgendes gemeint.

Dissenstoleranz: Eine demokratische Streitkultur lebt davon, dass Mitglieder einer Gemeinschaft gegenseitig anerkennen, dass sie berechtigt sind, am politischen Streit teilzunehmen. Wo Andersdenkenden das Recht abgesprochen wird, für ihre Sichtweisen einzutreten und am politischen Prozess teilzuhaben, wird eine Grundvoraussetzung demokratischen Streits unterlaufen. Die Demokratietheoretikerin Chantal Mouffe hat diesen Gedanken dadurch veranschaulicht, dass sie zwischen Feind*innen und Gegner*innen unterscheidet. Der ‚andere' soll nicht als ein Feind betrachtet werden, den es zu zerstören gilt, sondern als ein ‚Gegner'. Wir bekämpfen seine Ideen, aber er hat das Recht sie zu verteidigen. So verstanden ist Dissenstoleranz ein elementarer Bestandteil demokratischer Streitkultur: Die Akteur*innen akzeptieren den Pluralismus und die Notwendigkeit, sich mit anderen Sichtweisen auseinanderzusetzen.

Inklusivität: Ein zweites Merkmal ist Inklusivität. Das Spektrum derjenigen, die am demokratischen Streit teilnehmen, sollte nicht zu schmal sein. Es sollte alle Identitäten, Interessen und Sichtweisen, die eine demokratische Gesellschaft prägen, bestmöglich abbilden. Weil sich Gesellschaften verändern und neue Sichtweisen entstehen, während andere an Relevanz verlieren, ist es notwendig, das Spektrum regelmäßig anzupassen. Zweifelsohne ist mit der so verstandenen Inklusivität ein Ideal beschrieben, dem die politische Realität oft nicht gerecht wird. Machtgefälle sind allgegenwärtig und sorgen dafür, dass es für einige leichter ist, sich politisch Gehör zu verschaffen, als für andere. In einer inklusiven, demokratischen Streitkultur ist es aber stets möglich, solche Umstände zu problematisieren und einzufordern, dass sich das Spektrum verändert und erweitert.

Einigungsfähigkeit: Ein drittes Merkmal einer demokratischen Streitkultur ist, dass sie nicht nur unterschiedliche Meinungen gegenüberstellt, sondern Einigungen ermöglicht und als wichtige politische Leistungen wertschätzt. Politische Entscheidungen sind zwar oft Ergebnisse von Mehrheitsentscheidungen, aber es gibt immer wieder Situationen, in denen es wichtig ist, Einigungen zwischen widerstreitenden Positionen zu erreichen. Zum Beispiel, wenn allen Parteien der Streitgegenstand so wichtig ist, dass sie nicht bereit sind, eine Lösung zu akzeptieren, die ihre Interessen außer Acht lässt.

Einigung bedeutet nicht unbedingt Konsens. Manchmal gelingt es, einen Konsens zu finden. Das heißt eine Lösung, die alle Beteiligten für richtig halten. Wo dies nicht möglich ist, gibt es eine andere Möglichkeit, sich zu einigen, nämlich indem man Kompromisse bildet. Kompromisse entstehen durch wechselseitige Zugeständnisse, nicht dadurch, dass die Meinungsverschiedenheiten überwunden werden. Weil Meinungsverschiedenheiten in pluralistischen Gesellschaften zahlreich sind und häufig kein Konsens gefunden wird, kann der Kompromiss eine wichtige Möglichkeit sein.

Ergebnisvorläufigkeit: Eine demokratische Streitkultur lebt davon, dass die Beteiligten die Vorläufigkeit getroffener Entscheidungen akzeptieren. Demokratischer Streit ist ein fortlaufender Prozess, der kein Ende findet, indem strittige Fragen endgültig entschieden werden. Das hat unter anderem mit der Wandelbarkeit von Gesellschaften zu tun. Wo sich die in einer Gesellschaft vorhandenen Identitäten, Interessen und Sichtweisen stetig verändern, muss es auch möglich sein, die Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens neu zu verhandeln.

Kompetenzen für die Praxis einer demokratischen Streitkultur

Eine demokratische Streitkultur lebt davon, dass Bürger*innen Streit als etwas potenziell Konstruktives erfahren und über Kompetenzen verfügen, die ihnen ein Mitwirken am demokratischen Streit ermöglichen. Hier kann die politische Bildung einen wichtigen Beitrag dafür leisten, dass demokratische Streitkultur verstetigt wird. Folgend werden einige Kernkompetenzen benannt, die besondere Aufmerksamkeit verdienen. Es handelt sich um Kompetenzen in der Kommunikation, der Kritik, im Konflikt und Urteil.

Kommunikationskompetenzen: Eine Voraussetzung ist, über die eigenen Sichtweisen und die der anderen sprechen zu können. Dabei sollten vielfältige Kommunikationsformen berücksichtigt werden. Nicht nur rationale Argumentation, sondern auch Erzählungen eigener Erfahrungen

oder politischer Protest können wichtig sein. Politische Bildung kann Bürger*innen darin unterstützen, unterschiedliche Kommunikationskompetenzen auszubilden und vermitteln, dass es eine Bandbreite an legitimen Wegen gibt, politische Anliegen zu äußern.

Kritikkompetenzen: Demokratischer Streit kann dann möglichst gut die Vielfalt in pluralistischen Gesellschaften einbinden und auf Wandel reagieren, wenn ausschließende Effekte bestehender Regeln sichtbar gemacht und politisiert werden. Das heißt, dass diese Ausschlüsse zu Gegenständen von Streit werden. Kritikkompetente Bürger*innen sind in der Lage, Ausschlüsse und Marginalisierungen zu identifizieren und unter Bezug auf das Inklusivitätsversprechen der Demokratie zu problematisieren. Welche Stimmen werden gehört? Welche nicht? Welche werden an den Rand gedrängt, obwohl sie berechtigte Interessen haben? Politische Bildung kann Bürger*innen dabei unterstützen Debatten, durch die ‚Brille' dieser Leitfragen zu betrachten und zu bewerten.

Konfliktkompetenzen: Es ist wichtig Sichtweisen mitteilen und bestehende Debattenlagen kritisieren zu können, aber nicht hinreichend. Man muss ebenso fähig sein, mit Situationen umzugehen, in denen politische Konflikte aufbrechen und unterschiedliche Meinungen oder Forderungen aufeinandertreffen. In solchen Situationen gibt es unterschiedliche Möglichkeiten zu entscheiden, wie man mit dem strittigen Gegenstand umgeht – oben wurden Mehrheitsentscheidungen und Kompromisse als Alternativen genannt. Welche Konflikte auf dem einen oder auf dem anderen Weg gelöst werden sollten, ist selbst eine politische Frage. Darum gehört zu dem Set an Konfliktkompetenzen die Fähigkeit, einschätzen und aushandeln zu können, welcher Entscheidungsmodus gerade geeignet ist.

Urteilskompetenzen: Streitkompetente Bürger*innen müssen mithilfe von Bewertungsmaßstäben fähig sein zu urteilen, welche ausgeschlossenen oder an den Rand gedrängten Sichtweisen es verdienen, berücksichtigt zu werden. Manche tragen zu einer demokratischen Streitkultur nicht bei, sondern schädigen sie. Ein Beispiel dafür sind menschenverachtende Positionen.

Implikationen für die politische Bildung

Was folgt für die Praxis politischer Bildung? Die ausgeführten Überlegungen geben politischen Bildner*innen mindestens zwei Impulse.

Der erste Impuls: Wenn sie Wissen über Politik vermitteln, sollten sie dem Streit besondere Aufmerksamkeit widmen. Politische Bildung kann lehren, dass Streit nichts Negatives, sondern der (Normal-) Modus pluralistischer Gesellschaften ist. Streit kann produktiv für die Demokratie sein, wenn er ‚richtig' geführt wird.

Politische Institutionen sind zwar wichtig, weil sie politische Prozesse rahmen, aber Politik ist mehr. Der Prozess des Streitens sowohl *in* politischen Institutionen (z.B. im Parlament) als auch *außerhalb* von politischen Institutionen (z. B. in der Öffentlichkeit) ist ein mindestens genauso wesentlicher Bestandteil von Politik.

Politische Bildner*innen können Lernende für die Bedeutung einer demokratischen Streitkultur sensibilisieren. Teilnehmen heißt nicht nur regelmäßig Stimmzettel in die Wahlurne zu legen, sondern sich mit Andersdenkenden aktiv auseinanderzusetzen. Kompetent urteilen heißt nicht nur, unter Parteien diejenigen zu bestimmen, die die eigenen Interessen vertreten, sondern auch zu bewerten, wie auf der politischen Bühne gestritten wird.

Der zweite Impuls: Die politische Bildung könnte Orte bieten, an denen demokratischer Streit ganz praktisch eingeübt wird. Kritikkompetenzen lassen sich darüber einüben, politischen Streit zu beobachten, zu beschreiben und zu bewerten. Konfliktkompetenzen bilden sich dadurch, dass Lernende mit Andersdenkenden streiten, Argumente für die eigene Sichtweise anführen, die der anderen prüfen und gemeinsam nach Lösungen für Meinungsverschiedenheiten suchen. Politische Bildner*innen können Räume für demokratischen Streit im Kleinen schaffen, in denen Lernende sich und andere als streitkompetent erleben. Um die Bandbreite an Möglichkeiten, Streit zu führen und beizulegen, erfahrbar zu machen, könnten unterschiedlich kontroverse Themen zum Gegenstand gemacht werden.

»

» Bildet sich am Ende Konsens oder wenigstens ein Kompromiss? Auf diese Weise lernen Teilnehmer*innen zum einen ein Spektrum an Lösungen kennen. Zum anderen eignen sie sich einen Kompass an, mit dem sie durch die Konfliktlandschaft pluralistischer Gesellschaften navigieren können.

Fazit

Pluralistische Gesellschaften brauchen eine demokratische Streitkultur, denn Pluralismus geht Hand in Hand mit Konflikten. Zu den Prinzipien einer demokratischen Streitkultur gehören Dissenstoleranz, Inklusivität, Einigungsfähigkeit und Ergebnisvorläufigkeit. Politische Bildner*innen können demokratische Streitkompetenzen aktiv fördern, indem sie Wissen über das konflikthafte Wesen von Politik vermitteln und das Austragen von Konflikten mit Lernenden praktisch einüben. ■

Buchcover: GFVD

Literaturhinweise:

Willems, Ulrich:
Wertkonflikte als Herausforderung der Demokratie, Wiesbaden 2016

Binder, Ulrich / Drerup, Johannes (Hg.):
Demokratieerziehung und die Bildung digitaler Öffentlichkeit, Wiesbaden 2020

Widmaier, Benedikt/Zorn, Peter (Hg.):
Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung, Bonn 2016

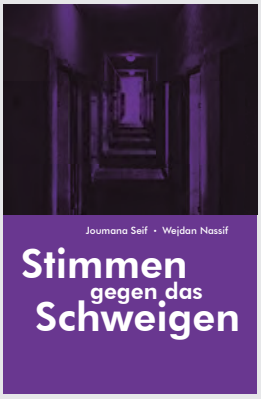
Wohnig, Alexander:
Zum Verhältnis von politischem und sozialem Lernen. Eine Analyse von Praxisbeispielen politischer Bildung, Wiesbaden 2017

Westphal, Manon:
Kritik- und Konfliktkompetenz. Eine demokratietheoretische Perspektive auf das Kontroversitätsgebot, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 2018, 68. Jahrgang (13 – 14)

Dr. Manon Westphal ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Politische Theorie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Der Artikel ist eine gekürzte Fassung ihres gleichnamigen Beitrags in der neuen Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.: „Konstruktive Kommunikation in der Demokratie. Ein Baustein in der politischen Bildung, Berlin 2020.
Die Broschüre kann kostenfrei in der Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. bestellt werden und steht auf der Homepage www.gegen-vergessen.de zum Download bereit.

Anzeige

Stimmen gegen das Schweigen*



Die syrische Schriftstellerin Wijdan Nassif und die Anwältin Joumana Seif geben Frauen eine Stimme, die in Gefängnissen und Folterkammern des syrischen Regimes gelitten haben. Sie haben den Erzählungen der Betroffenen zugehört und ihre erschütternden Berichte dokumentiert. Erstes Ziel des daraus entstandenen Buches ist es nicht, die Unmenschlichkeit des syrischen Regimes zu belegen – dies haben andere bereits getan. Es geht den beiden Autorinnen vor allem darum, den Frauen eine Möglichkeit zu geben, ihre Stimmen zu erheben und über ihre Erfahrungen zu sprechen.

Joumana Seif, Wejdan Nassif
Stimmen gegen das Schweigen
Hirnkost Verlag KG, Berlin 2020
Hardcover, 126 Seiten, 12,00 €
https://shop.hirnkost.de/
ISBN: 978-3-948675-62-2 (print) • 978-3-948675-63-9 (epub) • 978-3-948675-64-6 (pdf)

*** Empfohlen von Rafik Schami, Träger des Preises „Gegen Vergessen – Für Demokratie"**

Foto: GVFD-Archiv

„Ich möchte das Buch jedem sensiblen, vor allem jedem jungen Menschen empfehlen. Es ist das beste Mittel gegen die gefährliche Gleichgültigkeit."

Rafik Schami

Interview

„Die Demokratie lässt sich nicht von der Zuschauerbank aus verteidigen“

Christine Lieberknecht wurde im November 2020 vom Vorstand einstimmig zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. gewählt. Die ehemalige thüringische Ministerpräsidentin tritt damit die Nachfolge von Eberhard Diepgen an, der sein Amt nach 13 Jahren aus Altersgründen abgegeben hat. Im Interview berichtet sie über ihre politischen Prägungen und über die Schwerpunkte, die sie in ihrer ehrenamtlichen Arbeit für den Verein setzen will.

Frau Lieberknecht, was hat Sie bewogen, sich nach Ihrem Rückzug aus der Thüringer Landespolitik nun bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. einzubringen?
Demokratie verträgt kein „Ohne mich“, sie lebt von dem „Mit mir“, so hat es sinngemäß unser erster Bundespräsident Theodor Heuss einmal formuliert. Es gehört zu meiner Lebenserfahrung, dass sich die Demokratie von der Zuschauerbank aus nicht gewinnen und auch nicht verteidigen lässt. Verteidigt werden muss sie aber, und zwar jeden Tag immer wieder neu. Dabei sind für mich die Lehren aus den Diktaturen des 20. Jahrhunderts, nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund meiner eigenen Familiengeschichte, besonders wichtig.

Foto: privat

Christine Lieberknecht.

Sie sind in Weimar geboren und leben auch heute noch in dieser Region. Es gibt kaum eine mittelgroße Stadt in Deutschland, die über Jahrhunderte hinweg so sehr mit der wechselhaften deutschen Geschichte und Kultur verwoben war wie Weimar. Wie hat die Geschichte der Stadt Ihr Denken beeinflusst?
Ich habe, abgesehen von meiner Studienzeit in Jena, mein ganzes Leben im Weimarer Land, also unmittelbar „vor den Toren der Stadt“ gelebt, bis heute. Meine Großeltern kamen vor dem Ersten Weltkrieg aus Hannover und Darmstadt nach Weimar, um dort Kunst zu studieren. Später waren sie dem Bauhaus verbunden. Sie hatten fünf Söhne, von denen drei den Krieg nicht überlebten. Gleichzeitig ist Weimar als Stadt der deutschen Klassik, von Kunst und Kultur, nicht mehr zu denken ohne die Barbarei des nationalsozialistischen Konzentrationslagers auf dem Ettersberg nur wenige Kilometer von der Stadt entfernt. Diese extremen Gegensätze auf so engem Raum haben mich seit meiner Jugend beschäftigt.

Als Gemeindepfarrerin waren Sie in den letzten Jahren der DDR für das Gebiet zuständig, auf dem die Gedenkstätte Buchenwald liegt. Welche Bedeutung hatte dieser Umstand für Ihre tägliche Arbeit?
Wenn man es historisch genau nimmt, dann ist das Konzentrationslager auf alter Hottelstedter Flur errichtet worden. Hottelstedt war ein Filialort meines Pfarramts. Die Hottelstedter Bauern mussten für die Errichtung des Lagers ihr Land verkaufen oder wurden zwangsenteignet. Später wurde das Lager territorial nach Weimar eingegliedert. Ich war also nicht im rechtlichen Sinne für dieses Gebiet zuständig, habe mich aber moralisch in der Pflicht gesehen. Mich haben das unerschrockene Auftreten des „Predigers von Buchenwald“ und sein Widerstand gegen den Nationalsozialismus sehr interessiert. Ich habe dazu Jugendseminare veranstaltet und Gespräche mit den Einwohnern von Hottelstedt initiiert, die sich in den 1980er Jahren noch an vieles im Zusammenhang mit dem Konzentrationslager erinnern konnten. Sie waren Zeitzeugen. Im ehemaligen Konzentrationslager und dessen Umgebung habe ich Führungen veranstaltet und damit versucht, den ausschließlich auf den Antifaschismus der DDR gerichteten Blick zu erweitern. Das alles hat mich geprägt.

Der Pfarrer Paul Schneider, Mitglied der Bekennenden Kirche, wurde bereits vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in Buchenwald ermordet. Er hätte damals sein Leben wahrscheinlich retten können, wenn er sich den Bedingungen des Regimes gebeugt hätte. Was haben Sie aus der Biografie von Schneider mitgenommen, der als unbeugsamer „Prediger von Buchenwald“ galt?
Diese Frage hat mich während meiner pfarramtlichen Tätigkeit sehr berührt. »

» Nicht nur am Beispiel von Paul Schneider, auch in der Auseinandersetzung mit Dietrich Bonhoeffer habe ich mich immer wieder gefragt: Wäre auch ich bereit, für meine Überzeugungen einzustehen, selbst wenn ich dafür mit meinem Leben bezahlen müsste? Ich denke, diese Frage lässt sich am Ende nur in der jeweiligen ganz konkreten Situation beantworten. Die Erfahrung, dass es auch bei mir im Verlauf des Herbstes 1989 den Moment der Bereitschaft gab, persönliche Risiken einzugehen und nicht mehr zurückzuweichen, habe ich erlebt. Wie später durch die Aufarbeitung der Unterlagen der Staatsicherheit bekannt wurde, waren die Internierungslager für die Aktiven des Herbstes 1989 in der DDR vorbereitet. Zum Glück ist die Geschichte anders verlaufen und wir haben eine bisher einzigartige Friedliche Revolution erleben dürfen.

Sie waren im September 1989 eine der Unterzeichnerinnen des „Briefes aus Weimar", in dem die DDR-Blockpartei CDU aufgerufen wurde, die Kooperation mit der SED zu beenden. Welche Erfahrungen aus der Transformationszeit sind für Sie heute noch von besonderer Bedeutung?

Im Spätsommer und beginnenden Herbst 1989 ging es zunächst um eine Demokratisierung der DDR, um mehr und vor allem echte Beteiligung am gesellschaftlichen Leben, um Mitbestimmung aus den Vorstellungen und Gedanken der Menschen heraus und nicht länger nach den Maßgaben der SED-Diktatur. Wir wollten uns die Chance auf ein freies Leben in einer freien Gesellschaft, in Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erstreiten. Hunderttausende DDR-Bürger kehrten damals der DDR den Rücken und wählten den Weg der Ausreise. Ich gehörte zu denen, die sagten: Wir müssen hier etwas verändern. Ob das gelingen würde, war allerdings sehr fraglich. Trotzdem versuchten wir es – und waren erfolgreich. Meine Lehren: Ein Staat, der auf Dauer seinen Bürgern die Partizipation verweigert, wird die Unterstützung durch seine Bürger verlieren. Unwahrhaftigkeit und Lügen der Regierenden werden früher oder später immer entlarvt werden. Die Menschen solidarisieren sich gegen die Machthaber. Gemeinschaft mit anderen und die feste Überzeugung von der Notwendigkeit des eigenen Protestes helfen, Angst zu überwinden und für die eigene Meinung offensiv einzustehen.

Wie kann man diese Erfahrungen heutigen Schülern vermitteln, die erst nach der Friedlichen Revolution geboren wurden und die Geschichte nicht mehr aus eigenem Erleben kennen?

Die Erfahrung mangelnder Partizipationsmöglichkeiten gehört auch heute zum Alltag vieler Lernenden, auch wenn die Situation nicht mit der DDR-Diktatur vergleichbar ist. Auch haben junge Menschen ein feines Gespür für mangelnde Wahrhaftigkeit oder gar Unwahrheiten. Eine Motivation zum Engagement für die Friedliche Revolution ist heute nicht weniger dringend als damals, nämlich die Forderung nach „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung". Diese damaligen Sorgen betreffen auch heute junge Menschen ganz unmittelbar.

Was hat Sie damals veranlasst, Ihr Gemeindeamt abzugeben und in die Politik zu gehen?

Ja, das ist eine ganz eigene Geschichte. Eine politische Karriere hatte ich damals überhaupt nicht in meiner Lebensplanung gehabt. Es gehört wohl zu den Eigenheiten von Revolutionen, dass man hinterher an Schreibtischen arbeitet, vor die man vorher nicht einmal hätte treten dürfen (lacht). Schließlich konnten mich die Mitstreiter in meiner Partei davon überzeugen, als „Reformerin" aus den Reihen der Friedlichen Revolution in der neu gewonnenen Demokratie nun auch politische Verantwortung zu übernehmen.

Sie haben in der thüringischen CDU schnell Karriere gemacht und wurden 1990 gleich Ministerin. In der ersten Legislaturperiode waren Sie die einzige Frau im Kabinett. War das eine harte Schule?

Wenn Sie mediale Betrachtungen über den politischen Start von 1990 lesen, dann ist da von „Laienspielerschar" und „das hält nicht bis Weihnachten" die Rede. Für mich sind daraus fast drei Jahrzehnte hauptamtliche Politik geworden. Doch der Anfang war hart, ohne Frage. Tage mit 16 bis 18 Arbeitsstunden waren die Regel. Und als einzige Frau im Kabinett brauchte ich schon einiges an Durchsetzungsvermögen.

Der Bahnhof von Weimar im „Bauhaus-Jahr" 2019. Die Stadt steht für die deutsche Klassik, das Bauhaus und die erste deutsche Demokratie. Aber nur wenige Kilometer entfernt wurde in der NS-Zeit das Konzentrationslager Buchenwald eingerichtet. Diese Gegensätze auf engem Raum haben Christine Lieberknecht früh beschäftigt.

Foto: Archiv GVFD

Foto: Claus Bach, Sammlung Gedenkstätte Buchenwald

Das Arrestgebäude auf dem Gelände der Gedenkstätte Buchenwald. Hier wurde Pfarrer Paul Schneider über ein Jahr lang in Einzelhaft eingesperrt und misshandelt.

Was würden Sie aus diesen Erfahrungen heraus jungen Frauen heute raten, die in die Politik gehen möchten?
Ich würde sagen: Liebe junge Frauen, ihr seid hier genau richtig. Habt Mut und zeigt Durchsetzungsfähigkeit. Natürlich müsst ihr überzeugt sein von eurer Sache. Und ihr müsst die Menschen mögen. Dann schafft ihr es auch, die notwenigen Mehrheiten für politische Mandate und für politisches Gestalten zu bekommen.

Welche Themen und welche Ansätze sollten aus Ihrer Sicht in den kommenden Jahren für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. eine zentrale Rolle spielen?
Jede Generation hat ihre eigene Zeit und muss ihre Erfahrungen machen. Dennoch ist es Verantwortung und Pflicht der Älteren, auf die Lehren unserer Geschichte aufmerksam zu machen. Es ist an uns, den Bogen von Erlebnissen in einer Diktatur in die Alltagswelt von heute zu schlagen. Da gibt es Situationen, in denen Gefahr im Verzug ist und ich den Finger mahnend in die Wunde lege: Wehret den Anfängen. Und natürlich bedeutet unser globales und digitales Zeitalter nicht automatisch mehr Demokratie. Wir haben alle Hände voll zu tun. Wir brauchen viel klugen Geist und viele aktiv Mitwirkende, um die rasanten Veränderungen überall um uns herum demokratisch gestalten zu können. „Demokratie in unserer globalen Welt“ und „Demokratie und Digitalisierung“ – das sind zwei Mega-Themen, denen ich mich stellen möchte. ■

Die Fragen stellte Liane Czeremin.

Ein herzliches DANKESCHÖN geht an alle Spenderinnen und Spender unseres Aufrufes vom Dezember 2020.

Ihre Hilfe in Höhe von insgesamt **16.211,08 EUR** bedeutet eine großartige Unterstützung der Arbeit unserer Regionalen Arbeitsgruppen. Damit können wir einen Teil der pandemiebedingen Einnahmeausfälle ausgleichen.

Ihr/Euer

Andraeas Dickerboom
Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen
Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Dr. Michael Parak
Geschäftsführer
Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Esther Spicker

Margot Friedländer PREIS

Wie jugendpartizipatives Engagement in der postmigrantischen Erinnerungskultur gelingt

Zeichnung Copyright: @ Illustration Moshtari Hilal

Wenn in Entscheidungsgremien oder einer Jury über Projekte oder Förderungen entschieden wird, die Kinder und Jugendliche betreffen, sollten diese möglichst mit am Tisch sitzen und an Entscheidungen beteiligt werden. Ein Gremium kann durch stimmberechtigte junge Menschen ergänzt werden. Oder es kann ein eigenständiges Gremium – etwa eine junge Jury – gegründet werden, in dem spezifische altersgerechte Sichtweisen eingebracht werden können. Grundvoraussetzung ist in beiden Fällen, dass das bestehende Gremium bereit ist, die Entscheidungsmacht zu teilen.

Ein solches Jugendgremium ist die „Junge Jury", die bei der Vergabe des Margot-Friedländer-Preises der Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa mitentscheidet. Benannt nach der Zeitzeugin und Holocaust-Überlebenden Margot Friedländer ruft der Preis seit 2014 Jugendliche dazu auf, sich mit dem Holocaust, seiner Zeug*innenschaft, seiner Überlieferung und seinen Spuren bis in die Gegenwart in interaktiven Projekten auseinanderzusetzen. Ziel ist es, die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus auch in den jüngeren Generationen lebendig zu halten und junge Menschen dabei zu unterstützen, sich gegen heutige Formen von Antisemitismus, Antiziganismus und andere Formen rassistischer Ausgrenzung sowie für eine pluralistische postmigrantische Gesellschaft einzusetzen.

Jessica Agirman, Jurymitglied des Margot-Friedländer-Preises, sagt:
„Viel gelernt, viel geschafft und unglaublich viel Inspiration dafür gewonnen, weiter anzupacken und mit dem, was man leisten kann, die Welt ein bisschen zu verändern."

Die Junge Jury des Margot-Friedländer-Preises

Innerhalb des Auswahlverfahrens der Preisprojekte schreibt die Schwarzkopf-Stiftung jährlich ein Jugendgremium aus, die „Junge Jury". Dabei handelt es sich um eine Gruppe von zwölf Menschen zwischen 16 und 24 Jahren, die sich mit den rund 60 eingereichten Projektideen für den Margot-Friedländer-Preis auseinandersetzen. Im Rahmen eines mehrtägigen Seminars reflektieren die Jurymitglieder über ihre individuellen Bezüge zu den Kriterien des Preises und diskutieren, was

ihnen bei den Projekten besonders wichtig ist. Durch Workshops und Diskussionsrunden mit Expert*innen zu postmigrantischer Erinnerungskultur, Verbindungen zwischen antisemitischen und rassistischen Denkmustern und deren Konsequenzen in Vergangenheit und Gegenwart wird der Blick der jungen Jurymitglieder besonders für vielfältige, gleichberechtigte Teilhabe und Zusammenleben in der postmigrantischen Gesellschaft geschärft. Die Jugendlichen einigen sich auf rund zehn Projekte, die in ihren Augen preiswürdig sind, und übergeben diese Auswahl an die Jury des Margot-Friedländer-Preises, die eine finale Entscheidung über die Projekte trifft.

Jurymitglied Elif Bayat sagt: *„Ich bin unglaublich dankbar, Teil der Jungen Jury des Margot-Friedländer-Preises zu sein. Alle Projekte sind inspirierend und ermutigend: Im innersten Kern setzen sie sich mit dem Holocaust auseinander und erreichen junge Menschen durch Nachhaltigkeit und Praxis."*

Anregungen für die Ausgestaltung von Jugendgremien

Aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre möchte die Schwarzkopf-Stiftung einige Hinweise geben, worauf bei der Einrichtung eines Jugendgremiums zu achten ist.

Am Anfang steht die Analyse: Wer sitzt bislang am Entscheidungstisch? Wie kommt es zur Auswahl und Besetzung? Welche Kompetenzbereiche und welches Wissen sind vertreten? Danach lässt sich häufig klarer benennen, wer mitentscheiden sollte.

Sind etablierte Gremien und Entscheidungsträger*innen bereit, ihre Entscheidungsgewalt zu teilen, sollte bei der Zusammensetzung eines jungen Gremiums – wie insgesamt bei Gremien – ein weiteres Machtgefälle berücksichtigt und durchbrochen werden. Die Besetzung von Gremien und Jurys (ob jung, alt oder gemischt) sollte gesellschaftliche Vielfalt abbilden und unterschiedliche Lebenssituationen und -entwürfe reflektieren. Hierbei kann es hilfreich sein, Multiplikator*innen zu identifizieren und sie bei der Werbung für Gremienmitarbeit um Unterstützung zu bitten.

Geht es wie in diesem Beispiel um historisch-politische Bildung, werden junge und vielfältige Perspektiven häufig nicht in Entscheidungsprozesse einbezogen. Gerade wenn es darum geht, eine Erinnerungskultur zu gestalten, zu der alle Menschen mit unterschiedlichen biografischen Bezügen eine Verbindung herstellen sollen, kommt es auf unterschiedliche Perspektiven und Schwerpunkte in der Erzählung unserer Geschichte an und die Reflektion der eigenen biografischen Bezüge. Um den Zusammenhang zwischen Vergangenheit und Gegenwart in Bezug auf Diskriminierungen von Minderheiten oder Lebensentwürfen abseits der weißen Mehrheitsgesellschaft heute verstehen zu können, sollten (junge) Menschen sich mit historischen Kontinuitäten politischer, staatlicher und gesellschaftlicher (Macht-)Strukturen seit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen.

Worüber auch immer die Mitglieder eines Jugendgremiums (mit-) entscheiden, sei es über Ideen in einem Wettbewerb, über die Besetzung eines neuen Postens oder darüber, welche Projekte umgesetzt werden: Meist legt die Organisation bereits in der Ausschreibung Kriterien fest. Oft erfassen diese Kriterien aber nicht die Lebensrealitäten junger Menschen in ihrer Vielfalt. Um das zu verändern, kann eine junge Jury schon früh in die Entwicklung einer Ausschreibung und der Bewertungskriterien einbezogen werden. Durch die Begegnung in einer jungen Jury, wo Vielfalt geschätzt und erlebt wird, können junge Menschen frühzeitig für ihr Vorhaben gestärkt werden, sich für eine pluralistische und offene Gesellschaft einzusetzen.

Jurymitglied Nicolas Langauer sagt: *„Durch das Seminarprogramm der Jungen Jury habe ich eine neue Perspektive vor allem auf den aktuellen Antisemitismus erlangt. Am Juryprozess an sich war das Herausfordernde die Auswahl der besten Projekte aus einem großen Pool toller Ideen. Ich glaube, dass uns als Gruppe diese Erfahrung, für ein gemeinsames Ziel manchmal hart arbeiten zu müssen, viel Kraft für die Zukunft gegeben hat."* ■

Schwarzkopf Stiftung
JUNGES EUROPA

Die Stiftung bietet jungen Menschen Möglichkeiten für Begegnungen, für die persönliche Entwicklung und für aktive zivilgesellschaftliche Teilhabe. Im Rahmen des Kompetenznetzwerks Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft setzt sich die Schwarzkopf-Stiftung dafür ein, die politische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft zu fördern. Dafür schafft sie Beratungs-, Qualifizierungs- und Dialogangebote für Fachkräfte, Multiplikator*innen und Ehrenamtliche der Kinder- und Jugendhilfe im Kontext von Pluralismus und Differenz.

Ziel ist es, allen jungen Menschen als Angehörigen einer pluralistischen, inklusiven und demokratischen Migrationsgesellschaft Gehör zu verschaffen.

https://schwarzkopf-stiftung.de/margot-friedlaender-preis/

https://schwarzkopf-stiftung.de/junge-jury/

https://schwarzkopf-stiftung.de/young-ambassador-against-antisemitism/

https://www.instagram.com/beyond_a_single_story/

https://www.instagram.com/schwarzkopfstiftung/

Esther Spicker ist Projektmanagerin in der Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa.

Interview

„Wir waren entschlossen, unser Land zu einer guten Demokratie zu machen“

Fragen an die Zeitzeugin Wendelgard von Staden

Foto: Annette Simminger

Zeitzeugin Wendelgard von Staden lebte während der NS-Zeit neben einem Konzentrationslager. Was sie dort sah, prägte auch den späteren Lebensweg der Diplomatin.

Wendelgard von Staden veröffentlichte Ende der 1970er Jahre mit ihren Jugenderinnerungen „Nacht über dem Tal“ ein eindrückliches Stück Zeitgeschichte, ein dünnes Büchlein, das noch immer im Deutschen Taschenbuchverlag lieferbar ist. Ihr Bericht über das Heranwachsen auf dem elterlichen Gut in einem kleinen württembergischen Dorf, in dessen Nachbarschaft in Vaihingen/Enz ein Konzentrationslager errichtet worden war, hatte die frühere Publizistin und ZEIT-Herausgeberin Marion Gräfin Dönhoff so beeindruckt, dass sie das Manuskript „entwendete“ und es dem Diederichs Verlag anpries. Seit dem Druck dieses Buches hat Wendelgard von Staden, Nichte des Reichsaußenministers Konstantin von Neurath, über die NS-Zeit berichtet und bis heute nicht damit aufgehört. Gemeinsam mit ihrer Mutter hatte sie als junge Frau couragiert versucht, den Inhaftierten im KZ Wiesengrund zu helfen.

In den 1950er Jahren trat von Staden für das Auswärtige Amt in den diplomatischen Dienst ein (siehe Kasten Seite 19). Im Interview spricht sie darüber, wie ihre Erfahrungen als direkte Augenzeugin des systematischen Mordens der Nationalsozialisten ihren späteren Lebensweg beeinflusst haben.

Frau von Staden, inwiefern haben die Erlebnisse während des Zweiten Weltkrieges auf dem elterlichen Hof Sie geprägt?

Die Erfahrungen haben mich tief beeindruckt und das ist lange so geblieben. Ich wurde oft gefragt, warum ich das Buch erst viele Jahre später geschrieben habe. Vielleicht dauert es so lange, bis das Gefühlsleben das Niederschreiben zulässt. Für mich war diese Erfahrung wie ein Eisberg, der nicht schmelzen wollte. Ich habe das Buch geschrieben, weil ich den inneren Block überwinden wollte, was zum Teil gelang, aber nicht ganz.

Die Erfahrung hat meine Studienwahl beeinflusst, ich wollte wissen, wieso das alles möglich war. Mich interessierten die Politik, das Studium der großen Krise und die soziologische Frage des Verhaltens der Oberschicht. Viele haben mitgemacht. Es war mein Interesse, mehr zu verstehen. Daher wechselte ich nach zwei Semestern Landwirtschaft in Hohenheim an die nationalökonomische Fakultät der Uni Tübingen. Daraus hat sich das Weitere ergeben, ich wusste nur, ich möchte irgendetwas für die Völkerverständigung tun.

Im Jahr 1948 luden die Universitäten von Paris die ersten deutschen Studenten der Universität Tübingen zu einem Stipendium ein. Tübingen war französische Besatzungszone. Auf Vorschlag der Uni kam unsere Gruppe von zehn Studenten nach Paris und wurde an die verschiedenen Ecoles verteilt. Ich kam an die Ecole des Sciences Politique. Im Rahmen des US-Reeducation-Programms der US-Militärregierung wurde ich als „Government Trainee" außerdem an die University of Southern California in Los Angeles geschickt.

Als es 1955 für weibliche Anwärter möglich wurde, sich für den Auswärtigen Dienst zu bewerben, meldete ich mich in Bonn, obwohl ich wusste, wie sehr mein Name belastet war. Ich rechnete nicht damit, zur Eingangsprüfung zugelassen zu werden. Doch ich hatte Glück, denn sie wollten Frauen einstellen. Und der Leiter der Personalabteilung sagte mir, dass keine Sippenhaft bestehe. Außerdem sagte er, dass die letzte Genehmigung, die der frühere Außenminister Neurath 1937 im Amt unterschrieben hatte, die seiner Heirat mit einer jüdischen Frau war.

Sie waren von 1955 bis 1961 im diplomatischen Dienst. Was ist Ihnen von dieser Zeit besonders eindrücklich in Erinnerung?

Ein Aufenthalt in Polen 1957, zu einer Zeit, als der Eiserne Vorhang noch fast vollkommen dicht war. Ich arbeitete in der Wirtschaftsabteilung des Auswärtigen Amtes in dem Referat, das den Export in die osteuropäischen „Satellitenstaaten" der Sowjetunion kontrollierte. Verboten waren alle strategischen, für militärische Zwecke einsetzbaren Güter. Die polnischen Anfragen für Kupfer oder Zinn wurden also abgelehnt, obwohl versichert wurde, dass die Metalle für den Wiederaufbau von Warschau benötigt würden. Ich gehörte zu einer kleinen Delegation aus verschiedenen Ministerien, die in dem Zusammenhang zu Handelsgesprächen nach Polen entsandt wurde. Da kaum Nachrichten zu uns gelangt waren, hatten wir keine Ahnung von den dortigen Verhältnissen. Umso größer war unser Erstaunen über die große Frömmigkeit der Menschen. Wir sahen viele Betende, die bis auf die Straße vor der Kathedrale knieten, um die Predigt von Kardinal Wyszyński zu hören.

Wir spürten aber auch die feindselige Haltung gegenüber den „Russen". Die zu uns sehr freundlichen polnischen Gesprächspartner versicherten uns gleich zu Anfang, dass es hier keinerlei „Wanzen" gebe, wie es in der Sowjetunion üblich sei.

In der neu aufgebauten Warschauer Altstadt sah ich aus Kupfer, Zinn und anderen „militärisch wichtigen Materialien" nach alten Mustern gefertigte Wasserspeier und Gitter, Klinken und Verschlüsse. Unsere Exportverbote – schwor ich – mussten geändert werden.

Großen Eindruck machte auf mich auch Brüssel. Als ich 1961 heiratete, war mein Mann Kabinettchef des ersten Präsidenten der Europäischen Kommission, Walter Hallstein. Ich erlebte gewissermaßen den Beginn Europas, den Willen, das westliche Nachkriegsdeutschland in die Europäische Gemeinschaft zu integrieren, obwohl viele Vertreter Frankreichs, der Benelux-Länder und auch Italiens gerade noch Gefangene der Deutschen oder Flüchtlinge gewesen waren. Die ernsthafte Bemühung einer Aussöhnung mit uns und das Ringen um Verständnis der deutschen Mentalität waren für mich unerwartet und großartig.

Hatte Ihre persönliche Geschichte konkrete Auswirkungen auf Ihre Arbeit?

Aber ja. Meine differenzierte Sichtweise auf die Geschehnisse in Deutschland hat geholfen. Als mein Mann Botschafter in Washington war, hatten wir sehr viel mit einflussreichen jüdischen Persönlichkeiten zu tun, die anfangs eine recht kritische Einstellung hatten. Es war Aufgabe der deutschen Diplomaten, unser Land für die westliche Gemeinschaft akzeptabel zu machen, was – wie auch in den seit 1949 weltweit errichteten Vertretungen – nicht einfach war.

Die Kanzlerschaft von Willy Brandt spielte dabei schließlich eine große Rolle. Er wurde als erster deutscher Regierungschef mit echter Widerstandsvergangenheit angesehen. Die vielen Amerikaner, die von deutschen Einwanderern abstammten, bekannten sich dazu. Einen Tag, bevor der Botschafter dem einflussreichen Senator J. William Fulbright das deutsche Verdienstkreuz verlieh, traf ich diesen bei einem Cocktailempfang in der englischen Botschaft. Er begrüßte mich fröhlich und sagte, er freue sich auf den Orden, denn seine Familie stamme aus Deutschland und habe einmal Wollbrecht geheißen. Seit Bestehen der deutschen Botschaft in Washington nach dem Krieg hatte man um die Gunst des Senators geworben – aber bis dahin hatte nie jemand von seiner deutschen Abstammung gehört.

Und sehr viele Jahre später kam ich mit dem vergangenen Geschehen nochmals in Berührung. 1985 lud die Stadt Vaihingen die überlebenden Häftlinge des Konzentrationslagers ein, um mit ihnen den Jahrestag ihrer Befreiung zu feiern. Diese viertägige Veranstaltung fand danach alle fünf Jahre statt. Anfangs kamen bis zu 40 frühere Häftlinge aus der ganzen Welt. Das letzte Mal waren es noch acht, von denen sechs inzwischen nicht mehr leben. Unter diesen Besuchern waren fünf ehemalige Häftlinge, die damals in dem uns zugewiesenen Kommando arbeiteten. Es ging mir sehr zu Herzen, wie sie mich begrüßten und dass sie nach mehr als 40 Jahren noch für die wenige Hilfe dankten, die wir ihnen damals bieten konnten.

Wie haben Sie die Zeit erlebt, in der die UN die Menschenrechte und die Gründungspolitiker*innen der Bundesrepublik das Grundgesetz formuliert haben?

Zu Beginn 1949 war ich noch in Frankreich. Meine Einstellung gegenüber Volk und Staat Deutschland war völlig negativ, etwa so wie einer in Rom an die Mauer geschrieben hatte: Abbasso imperatore, abbasso Togliatti, abbasso tutti! Nieder mit allem. Dann war ich in Amerika und lernte die Demokratie kennen – von der wir Studenten zunächst alle dachten, dass sie nicht funktionieren könne. Wir sagten: „Es muss doch einer da sein, der mit starker Hand durchgreift." Die Einstellung zur Demokratie war für uns belastet durch die NS-Zeit, in der von der Weimarer Republik nur als „die Schwatzbude der Nation" geredet wurde.
Für mich aber wurde die amerikanische Erfahrung grundsätzlich. Einmal weil der Staat im Alltag eigentlich abwesend war: Do it yourself! Und der Umgang mit den Mitmenschen gänzlich anders, beispielsweise im Straßenverkehr. Statt Verbotsschildern stand dort: „Drive carefully. Death is so permanent."

Später habe ich die Mentalität der Amerikaner, die unser Vorbild wurde, bei dem Vergleich des Schulsystems kennengelernt. In der Deutschen Schule in Washington bekam ein Schüler, dessen Eltern aus Hamburg kamen, eine glatte 6 ohne Kommentar, wenn er eine Arbeit verhauen hatte. In »

» der amerikanischen Schule, in die meine Tochter ging, stand unter einer völlig ungenügenden Geschichtsarbeit: „Hello – my dear! You invented a brand new history. Interesting, but better try it again."

Lange Jahre – bis jetzt – war Amerika unsere Schutzmacht, denn lange herrschte die angstvolle Vorstellung, dass die Sowjets irgendwann bis zum Kanal vorstoßen würden. Nur Amerika war stark genug, den Westen zu schützen. Bis jetzt …

Natürlich haben wir damals auch die Schattenseiten gesehen, die Slums, die Rassenprobleme, die Segregation, die wir als schlimm empfanden – aber wir begegneten damals vor allem einer weißen, kraftvoll aufstrebenden Mittelschicht mit uns ansprechenden Idealen, zum Beispiel der Völkerverständigung. Als wir aus Amerika zurückkamen, waren wir entschlossen, unser Land zu einer guten Demokratie zu machen.

Nachdem der Mord an George Floyd wieder zu einer großen gesellschaftlichen Debatte über Rassismus führte, interessieren mich Ihre Erfahrungen dazu. Sie haben so lange in den USA gelebt, welche Erinnerungen haben Sie dazu?

Während des Studiums 1951 sind vier von uns deutschen Stipendiaten zwei Monate lang durch die USA gefahren, denn wir glaubten, niemals mehr in dieses große Land zu kommen. Coca Cola und Benzin waren sehr billig. Dabei sahen wir in den Südstaaten die Reihen der schwarzen Arbeiter in den Baumwollplantagen mit den langen weißen Säcken auf dem Rücken – auch ihre Behausungen, Langhäuser aus Holz, wovor sie abends saßen. In Straßenbahnen stieg man als Weißer nur in die vorderen Wagen ein, denn die hinteren waren mit dem Schild „for coloured people only" gekennzeichnet.

Bei einem Besuch beim deutschen Konsul in Atlanta verbat er uns ausdrücklich jeden Kontakt mit Afroamerikanern (diesen Ausdruck gab es damals allerdings noch nicht). Denn ihm hatte es nach eigenen Angaben einen schweren Stand bei der weißen Stadtverwaltung und völlige Ablehnung in der weißen Gesellschaft eingebracht, dass er zur Begrüßung des ersten schwarzen Friedensnobelpreisträgers, Ralph Bunche, zum Flugplatz gefahren war. Wir gingen jedoch als allererstes zu der schwarzen Zeitung in der Decaturstreet, wo wir sehr interessante und hochgebildete schwarze Redakteure trafen.

Mit der Frage der Rassentrennung wurde ich das zweite Mal in den Jahren in Washington 1958 bis 1961 konfrontiert. Durch die Stadt läuft die „Mason-Dixon-Line", die früher den Norden ohne Sklaven von dem Süden mit Sklaven trennte. Es waren die Kennedy-Jahre, in denen die Desegration vorangetrieben wurde. Und es waren die Jahre in Afrika, in denen die Dekolonisation stattfand, sich die neuen afrikanischen Staaten bildeten. Mein Aufgabengebiet in der Botschaft war es unter anderem, die amerikanische Politik in Afrika zu beobachten, die unter Kennedy relativ wichtig wurde. Die Botschafter der neuen afrikanischen Staaten wurden in Washington und bei der UNO in New York akkreditiert. Es waren große, starke, selbstbewusste Menschen. Sie behandelten Afroamerikaner aufgrund einer angeblichen „Sklavenmentalität" zum Teil mit Herablassung. Aber wenn sie zu einer Konferenz bei der UNO nach New York fuhren, wurden sie am Highway in keines der Restaurants gelassen. Auf die Abkommen der Sklaven in den USA machten die neuen afrikanischen Herrscher einen tiefen Eindruck.

Der 1958 gestaltete Friedhof bei der Gedenkstätte für das Konzentrationslager Vaihingen in Enz, das sich in unmittelbarer Nachbarschaft zum Hof von Wendelgard von Stadens Eltern befand.

Foto: Wikipedia/Moleskine

Wie sehen Sie das Thema Rassismus heute in den USA?
Ich bin das letzte Mal 1982 in Amerika gewesen. Ich kann die Entwicklung also nicht wirklich beurteilen. Doch scheint mir, dass sich in den vergangenen Jahrzehnten bei den Afroamerikanern eine relativ breite und gut ausgebildete Mittelschicht mit einem starken Selbstbewusstsein gebildet hat. Beeindruckt bin ich von den vielen jungen Frauen, die gute Universitäten besuchen, in höhere Positionen aufrücken, sich politisch engagieren – dies alles war vor 30/40 Jahren praktisch unmöglich. Mit der Bildung und den besseren finanziellen Möglichkeiten der Afroamerikaner ändert sich die Haltung konservativer Weißer diesem Teil der Bevölkerung gegenüber – Barack Obamas Wahl und Michelle Obamas Bucherfolg beweisen es. Der Rassismus wird sicherlich noch lange nicht überwunden sein, aber die moderne Technik wird sich auch hier auswirken. Es gab ja auch Jahrhunderte, in denen die Hautfarbe keine Rolle spielte.

Wie beurteilen Sie die Chancen der Demokratie für die Zukunft?
Was wäre denn die Alternative? Eine Autokratie? Eine Bestimmung der Politik allein nach Geld und Gewinn? Es ist schon eine Gefahr, dass sich immer mächtigere Monopole bilden, die Volksvertretung da nicht mitkommt, die Ausbeutung der Erde immer mehr zunimmt, die Wissenschaft, die technische Entwicklung einen gläsernen Menschen ermöglicht, der einer Staatsgewalt ausgeliefert ist, die Teilung der Gesellschaft immer tiefer wird in hoffnungslos arm und super reich.

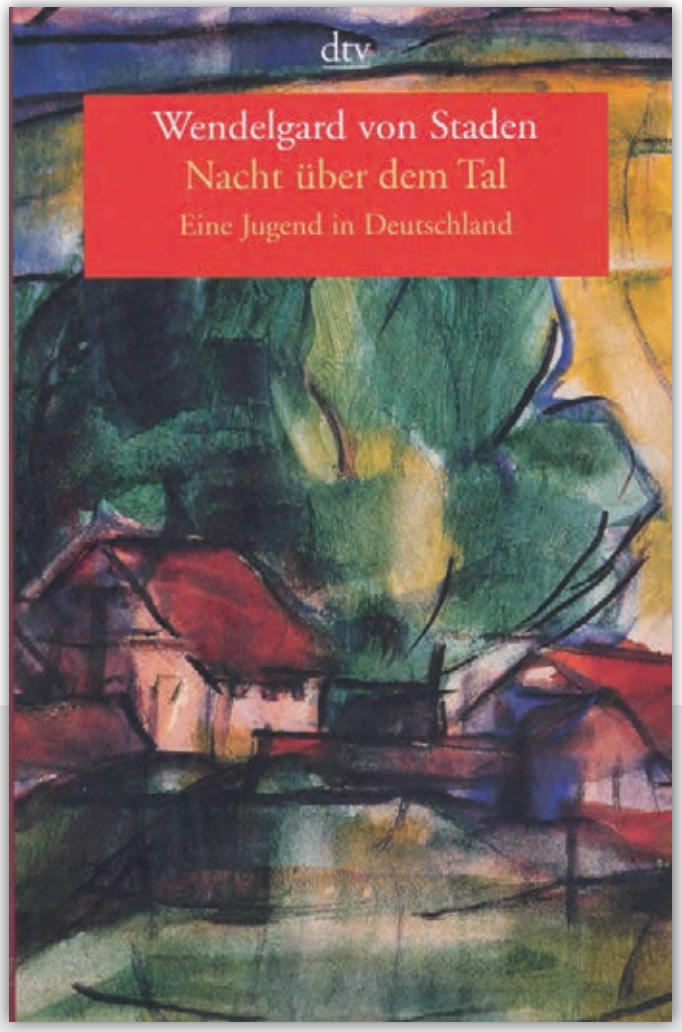
Also wie kann man sich gegen diese Entwicklung wehren? Nur mit den vernünftigen gesellschaftlichen Kräften, der Wachsamkeit der Volksvertreter und ihrer Stärke. Nicht mit Reden über Strukturen, sondern über die Inhalte und nur mit entschlossenem Willen, die demokratischen Werte zu verteidigen. Ob dies gelingt, weiß ich nicht. Aber ich hoffe es.

Was ist Ihnen wichtig zu hinterlassen und nachfolgenden Generationen mitzugeben?
Nun, ich glaube, wir alle sind verpflichtet, unsere Gedanken und Erfahrungen, soweit wir sie für wichtig halten, an eine jüngere Generation weiterzugeben. Doch ich sehe auch, dass ihre Welt jetzt schon eine andere ist als unsere war. Sie machen völlig andere Erfahrungen als wir sie machen mussten und sind mit Phänomenen konfrontiert, die wir nicht kannten. Aber eines, glaube ich, muss weitergegeben werden: das ursprünglich christliche Gebot „Et in omnibus misericordia“, die über allem stehende Menschlichkeit in Gesinnung und Handlung. Das, finde ich, sollten wir wenigstens hinterlassen. ■

Die Fragen stellte Annette Simminger, Mitglied der LAG Baden-Württemberg von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Vita von Wendelgard von Staden:

1925	geboren in Heidelberg als Wendelgard Freiin von Neurath
1943	Abitur in Berlin
ab 1947	Studium in Tübingen, Paris und Los Angeles
1955	Eintritt in den Diplomatischen Dienst mit Stationen in Bern, Genf, Bonn und Washington
1961	Heirat mit dem Diplomaten Berndt von Staden, Ausscheiden aus dem Auswärtigen Dienst. Ihr Mann übernahm Botschaftsämter in Brüssel, Washington und Bonn, bevor er 1973 zum Botschafter in Washington ernannt wurde.
1979	Rückkehr nach Bonn



■ Literaturhinweis:

Wendelgard von Staden
Nacht über dem Tal. Eine Jugend in Deutschland.
dtv Verlagsgesellschaft, 1996, Taschenbuch, 168 Seiten
ISBN 978-3-42325-114-3 • 11,90 €

Podcast WDR 5: Erlebte Geschichten (01.01.2016): Wendelgard von Staden, Bäuerin und Diplomatin.

MIGRATIONS GESCHICHTEN

Der neue Blog von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Längst ist Deutschland ein Migrationsland, wir leben in einer Migrationsgesellschaft. Mit dem neuen Blog „Migrations-Geschichten.de" möchten wir einen Beitrag zur Weiterentwicklung eines inklusiven Selbstverständnisses Deutschlands leisten. Dabei verstehen wir die Migrationsgesellschaft als eine Gemeinschaft, in der Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte zusammenleben. Dementsprechend blicken Autorinnen und Autoren mit und ohne eigene Migrationsgeschichte auf das Thema Zusammenleben. Gemeinsam schauen wir zurück, erzählen Geschichten und Entwicklungen – gute und bedrückende. Dabei behalten wir immer den aktuellen Diskurs im Blick.

Was genau ist eigentlich ein Blog?
Inzwischen betreibt Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zwei Blogs: seit 2018 „Demokratiegeschichten.de" und seit 2020 „Migrations-Geschichten.de". Aber was genau ist eigentlich ein Blog?

Bei Wikipedia heißt es: „Das oder auch der Blog […] ist ein meist auf einer Website geführtes und damit meist öffentlich einsehbares Tagebuch oder Journal, in dem mindestens eine Person, der Blogger, Aufzeichnungen führt, Sachverhalte protokolliert (‚postet') oder Gedanken niederschreibt." Die Deutsche Nationalbibliothek bezeichnet Blogs als Internetpublikationen.

Worüber berichten wir?
Unter den Rubriken „Heute & Damals", „Meine Geschichte", „Gesehen & Gelesen", „Heute vor …", „Menschen & Orte", „Gesellschaft & Wissenschaft" erzählen mehrmals wöchentlich verschiedene Autorinnen und Autoren ihre persönlichen und familiären Geschichten, Erinnerungen und Erfahrungen vom Leben in einer Migrationsgesellschaft. Ebenso rezensieren wir Bücher, stellen aktuelle Studien und Diskurse vor und denken darüber nach. Wir berichten aus der Welt der inklusiven Pädagogik, wir erinnern, erläutern Begriffe, geben Empfehlungen für Ausstellungen oder Veranstaltungen – und das alles im weiten Themenfeld von Migrationsgeschichte und Migrationsgesellschaft.

Kompetenznetzwerk für das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft
Der Blog „Migrations-Geschichten.de" geht im Rahmen des „Kompetenznetzwerkes für das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft" (www.kn-zusammenleben.de) an den Start. Gefördert wird es über das Bundesprogramm „Demokratie leben!". Unser Netzwerk ist ein Zusammenschluss von erfahrenen Trägern, die das Zusammenleben in einer offenen Gesellschaft in Vielfalt fördern und gestalten wollen. Kurzum: Wir sind eine Service- und Beratungsstelle und ein überparteiliches, zivilgesellschaftliches Netzwerk, das die Migrationsgesellschaft berät und mitgestaltet.

In dieser Zeitschrift präsentieren wir deshalb künftig neben ausgewählten „Demokratiegeschichten" auch „Migrationsgeschichten", die auf dem neuen Blog erschienen sind. In dieser Ausgabe starten wir mit einem Beitrag von Michèle Wagnitz zu antiasiatischem Rassismus. Schauen Sie gern einmal auf dem Blog vorbei und entdecken die Vielfalt der Themen und Blickwinkel. ■

Abonnieren Sie, kommentieren Sie und mischen Sie sich ein!
www.migrations-geschichten.de

Michèle Wagnitz

Antiasiatischer Rassismus (in Zeiten von Corona)

Seit Beginn der Corona-Pandemie konnten verschiedene Studien nachweisen, dass antiasiatischer Rassismus in der Gesellschaft durch die Krise gesteigert wird. Asiatisch gelesene Personen werden nicht nur sozial gemieden. Sie erfahren auch verbale und körperliche Angriffe. Dabei spielt es keine Rolle, ob die besagte Person überhaupt aus China stammt, dort Verwandte hat oder jemals in ihrem Leben dort gewesen ist. Wie kam es zu dieser Entwicklung?

Sars-CoV-2
Im Winter 2019 hörte man in Deutschland von einem Virus mit dem Namen „Sars-CoV-2". Er wurde zum ersten Mal in der Stadt Wuhan in der chinesischen Provinz Hubei nachgewiesen. Dort seien Fälle auf einem „Wet Market" aufgetreten, auf dem es beispielsweise Fleisch und Meeresfrüchte zu kaufen gibt.

Die westliche Öffentlichkeit nahm die Lungenerkrankung Covid zunächst nur marginal

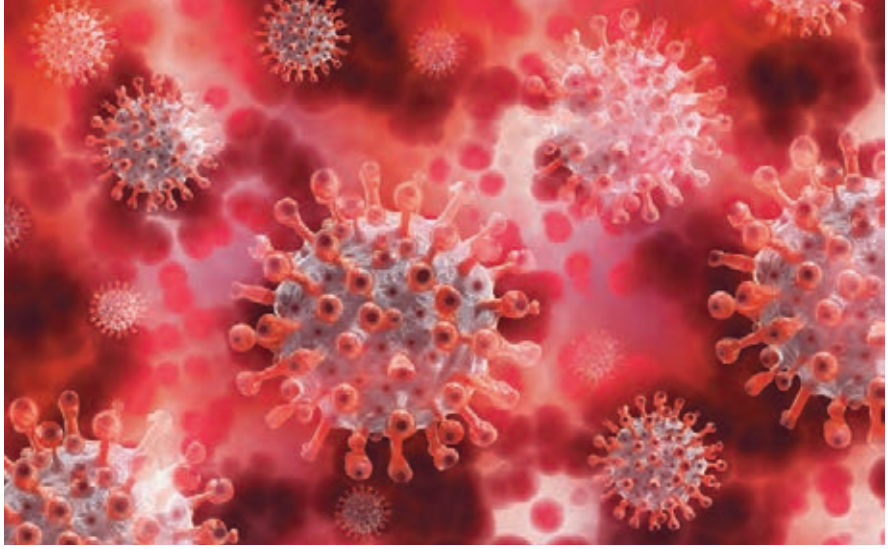


Foto: Gerd Altmann/pixabay

wahr. Doch mit seiner rasanten Verbreitung wuchs die (begründete) Sorge. Mit der Sorge wuchs der Handlungsbedarf. Seit vergangenem Frühjahr hangeln wir uns nun gefühlt von Lockdown zu Lockdown, sind auf (körperliche) Distanz zu Freunden und Familie gegangen und verharren im Homeoffice.

Mit diesen Folgen wuchs aber auch das Bedürfnis nach einer*m Schuldigen, der die Verantwortung für all das trüge. Da das Virus zum ersten Mal in China nachgewiesen werden konnte, lag ein gefährliches Narrativ nahe.

Schuldzuweisungen

„Das ist jetzt echt alles nur so, weil irgendein Chinese eine Fledermaus gegessen hat, oder?!", krakelt eine junge Frau in ihr Mikrophon. Wir befinden uns im Frühjahr 2020, kurz nach dem Beginn des ersten Lockdowns. Besagte Frau hat einen Account auf einer online Videoplattform. Dort folgen tausende von Menschen ihren Beiträgen zu unterschiedlichen Themen.

Niemand aus ihrer Community widerspricht der offensichtlich rassistischen Aussage. Sie bedient allerdings tradierte antiasiatische Rassismen, die wir an dieser Stelle versuchen aufzuschlüsseln.

Historische Kontinuitäten

Das erwähnte Zitat bewegt sich (unbewusst) in einer historischen Kontinuität. Antiasiatischer Rassismus ist in Deutschland tatsächlich historisch gewachsen. So protestierte man bereits im Jahr 1907 in Deutschland gegen die Einwanderung von Chines*innen, da sie die „Chinesenpest" einschleppen würden.

Asiatisch gelesene Personen werden somit schon lang als potenzielle Krankheitsträger gebrandmarkt. Bis heute hält sich die (falsche) Vorstellung, dass die Einstellung zur Hygiene in China dazu geführt habe, dass Corona überhaupt erst entstehen konnte.

Hand in Hand mit diesem Narrativ geht die Ansicht, Chines*innen seien ohnehin „anders" und irgendwie „exotisch". Diese Vorurteile bestehen etwa seit dem 13. Jahrhundert und wurden über die Zeit vor allem durch die Kolonialpolitik bestärkt.

Es lässt sich nachweisen, dass das erwähnte Zitat der Influencerin rassistische Stereotypisierungen bedient, die in einer historischen Tradition stehen. Asiatisch gelesene Personen seien „exotisch", "unhygienisch" und „abstoßend". Folglich seien sie potenzielle Krankheitsträger.

Hierzu gesellt sich auch gern ein – etwas neueres – Vorurteil: Der asiatische Raum und vor allem China seien Gefahren für die europäische Wirtschaft. Diese Annahme kulminierte bereits im Kaiserreich in der Verbreitung des Narrativs einer „Gelben Gefahr", die insbesondere von China ausgehen solle.

Vor diesem Hintergrund entstand wohl auch der Verschwörungsmythos, chinesische Forscher hätten das Virus in einem Labor gezüchtet. Mehrere Virolog*innen und Forscher*innen wiesen diese These bereits als unwahrscheinlich zurück.

Fakten spielen kaum eine Rolle

Interessant ist, dass solche Fakten und wissenschaftlichen Stimmen im antiasiatischen „Corona-Rassismus" weitestgehend ignoriert werden. Wissenschaftler*innen sind sich bis heute nicht zu hundert Prozent sicher, wie das Virus vom ursprünglichen Wirt, der Fledermaus, auf den Menschen übergehen konnte. Trotzdem etablierte sich ein Mythos von „Fledermausessern".

Es scheint wahrscheinlich zu sein, dass es einen tierischen „Zwischenwirt" gab. Dieser könnte sich von einer Fledermaus angesteckt haben und dann zum Verkauf auf dem „Wet Market" angeboten worden sein. Der Mythos der „Fledermausesser" ist somit kaum haltbar.

Irritierend ist außerdem, dass der antiasiatische Rassismus allen asiatisch gelesenen Personen eine chinesische Herkunft zuweist. Die Sozialforscherin Noa K. Ha erkennt hierin einen Rassismus, der auf phänotypischen Zuschreibungen beruht. Es existiere ein Bild davon, wie Europäer*innen auszusehen hätten. Personen, die anders aussähen, würden auf dieser Basis ausgeschlossen.

Antiasiatischer Rassismus im Alltag

All diese Faktoren führen dazu, dass sich ein historisch gewachsener antiasiatischer Rassismus in diesen Corona-Zeiten noch weiter verstärken konnte. Betroffene erleben verbale und körperliche Angriffe in teilweise täglicher Frequenz.

So wurde im „Spiegel" im Dezember 2020 über eine Zunahme von Rassismus seit Beginn der Pandemie berichtet. Corona sei ein „Brandbeschleuniger" und die „Dunkelziffer" antiasiatischer Angriffe sei vermutlich noch höher als bisher bekannt.

Empowerment – #ichbinkeinVirus

In einer solchen Situation ist es entscheidend, dass die Betroffenen ihrer Stimme Gehör verschaffen können. Antiasiatische Vorfälle müssen publik gemacht werden, um diese Tendenzen in der Bevölkerung sichtbar zu machen. Nur so können sie bekämpft werden.

Eine der bekanntesten Bewegungen in diesem Kontext ist wohl die Plattform "ichbinkeinvirus.org". Hier können sich die Opfer von rassistischen Anfeindungen, Taten und Angriffen selbst zu Wort melden. Ihre Erfahrungen schreiben sie unter dem Hashtag „#ichbinkeinvirus" auf.

Das Ziel ist es, sich gegenseitig den Rücken zu stärken und eine Community gegen den Hass zu schaffen. Die Betreiber der Website betonen „du bist nicht allein!" ■

Michèle Wagnitz studiert Geschichtswissenschaften mit Schwerpunkt Zeitgeschichte an der Humboldt Universität Berlin und arbeitet als studentische Hilfskraft im Fachbereich Geschichte und Erinnerung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Dierk Borstel

Mit „Rechten“ reden?

Eine Standortbestimmung

Mit dem Erstarken der AfD nahm der Diskurs in Wissenschaft und Praxis zu, wie man sich mit deren Vertreter*innen, anderen Rechtsextremist*innen sowie autoritär Rechten auseinandersetzen kann: Soll man mit ihnen reden? Ist das überhaupt möglich, nur naiv oder gar gefährlich? Droht man vielleicht ihr Ansinnen zu unterstützen, als normaler Faktor in der Mitte der Gesellschaft zu gelten?

Im vorliegenden Beitrag beschreibe ich eine persönliche Standortbestimmung in dieser Debatte. Persönlich deshalb, weil ich in Vergangenheit und Gegenwart in verschiedenen Kontexten mit Rechten diverser Richtungen zu tun hatte und (natürlich) mit ihnen geredet habe. Heute arbeite ich als Wissenschaftler und Hochschullehrer. Vorher habe ich unter anderem Aussteiger, aber auch Opfer rechtsextremer Gewalt unterstützt, Kommunen beraten, Feldforschung betrieben und die Ergebnisse in der Öffentlichkeit präsentiert. Immer wieder stand ich dabei in direktem Kontakt zu Rechtsextremist*innen und rechtspopulistischen Akteur*innen. Beispielsweise habe ich mich 2018 entschieden, im Rahmen einer vom Fernsehen übertragenen Bürgerversammlung in Cottbus mit einer Vertreterin und einem Vertreter der AfD zu streiten. In Kontexten wie diesen wurde ich immer wieder mit Kontroversen konfrontiert, ob es richtig sei, mit Rechten zu diskutieren. Ist Kommunikation überhaupt wünschenswert? Falls ja: Wie sieht eine gute Praxis aus? Welche Grenzen gibt es?

MENSCHENRECHTLICHE VERORTUNG

Um diese Fragen zu beantworten ist als Grundlage jeder Debatte eine eigene, normative Verortung Voraussetzung. Um eine Position gegen Rechtsextremismus zu formulieren, ist es sinnvoll, zunächst den Kern rechtsextremen Denkens herauszufiltern. Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer definiert Rechtsextremismus als Gewaltakzeptanz plus Ideologie der Ungleichwertigkeit, die er als gemeinsame Grundidee unterschiedlicher Phänomentypen von der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft bis hin zum Rechtsterrorismus begreift. Folgt man dieser Idee, muss eine entgegengesetzte Antwort darauf einem Prinzip der Gleichwertigkeit der Menschen folgen. Dementsprechend bietet sich für die Verortung in erster Linie kein ‚linker‘, ‚antifaschistischer‘ oder ‚demokratischer‘ Ansatz an, sondern ein menschenrechtlicher. Denn in diesem ist das Prinzip der Gleichwertigkeit aller Menschen grundlegend. Das schließt ergänzende politische Selbstverständnisse natürlich nicht aus.

Ähnlich wie die Demokratie hat die Idee der Menschenrechte eine Paradoxie auszuhalten. Menschenrechte gelten für alle und damit auch für diejenigen, die sie mit Füßen treten und abschaffen wollen. Sie gelten also auch für Rechtsextremist*innen. Im Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte steht, dass sich die Menschen „im Geist der Solidarität begegnen“ sollen. Gelingt dies auch, wenn dieser Geist nicht von allen Seiten getragen wird? Die ‚Soll‘-Bestimmung gibt hier eine Richtung vor: Es soll zumindest versucht werden. Eine vorherige Auslese von Personen, denen gar nicht erst eine Chance gegeben wird, ist nicht vorgesehen.

AUSGANGSPOSITIONEN

Um die Ausgangsfragen zu beantworten, sind zudem mehrere Differenzierungen nötig. Eine betrifft die Verortung des Gegenübers in den rechtsextremen Szenen. Als hilfreich erweist sich hier die sogenannte Eskalalationstheorie (Borstel/ Heitmeyer). Sie definiert ein Stufenmodell mehrerer miteinander zusammenhängender Phänomenbereiche (siehe Schema unten).

ESKALATIONSMODELL

Alle Stufen dieses Modells eint die Ideologie der Ungleichwertigkeit. Mit jeder Stufe nimmt die Gewaltbereitschaft zu. Je weiter außen die Person sich bewegt, desto ‚demokratiekompatibler‘ ist sie. Den innersten Kern bilden Terrorgruppen wie der NSU oder Täter wie in Halle, Kassel und Hanau. Sie fühlen sich zum bewaffneten Befreiungskampf berufen und greifen zu Mitteln bis hin zum Mord als Symboltat. Vor allem der NSU fand dabei Unterstützung aus neonazistischen Netzwerken, zu denen zum Beispiel Netzwerke wie Blood and Honour oder diverse Kameradschaften zählen. Sie eint eine klare rechtsext-

Ob sich mit „Rechten“ reden lässt, hängt auch davon ab, auf welcher Stufe der Radikalisierung sich das jeweilige Gegenüber befindet. Hier kann die Eskalationstheorie von Borstel/ Heitmeyer nützlich sein.

Grafik: Anna-Maria-Roch

Wer sich auf ein Gespräch mit Rechtsextremen einlässt, sollte sich von der Erwartung freimachen, sie direkt zur Umkehr bewegen zu können.

reme Ideologie bei gleichzeitig deutlicher Systemferne. Systemfeindliche Milieus sind zum Beispiel Kleinstparteien wie ‚Die Rechte' – auch sie bekämpfen den liberalen Rechtsstaat, sind aber für eigene Vorteile bereit, sich an Systembedingungen zu orientieren. Typisch ist hier die Beteiligung an Wahlen, um Parlamente als Bühne und Finanzierungsmittel zu nutzen. Autoritär nationalradikale Milieus legen wiederum Wert darauf, scheinbar grundgesetzkompatibel zu sein. Oft reklamieren sie für sich, ‚die wahren Demokraten' zu sein. Den gesellschaftlichen Resonanzraum bilden die menschenfeindlichen Ideologien im Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Deren Vertreter*innen sehen sich selbst in der Mitte der Gesellschaft verankert und sind es nach vielen sozio-ökonomischen Kriterien auch. Sie lehnen Gewalt in der Regel ab und sehen sich nicht als Teil eines rechtsextremen Bewegungszusammenhangs.

Die Differenzierung zeigt, dass die Frage, ob man mit ‚Rechten' reden solle, in pauschaler Form nicht zu beantworten ist. Trotz der Gemeinsamkeiten in der Ideologie hat man es mit völlig unterschiedlichen Typen, Positionen und Ausgangslagen zu tun. Mit jedem Schritt ins Innere wird ein Gespräch schwieriger. Aufgrund der zunehmenden Gewaltbereitschaft und Gefährdungslage schwinden die Chancen auf einen Austausch. Zumindest bei den autoritär-national-radikalen Milieus und bei Vertreter*innen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit kann noch mit einer formellen Bereitschaft gerechnet werden, sich an demokratischen Dialogformen zu orientieren.

Auf allen Ebenen stellt sich aber eine Sinnfrage: Was soll überhaupt erreicht werden? Und in welcher Rolle wird welches Ziel verfolgt?

KONTEXTE UND ZIELDEFINITIONEN

Unterschiedliche Kontexte erfordern eigene Antworten auf die Frage: Mit Rechten reden?

Wer zum Beispiel mit entsprechenden Personen im privaten Umfeld zu tun hat, wird an Alltagsgesprächen kaum vorbeikommen. Natürlich lassen sich solche Gespräche auf das Nötigste beschränken. Zu bedenken sind dabei jedoch auch Regionen und Orte mit fortgeschrittener Normalisierung rechtsextremer Strukturen und Szenen, auch in der örtlichen Zivilgesellschaft und/oder Wirtschaft. Hier lassen sich Gespräche de facto nicht verhindern, ohne die eigene Integration ins örtliche Gemeinwesen (z.B. in einen Sportverein) in Frage zu stellen.

Etwas anders verhält es sich im Kontext der Wissenschaft: Um Konflikte zu begreifen, müssen alle Perspektiven in die Betrachtung einbezogen werden. Erstaunlich ist hier der Mangel an empirischen Analysen jenseits quantitativer Einstellungsforschungen und Textanalysen. Betrachtet man Rechtsextremismus als Teil einer Konfliktanalyse, ist es unumgänglich, alle Konfliktpartner*innen mit ihren Werten, Zielen und Interessen zu erfassen – und nicht nur die, die möglicherweise sympathischer oder forschungsaffiner erscheinen. Konflikte können ohne Kenntnis der Täter*innenseite niemals vollständig beschrieben und analysiert werden. Ein Mittel der Wahl wäre das Interview, wahlweise in narrativer oder leitfadengestützter Form. Das Ziel des Interviews müsste dabei sein, das Gegenüber verstehen und nicht bekehren zu wollen. Ein Einwand gegen ein solches Vorgehen lautet, dass man Rechtsextremen damit eine Möglichkeit gebe, ihre Ideologien zu verbreiten. Zwischen Datenerhebung und Veröffentlichung liegt aber die analytische Einordnung, wodurch vermeintliche Werbeplattformen vermieden werden.

Umstrittener sind Auftritte, zum Beispiel als Expert*innen, unter Beteiligung rechtsextremer Personen in öffentlichen Veranstaltungen oder Medienproduktionen wie Talkshows. Zentral ist die Frage: Was soll und was kann damit bewirkt werden? Welche Chancen gibt es und wo sind Grenzen zu ziehen? Eine Analyse von Fall zu Fall dürfte unerlässlich sein. Folgende Kriterien könnten bei der Bewertung des konkreten Formats hilfreich sein:

- Opferschutz geht vor Täterschutz: Stehen Opfer rechtsextremer Gewalt im Mittelpunkt, sollte sich eine Beteiligung »

» von Täter*innen ausschließen. Anders kann dies aussehen, wenn es sich um glaubwürdige Aussteiger*innen handelt, wenn alle Opfer zustimmen und ein passendes Setting gefunden wird.

- Veranstaltungen, die in ihrer Wirkung freiwillig oder unfreiwillig für bisher unbekannte rechtsextreme Politiker*innen werben, sollten vermieden werden. Vor allem die Bevölkerungsgruppen, in denen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit verbreitet ist, könnten so über das Fernsehen direkt adressiert werden.

- In Orten, wo Rechtsextremist*innen diskurs- und strukturmächtig sind, lassen sie sich nicht ignorieren. Hier gilt es, Menschenfeindlichkeit deutlich zu markieren und demokratische Positionen zu besetzen. Diese Positionierung zielt weniger darauf, rechtsextreme Führungsfiguren zu überzeugen, sondern auf deren Anhänger- und Wählerschaft.

- Ernsthafte Gespräche im Sinne einer Deradikalisierungsstrategie, die auf das direkte Gegenüber zielen, lassen sich nicht öffentlich führen. Sie können aber öffentlichen Gesprächen folgen.

- Eigene moralische Überhöhungen sind kontraproduktiv, selten glaubwürdig und im konkreten Diskurs kaum hilfreich. Sie vertiefen oft Gräben, verstärken die Radikalisierung und führen zu Sympathiebekundungen unentschlossener Dritter.

- Nichts geht ohne professionelle Settings, geübte Moderationen, vorab festgelegte Regeln und die Freiwilligkeit aller Beteiligten.

- Inhaltliche Grenzziehungen sind erlaubt, um demokratische Diskurse zu schützen. Nicht jede Position ist hörenswert in einer Demokratie, selbst wenn viele sie unterstützen. Wer sich vom normativen Grundkonsens einer demokratischen Gesellschaft entfernt, muss kein öffentliches Forum bekommen.

- Grundsätzliches Ziel der nicht-rechtsextremen Seite muss es sein, diskursbestimmend zu bleiben oder diese Position zu erobern, wenn sie verloren oder de facto noch nie erreicht wurde.

Ein wiederum anderes Setting sind Gespräche im Rahmen persönlicher Auseinandersetzungen. Diese können in der Familie, im Verein, in der Schule, Hochschule, im Betrieb, in der Nachbarschaft, im Netz oder in vielen anderen Kontexten geführt werden. Oft sind sie von nicht-rechtsextremer Seite mit Hoffnungen verbunden: Rechtsextremist*innen zu überzeugen oder zu deradikalisieren, oder sie zu Empathie mit Opfern zu bewegen und ähnliches. Nicht selten münden diese Versuche in Resignation und dem Glauben: Das bringt nichts. Eine der Hauptursachen dafür dürften überzogene Erwartungen sein. Politische Sozialisationen, Glaubenssätze und Ideologien lassen sich nicht durch ein Gespräch ‚wegzaubern'. Dafür braucht man längeren Atem und Wissen über Prozesse der Deradikalisierung.

Deradikalisierung beginnt oft damit, dass Radikalisierte anfangen zu zweifeln. Interessant ist der Hinweis der Aussteigerorganisation EXIT Deutschland, dass die Deradikalisierung bei fast allen Aussteiger*innen mit respektvoller Kommunikation anfing. Diese Gespräche bedürfen einiger Voraussetzungen. Dazu zählen:

- Sicherheit ist oberstes Gebot. Wer Bedenken vor einer körperlichen oder psychischen Gefährdung hat, sollte das Gespräch verweigern. Da Freiwilligkeit vorausgesetzt ist, muss nichts begründet werden.

- Wichtig ist Ehrlichkeit. Dazu gehört, eigene Standpunkte deutlich und begründet zu vertreten. Fast zwangsläufig grenzt man sich dann von rechtsextremer Ideologie ab und sollte es auch.

- Moralische Überhöhungen enthalten Ungleichwertigkeitsvorstellungen, die im Zweifel Abwehr hervorrufen und Grenzen ziehen, die sich schwer begründen lassen.

- Die eigene Haltung zu gesellschaftlichen Fragen, den Grundsätzen des Zusammenlebens und deren normatives Fundament muss deutlich werden. Das ist wichtiger als Detailwissen.

- In den Gesprächen gilt es, die Aussagen der rechtsextremen Seite zu analysieren und zu sortieren: Was ist berechtigt oder tolerabel? Was ist menschenfeindlich? Was sind Folgen der Ideologie? Wichtig sind dabei nicht immer detaillierte Kenntnisse, sondern der ehrliche Versuch, eigene Positionen zu formulieren und Widersprüche des Gegenübers zu offenbaren.

- Viele Rechtsextremist*innen sind nicht primär wegen einer Vorliebe für die Ideologie zur Szene gekommen. Daher sind auch Gespräche über Themen wichtig, die nicht dezidiert politisch sind. Wenn die Beweggründe und Integrationsmechanismen der rechtsextremen Seite besser verstanden werden, lassen sich Angebote für ein Leben mit anderen Ideen, Vorstellungen, Kulturen und Gedanken formulieren.

Oft enden solche Diskussionen vermeintlich wirkungslos. Niemand gibt in Diskussionen gerne zu, dass eigene Grundüberzeugungen zu überdenken sind. Das gilt auch für Rechtsextremist*innen. Zweifel entwickeln sich manchmal langsam, im Nachhinein. Ein typischer Irrtum ist, Gespräche nur als eine Suche nach Konsens zu begreifen sowie Streit und dem Äußern eigener Positionen keinen Eigenwert zuzuschreiben. Diese Ausführungen zeigen die begrenzte Geltung der Aussage, dass man mit Rechten nicht reden dürfe oder könne. Sie zeigen aber auch, dass es einer vorherigen Analyse des Settings, des Kontextes und der eigenen Ziele braucht, um sich für oder gegen ein solches Gespräch zu entscheiden. Schlussendlich wird deutlich, wo die Grenzen zu ziehen sind: bei Fragen der Sicherheit, des Opferschutzes und bei einigen rechtsextremen Diskursstrategien, insbesondere bei Versuchen, Enttabuisierungen, Provokationen und Entgrenzungen voranzutreiben. ■

Prof. Dr. Dierk Borstel lehrt Praxisorientierte Politikwissenschaft an der FH Dortmund.
Der Text basiert auf einem Beitrag des Autors in dem Sammelband: Gerrit Weitzel u.a. (Hg.): Hate Speech – sozialwissenschaftliche Zugänge und journalistische Perspektiven, Wiesbaden 2021 (in Vorbereitung).

Wolfram Wette

Hitlers Lieblingsgeneral und unsere demokratische Erinnerungskultur

„An [Erwin] Rommel scheiden sich die Geister. Sein Bleiben oder sein Verschwinden als Kasernenpatron der Bundeswehr wird zeigen, wie ernst es ihr mit der Korrektur der Traditionspraxis ist. Rommel ist der Testfall."

Dieses Diktum stammt von dem Schriftsteller und Publizisten Ralph Giordano (1923–2014). Geschrieben wurde es bereits vor 20 Jahren mit dem Blick auf das Militär – und nicht auf die Zivilgesellschaft, in der nicht unbedingt dieselbe Sichtweise vorherrschen muss. Bis heute, zwei Jahrzehnte später, geht die Traditionsdebatte weiter, auch in Bezug auf den Wehrmachtsgeneral Erwin Rommel. Nach wie vor gibt es Rommel-Kasernen, Rommel-Straßen, Rommel-Denkmäler, auch das in Heidenheim aus dem Jahre 1961.

Der von Deutschland begonnene Zweite Weltkrieg kostete etwa 70 Millionen Menschenleben, auch die der europäischen Juden. Der frühere CDU-Politiker Norbert Blüm benannte 1978 im „Spiegel" den Kausal-Zusammenhang von Krieg und Judenmorden mit dem schlichten Satz: „Das KZ stand schließlich nur so lange, wie die Front hielt."

Die Wehrmacht-Ikone Erwin Rommel sei – laut Giordano – aus diesem Kontext nicht herauszulösen. Schon daher tauge dieser Wehrmachtgeneral nicht als traditionsstiftend für die Bundeswehr. Doch dies gilt auch darüber hinaus: Die Welt des Berufssoldaten Rommel war – um eine Formulierung seines Biografen Ralf Georg Reuth aufzugreifen – die der „Schlachtfelder und Kasernenhöfe, die er nie verlassen hatte". In den 1920er Jahren beteiligte er sich am Aufbau der illegalen, republikfeindlichen „Schwarzen Reichswehr". Im Widerstand hat sich Rommel während des Zweiten Weltkrieges nicht engagiert. Er war Mitwisser – von was genau, ist nicht zu ermitteln – und hat niemanden denunziert. Es ehrt ihn, dass er kein Denunziant war. Aber zum Widerstand gehörte er nicht.

Die Entstehung des „Mythos Rommel"

Der Rommel-Mythos entstand zur Zeit des Nordafrikakrieges 1941–43. Was hatte die Wehrmacht in Nordafrika zu suchen? Sie führte dort einen imperialistischen, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. Die Entsendung deutscher Truppen, unter dem Namen „Afrika-Korps" bekannt geworden, stand im Jahr 1941 eigentlich nicht auf dem strategischen Fahrplan Adolf Hitlers, weil die Wehrmachtführung zu dieser Zeit den Überfall auf die Sowjetunion plante. In Nordafrika eröffnete die deutsche Führung einen Nebenkriegsschauplatz zur Unterstützung des Achsenpartners Italien unter Benito Mussolini, der einen Krieg um Kolonialbesitz in Afrika gegen die Briten führte. Die strategischen Kriegsplanungen Deutschlands gingen über Ägypten hinaus Richtung Suez-Kanal, nach Palästina, zu den Ölquellen des Nahen Ostens, ja bis nach Afghanistan und Indien.

Foto: Birgit Baumann/Stadt Heidenheim

Wolfram Wette bei seinem Vortrag in Heidenheim.

Unter der Führung des risikofreudigen Panzergenerals Erwin Rommel eilten die deutschen und italienischen Streitkräfte im Jahr 1942 zu überraschenden Siegen. Aber es waren nur temporäre Erfolge. Im Mai 1943 kapitulierten die deutschen und die italienischen Streitkräfte.

Die Siege Rommels bildeten den Stoff, aus dem der Nazi-Propagandaminister Joseph Goebbels den Befehlshaber des Afrikakorps als großen deutschen Kriegshelden inszenierte: als einen unerschrockenen und draufgängerischen Haudegen, als einen ungewöhnlich mutigen Soldaten, der seine Truppen „vorne" führte, als einen listenreichen Strategen. Zugleich präsentierte er ihn – durchaus wahrheitsgetreu – als einen begeisterten Anhänger Hitlers. So verkörperte Rommel für das deutsche Publikum wie kein anderer Wehrmachtgeneral den Gleichklang von Wehrmacht und NS-Regime. Rommel wurde zum Star des Nordafrikakrieges gemacht, und dies keineswegs gegen seinen Willen, sondern unter seiner tatkräftigen Mithilfe.

Auf diese Weise avancierte Rommel im Jahre 1942 in Deutschland zum wohl bekanntesten deutschen Soldaten seiner Zeit. Hinzu kam ein weiteres, auf den ersten Blick merkwürdiges Phänomen: Am Mythos Rommel arbeiteten damals auch die Propagandisten der britischen Kriegsgegner, indem sie ihrerseits die operativen Fähigkeiten des deutschen Feldmarschalls priesen. »

Foto: Birgit Baumann/Stadt Heidenheim

Der Schatten eines Minenopfers fällt nun auf das Rommel-Denkmal in Heidenheim.

» Das geschah mit dem durchschaubaren Ziel, den britischen Gesamtsieg über die Deutschen und die Italiener in Nordafrika hernach als umso großartiger zu feiern. So kam es, dass Rommel infolge der britischen und amerikanischen Propaganda in der internationalen Öffentlichkeit zum zweitbekanntesten Deutschen – direkt nach Hitler – aufstieg. Das ermittelte eine zeitgenössische Gallup-Meinungsbefragung.

Der Krieg in Nordafrika war ungemein verlustreich. Der Freiburger Historiker Gerhard Schreiber bilanziert in einem Aufsatz: Die Alliierten verloren rund 220.000 Menschen (Tote und Kriegsgefangene), und die Achsenmächte hatten 620.000 Verluste, was eine Gesamtzahl von 840.000 bedeutet. Nicht mitgerechnet sind dabei die getöteten Bewohner der nordafrikanischen Länder Tunesien, Libyen und Ägypten, von den Kriegsparteien offenbar als bedauerliche „Kollateralschäden" betrachtet. Angesichts der riesigen Menschenverluste nimmt es nicht Wunder, dass schon die Zeitgenossen den Krieg in Nordafrika mit der ebenfalls sehr verlustreichen Stalingrader Schlacht verglichen. Sie sprachen von einem „zweiten Stalingrad" beziehungsweise von „Tunisgrad".

Die Legende von der „sauberen Wehrmacht"

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gingen Generäle der Wehrmacht gezielt daran, die Legende von der angeblich „sauber" gebliebenen Wehrmacht in die Welt zu setzen. Die Wehrmacht habe, behaupteten sie, einen rein militärischen, dazu völkerrechtskonformen Krieg geführt und sei an Kriegs- und NS-Verbrechen nicht beteiligt gewesen. Konstruiert wurde dieses Bild bereits im November 1945 von einer Gruppe hochrangiger Ex-Wehrmachtgeneräle. Zu ihnen gehörte auch der General Siegfried Westphal, der später als einer der Initiatoren des Rommel-Ehrenmals in Heidenheim von 1961 agieren sollte.

Während des Afrika-Feldzuges war Westphal der engste Vertraute Rommels gewesen. Die von besagten Wehrmachtgenerälen verfasste Denkschrift beschönigte und verharmloste die Rolle der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg. Sie sollte für Jahrzehnte das Bild der Wehrmacht in der Öffentlichkeit prägen. Der US-amerikanische Historiker Omer Bartov sagte, die Wehrmacht habe 1945 zwar den Krieg verloren, aber den sich anschließenden Kampf um das Bild der Wehrmacht in der Öffentlichkeit habe sie gewonnen.

Rommel wurde jetzt als „Gesicht" des angeblich „sauberen" Krieges der Wehrmacht präsentiert. Es ist interessant zu beobachten, wie die Behauptung, Rommel habe irgendetwas mit dem Widerstand des 20. Juli 1944 zu tun gehabt, nach und nach in die Legende von der „sauberen" Wehrmacht eingebaut wurde. Dies geschah besonders seit dem Remer-Prozess von 1952. Generalstaatsanwalt Fritz Bauer hatte damals argumentiert – unter anderem mit dem Blick auf ehemalige Wehrmachtsoldaten –, dass die Widerständler eben keine Verräter und Eidbrecher gewesen seien, sondern es legitim und moralisch geboten war, gegen den Diktator und den NS-Unrechtsstaat gewaltsam vorzugehen.

Die alliierten Siegermächte vermieden es, die erneute Instrumentalisierung Rommels für die Wehrmachtlegende zu unterbinden. Stattdessen trieben die Briten und die Amerikaner ihre Rommel-Verehrung in Biografien und populären Kinofilmen zu erneuter Blüte. Der Zweck blieb der gleiche wie zuvor: Der britisch-amerikanische Sieg über den legendären Panzergeneral Rommel, den „Wüstenfuchs", sollte den Sieg der alliierten Streitkräfte in Nordafrika in einem umso helleren Licht erstrahlen lassen.

Diese zweite Phase der Heroisierung von Rommel fiel nicht zufällig in die Zeit der Wiederbewaffnung Westdeutschlands und der Integration der westdeutschen Streitkräfte in die Nato. Diese Entwicklung bildete auch den historisch-politischen Kontext für die Einweihung des Heidenheimer Rommel-Ehrenmals im Jahre 1961. Sie zog eine direkte und vollständig unkritische Kontinuitätslinie zur NS-Zeit.

Der Abschied von Rommel

In der dritten Phase vollzog sich – nicht auf einen Schlag, sondern in mehreren Etappen – die Destruktion der Wehrmachtlegende durch die militärgeschichtliche Forschung. Ende der 1960er Jahre erschienen die ersten kritischen Forschungsarbeiten von Historikern des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes wie Manfred Messerschmidt und Klaus-Jürgen Müller. Den Höhepunkt der öffentlichen Aufklärung bildeten die beiden Wehrmacht-Ausstellungen, die in den Jahren 1995 bis 2004 große Beachtung fanden. Man zählte mehr als eine Million Besucher. Je tiefer die historische Forschung in die Geschichte der Wehrmacht eindrang, desto deutlicher wurde, dass sie nicht nur völkerrechtswidrige Kriege geführt hatte, sondern auch an vielen Verbrechen beteiligt war, den Mord an den europäischen Juden eingeschlossen.

Mit der systematischen Ermordung von Juden hatte Rommel nichts zu tun. Während des Nordafrika-Feldzuges wurden allerdings andere Formen der Judenverfolgung praktiziert, etwa der Einsatz jüdischer Zwangsarbeiter zum Stellungsbau. Näheres kann man in den verdienstvollen Arbeiten von Wolfgang Proske nachlesen. Man muss weiterhin wissen, dass der Holocaust nach dem Willen der politischen Führung in Berlin auch auf die Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens ausgedehnt werden sollte. Das SS-Einsatzkommando Ägypten unter Walter Rauff hatte bereits organisatorische Vorbereitungen zur Ermordung der etwa 700.000 Juden Nordafrikas getroffen. Sie kamen nur wegen des – für die Achsenmächte Deutschland und Italien negativen – Kriegsverlaufs nicht zur Ausführung.

Seit den 1990er Jahren verabschiedete sich die zivile deutsche Gesellschaft von der Geschichtspolitik der Nachkriegszeit, die man mit dem unglücklichen Begriff „Vergangenheitsbewältigung" belegt hatte. Stattdessen entwickelte sich jetzt Schritt für Schritt eine demokratische Erinnerungskultur, in der für die Heroisierung von Krieg und Militär kein Platz mehr war und ist. Manche Wissenschaftler bezeichnen die neue Orientierung als „postheroisch". Für die gegenwärtig agierenden Generationen gibt die demokratische Erinnerungskultur den Orientierungsrahmen vor, der auch die Maßstäbe zur Bewertung Rommels bereitstellt.

Über Minenkrieg und Minenopfer

Noch heute leidet die einheimische Bevölkerung in Nordafrika unter den Folgen des Krieges, in dem alle Kriegsparteien zahlreiche Minen einsetzten. Bis heute werden in der Wüste abgelegte Minen gelegentlich vom Wind freigeweht oder vom Regen freigespült und glitzern in der Sonne. Sie wecken das Interesse nomadisierender Hirten – Männer, Frauen, Kinder –, die ihre Neugierde nicht selten mit ihrem Leben oder einer Verstümmelung bezahlen müssen. Nach Angaben Paul Anton Krügers in der Süddeutschen Zeitung haben etwa „3300 Menschen [...] laut ägyptischen Angaben durch die explosiven Hinterlassenschaften ihr Leben verloren, seit man in den Achtzigerjahren anfing, Statistiken zu führen, 7500 wurden verstümmelt". Alleine in Ägypten!

Die Landminen im Wüstensand aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges behindern auch die wirtschaftliche Entwicklung der Länder Ägypten und Libyen, wo Rohstoffe wie Öl, Erdgas und Erze unter dem verminten Wüstensand liegen. Für die einheimische Bevölkerung sind die Minen bis heute ein regelrechter Fluch.

Im Zuge seiner America-First-Politik hob US-Präsident Donald Trump im Januar 2020 das von seinem Vorgänger Barack Obama erlassene Verbot von Antipersonenminen auf und erlaubte es den amerikanischen Streitkräften wieder, diese Waffen weltweit einzusetzen. Das ist die aktuelle Lage. Sie mahnt uns einmal mehr, Rommels virtuellen Feldherrnhügel zu verlassen und uns mit den Opfern kriegerischer Gewalt zu beschäftigen, besonders mit den Minenopfern.

Unsere Zivilgesellschaft und unsere demokratische Erinnerungskultur benötigen keine „Wüstenfüchse" als Vorbilder, sondern Menschen mit einer humanen und friedfertigen Orientierung.

Der Schatten des Gegendenkmals

Im militärischen und militärnahen Milieu – Bundeswehr, Reservisten, Veteranenverbände – gibt es noch immer Traditionalisten, die dem Vorbild Wehrmacht nachtrauern. Sie haben ein Interesse daran, den Vorzeigesoldaten und „Säulenheiligen" Rommel als traditionswürdigen Kriegshandwerker zu erhalten. Aber das Umdenken ist nicht aufzuhalten. Die meisten Namen von Wehrmachtgeneralen, die in den 1960er Jahren unter dem Schutz der Legende von der „sauberen" Wehrmacht zu Namensgebern von Bundeswehrliegenschaften auserkoren wurden, sind inzwischen getilgt.

In Rommels Geburtsstadt Heidenheim wird fortan der Schatten der zerbrechlich wirkenden Skulptur eines Minenopfers auf das monumentale und martialische Feldherrn-Denkmal fallen. Aus meiner Sicht stellt die Skulptur keine Ergänzung des heroischen Denkmals von 1961 dar, sondern ein Gegendenkmal.

Literaturhinweise:

Ralph Giordano:
Die Traditionslüge. Vom Kriegerkult in der Bundeswehr.
Köln 2000

Daniel Sternal:
Ein Mythos wankt. Neue Kontroverse um den „Wüstenfuchs" Erwin Rommel.
Gerstetten 2017

Ralf Georg Reuth:
Erwin Rommel. Des Führers General.
München, Zürich 1987

Gerhard Schreiber:
Der Zweite Weltkrieg.
München 2002

Wolfgang Proske (Hrsg.):
Täter Helfer Trittbrettfahrer, Bände 3 und 8
Gerstetten 2014/2018

Gerd Ueberschär (Hrsg.):
Hitlers militärische Elite, Bd. 2: Vom Kriegsbeginn bis zum Weltkriegsende.
Darmstadt 1998.

Linda von Keyserlingk-Rehbein:
Nur eine „ganz kleine Clique"? Die NS-Ermittlungen über das Netzwerk vom 20. Juli 1944.
Berlin 2018

Recherche International e.V. /Hrsg.):
„Unsere Opfer zählen nicht". Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg.
Bonn 2014. Nachdruck Bonn 2019 (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 10408)

Prof. Dr. Wolfram Wette ist pensionierter Historiker, Friedensforscher und Mitglied der Regionalen Arbeitsgruppe Südbaden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Der Artikel basiert auf einem Vortrag, den Wette im Juli 2020 auf Einladung der Stadt im Konzerthaus in Heidenheim gehalten hat. Dort, in Rommels Heimatstadt, wurde im Jahre 1961 ein Ehrenmal für Rommel vom „Verband Deutsches Afrika-Korps", einer Organisation ehemaliger Wehrmachtsoldaten, errichtet. Als Schirmherr fungierte seinerzeit der baden-württembergische Innenminister Hans Karl Filbinger (CDU). Nun ist dort ein Gegenkunstwerk von Rainer Jooß zum Gedenken an die Minenopfer des Nordafrikakrieges errichtet worden.

Vorstand wählt Andreas Voßkuhle zum Vorsitzenden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Christine Lieberknecht neue stellvertretende Vorsitzende

Die Coronapandemie hat dazu geführt, dass die für vergangenen November in Potsdam geplante Mitgliederversammlung abgesagt werden musste. Aus diesem Grund konnten die Mitglieder auch noch kein Votum über eine Nachfolge des bisherigen Vorsitzenden Bernd Faulenbach abgeben. Faulenbach hatte das Amt wie auch sein Stellvertreter Eberhard Diepgen aus persönlichen Gründen abgegeben.

Für die Zeit bis zur nächsten Mitgliederversammlung entschied stattdessen satzungsgemäß der Vorstand im November per Briefwahl über die Besetzung der vakanten Posten. Mit 36 von 37 abgegebenen Stimmen ist hiernach der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle zum neuen Vorsitzenden gewählt worden. Neue stellvertretende Vorsitzende ist die ehemalige Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht, die mit 37 von 37 abgegebenen Stimmen des Vorstandes gewählt wurde.

Linda Teuteberg MdB (FDP), seit 2018 ebenfalls stellvertretende Vorsitzende des Vereins, engagiert sich weiterhin in dieser Funktion und gewährleistet damit die Kontinuität an der Spitze.

Für die aus dem weiteren Stellvertreter-Amt scheidende Ekin Deligöz MdB (Grüne) hätte Thomas Oppermann (SPD) die Nachfolge antreten sollen. Da der Bundestagsvizepräsident im Oktober plötzlich verstorben ist, bleibt der Posten des dritten stellvertretenden Vorsitzenden bis zur nächsten Mitgliederversammlung jedoch unbesetzt.

Vor der Briefwahl hatten sich Voßkuhle und Lieberknecht dem bisherigen Vorstand in einer Videokonferenz vorgestellt. Andreas Voßkuhle sagte, er wolle sich in der neuen Funktion künftig ehrenamtlich für eine Stärkung des demokratischen Verfassungsstaates einsetzen. Voßkuhle: „Wir erleben in Europa und in den USA eine tiefe Krise. Der demokratische Rechtsstaat ist keineswegs selbstverständlich. Wirksam verteidigen lassen sich die Errungenschaften von Demokratie und Rechtsstaat aber nur, wenn wir uns auch ihrer Geschichte bewusst sind." Für die Aufgabe, dies zu verdeutlichen, sei der überparteiliche Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. prädestiniert.

Auch die neue stellvertretende Vorsitzende Christine Lieberknecht betonte in der virtuellen Konferenz die Verbindung von historischen Erkenntnissen mit einem gemeinschaftlichen Einsatz für die freiheitliche Grundordnung. Die frühere Gemeindepfarrerin möchte ihr Wissen und ihre Erfahrungen als Zeitzeugin der Friedlichen Revolution in der DDR in den Verein tragen. Lesen Sie gern auch die Beiträge auf Seite 4 und Seite 11. ■

Oben von links: Andreas Voßkuhle und Christine Lieberknecht sind neu an der Spitze des Vorstandes, Linda Teuteberg engagiert sich weiterhin als stellvertretende Vorsitzende. Unten von links: Bernd Faulenbach und Eberhard Diepgen, die den Verein lange Jahre geprägt haben, geben ihre Funktionen aus Altersgründen ab, Ekin Deligöz scheidet aufgrund ihrer beruflichen Belastungen aus. Ihr Posten bleibt bis zur nächsten Mitgliederversammlung unbesetzt

Fotos: privat, Thür. Staatskanzlei, Karoline Wolf, Harry Soremski (2), Martin Ebert

Svenja Heißner und Simon Maierhofer

Radikalisierung im Netz – wie Extremisten uns im Netz manipulieren

Ein #BeInterNett-Workshop mit Autorin Julia Ebner

In der digitalen Welt von Instagram wirkt vieles harmlos. In bunter Manier und unterlegt mit farbenfrohen Filtern posten User Aufnahmen von ihrem Essen, Urlaub oder Haustieren. Doch jenseits der bunten Welt gibt es eine Grauzone, von der viele User nichts wissen dürften. Auch wenn rechtsextremistische und dschihadistische Gruppierungen auf den ersten Blick nicht vieles gemeinsam haben, setzen sie die digitale Welt für sich und ihre Zwecke ein. Gestützt von Algorithmen der Plattformen, nutzen sie diese, um neue Mitglieder anzuwerben, ihre Ideologien zu verbreiten sowie ihre Propaganda mit Bildern und Videos zu untermauern. Eine Person, die sich in diesen Netzwerken sehr gut auskennt, ist Julia Ebner. Wir haben im Rahmen einer Videokonferenz mit ihr gesprochen.

Screenshot: Liane Czeremin

Autorin Julia Ebner erklärte den Mitwirkenden des Projekts #BeInterNett in einer Zoom-Konferenz, welche Faktoren eine Online-Radikalisierung befördern können.

Mithilfe verschiedener Tarnidentitäten gelangte Julia Ebner in die digitalen Netzwerke rechtsextremistischer und islamistischer Gruppierungen. Sie analysierte deren Anwerbungs-, Kommunikations- und Mobilisierungsstrategien. Im Folgenden geben wir die Ergebnisse ihrer Feldforschungen wieder, die sie uns in einem Online-Vortrag übermittelt hat:

Eine Folge der extremistischen Online-Aktivitäten sieht Julia Ebner demnach in der Gefährdung unseres Informationsökosystems. Dieses wird durch provokative Störaktionen destabilisiert, mit denen sich Extremisten die Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit sichern wollen. Darüber hinaus werden mediale Prozesse und Institutionen diskreditiert und auch Pressevertreter immer öfter bedroht. So prägten Teilnehmer von Pegida-Veranstaltungen den Begriff „Lügenpresse". Zuletzt geht es Extremisten auch um Desinformation. Damit gelingt ihnen eine Diskursverschiebung zu ihren Gunsten.

Ob sich ein Mensch radikalisiert oder einer extremistischen Gruppierung anschließt, kann laut Julia Ebner von verschiedensten Push- und Pull-Faktoren abhängen. Zu den Push-Faktoren gehören Identitätskrisen oder die Erfahrung sozialer Diskriminierung: alles, wodurch sich Menschen ungerecht behandelt, ausgeschlossen oder missverstanden fühlen. Dadurch sind sie anfälliger für rhetorische Vereinfachungen. Die durch Algorithmen erzeugten Filterblasen können diese Gefühle noch verstärken. Extremistische Gruppierungen bieten den Betroffenen neue soziale Strukturen und neue Zugehörigkeiten, denn noch nie sei es so einfach gewesen, sich zu vernetzen – und das über nationale Grenzen hinweg. Dieses Prinzip nennt Julia Ebner einen Pull-Faktor. »

» Eine weitere Strategie, jüngere Menschen zu erreichen, ist die sogenannte „Gamification". Popkulturelle Referenzen werden genutzt, bekannte PC- oder Konsolenspiele mit ideologischen Inhalten gefüllt. Dadurch wird ein Entertainmentprogramm geboten, das Feindbilder reproduziert und einen spielerischen Zugang zu extremistischen Ideologien ermöglicht.

Reziproke Radikalisierung

Julia Ebner hat festgestellt, dass sich rechtsextreme und dschihadistische Gruppierungen dabei gegenseitig in die Hände spielen. Ein Grundnarrativ, das beide bedienen, ist der vermeintliche Krieg zwischen „dem Islam" und „dem Westen", der angeblich seit Jahrhunderten im Gange ist. Diese erfundene Geschichte wird von beiden Lagern gleichermaßen instrumentalisiert.

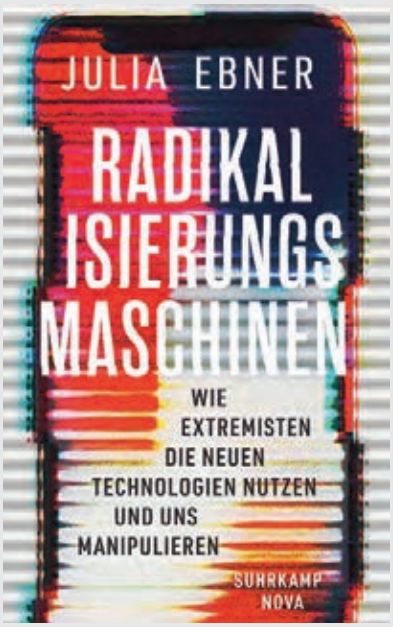
Inzwischen werden laut Julia Ebner alle Arten von Plattformen und sozialen Diensten zur Kommunikation, Rekrutierung und Mobilmachung genutzt. Letztere werden vor allem auf Facebook oder Twitter betrieben. Die Radikalisierung von Mitgliedern sowie die Koordinierung von Veranstaltungen und Aktionen geschehen vor allem über Messenger-Dienste wie WhatsApp, Telegram oder Discord. Dies garantiert die Kommunikation mit einer breiten Öffentlichkeit. Um nicht von Anbietern der Plattformen gesperrt, von anderen Nutzer*innen gemeldet oder von nationalen Sicherheitsdiensten ins Visier genommen zu werden, entwickeln viele extremistische Gruppierungen eigene Verschlüsselungsmethoden oder verwenden Codes.

Als sinnvolle Strategie zur Bekämpfung der digitalen Strukturen nennt Julia Ebner das sogenannte Deplatforming, was bedeuten soll, dass rechtsextreme und dschihadistische Netzwerke systematisch von digitalen Plattformen verbannt werden.

Der Workshop hat deutlich gemacht, wie organisiert extremistische Gruppierungen im Netz auftreten und wieso ihre Strategien einen so großen Erfolg haben können. Damit zusammen hängt die Erkenntnis, wie wichtig die Aufklärung und die Schärfung des Verständnisses dieser digitalen Strukturen in der breiten Öffentlichkeit ist. ■

Svenja Heißner hat Public History an der Freien Universität Berlin studiert und arbeitet seit kurzem als Community Managerin an der Universität Potsdam für die EDUC Alliance. **Simon Maierhofer** ist Krankenpfleger und studiert Soziologie und Buchwissenschaft an der FAU Erlangen. Beide geben als Coaches Workshops für das Projekt #BeInterNett zum Thema Umgang mit Hate Speech.

■ **Literaturhinweis:**



Julia Ebner
Radikalisierungsmaschinen. Wie Extremisten die neuen Technologien nutzen und uns manipulieren.
Suhrkamp Verlag, Berlin 2019
Klappenbroschur, 334 Seiten
ISBN 978-3-518-47007-7 • 18,00 €

Mehr Infos zum Projekt #BeInterNett:
www.beinternett.de

Haben Sie eine persönliche Demokratiegeschichte, die Sie mit anderen teilen wollen? Dann schreiben Sie doch einen Beitrag für unseren Blog. Lassen Sie sich inspirieren von den bisher erschienenen Texten auf www.demokratiegeschichten.de und wenden Sie sich gern an die Geschäftsstelle: Annalena Baasch, *baasch@gegen-vergessen.de*

DER BLOG
demokratiegeschichten.de

Gefördert durch
Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

RAG Mittleres Ruhrgebiet

Sebastian Döpp und Thorben Pieper

Lernen durch Erinnern

Neue Perspektiven auf die Bochumer Stadtgeschichte

Das Wiedererstarken des Antisemitismus ist ein besorgniserregendes, deutschlandweit zu beobachtendes Phänomen, das auch vor unserer Haustür, hier im Ruhrgebiet stattfindet: Die Bochumer Stadt- und Studierendenzeitung schrieb im Februar 2019 über den „wiedererwachenden Antisemitismus"; im März 2019 berichteten jüdische Gemeindemitglieder in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung über antisemitische Vorfälle in Bochum. Solchen Entwicklungen wollen wir mit unserem Projekt „Lernen durch Erinnern" entgegenwirken, indem wir die Erinnerungskultur in Bochum sichtbarer und zugänglicher gestalten.

Mit unserem Projekt, das von inSTUDIES der Ruhr-Universität Bochum gefördert wurde und in engem Austausch und Kooperation mit unserer RAG Mittleres Ruhrgebiet entstand, wollen wir die Orte der vielseitigen Bochumer Erinnerungslandschaft zusammentragen, diese übersichtlich organisieren und einer breiten Öffentlichkeit präsentieren. Kern unseres Projekts ist zum einen eine interaktive Karte, auf der über 550 Erinnerungsorte und -stätten verzeichnet und mit kurzen Infotexten versehen sind. Zum anderen sind die Ergebnisse unserer Recherchen, Darstellungen sowie Literatur- und Quellensammlungen auf unserer Webseite veröffentlicht. Sie bilden einen Fundus ab, den wir zum Teil aus schon bestehenden Darstellungen zusammengetragen, aber auch durch vielfache eigene Recherchen ergänzt haben. Ferner bieten wir über die App „Biparcours" GPS-basierte Führungen mit thematischen Schwerpunkten an, die besonders auch für Schüler*innen geeignet und darüber hinaus als PDF-Dateien downloadbar sind.

Screenshot: Sebastian Döpp

Ausschnitt aus der interaktiven Karte, auf der mehr als 550 Erinnerungsorte verzeichnet sind.

Wie der Name unseres Projektes „Lernen durch Erinnern" schon andeutet, geht es uns vor allem auch darum, Lernprozesse anzustoßen und voranzutreiben. Wir haben deshalb einen Teil der Webseite ausschließlich dem Thema „Didaktisierung" gewidmet. Denn Geschichtsbewusstsein ist ein zentraler Aspekt von Erinnerungskultur und somit von historischem Lernen. Es kann am besten im Geschichtsunterricht an den weiterführenden Schulen vermittelt werden. Die didaktische Relevanz außerschulischer Lernorte und ihr Nutzen für den Geschichtsunterricht werden dort ausführlich dargestellt. Ferner ist die Einbeziehung lokalhistorischer Quellen und Orte gerade in Hinblick auf den Lebens- und Gegenwartsbezug im Geschichtsunterricht spannend und fruchtbar.

Durch unser Projekt stellen wir Geschichtslehrenden an Schulen in Bochum und Umgebung Unterrichtsideen und -material zur Verfügung. Schüler*innen sollen durch solche Zugänge lernen und verstehen, dass der Holocaust kein abstraktes Ereignis ist, das weit weg in den Konzentrationslagern in Osteuropa stattgefunden, sondern direkt vor ihrer und unserer Haustür begonnen hat. Auf diese Weise versuchen wir einen Beitrag gegen das Vergessen und für das Erinnern im Kontext der Stärkung von Demokratie zu leisten.

Die Idee für das Projekt entstand in einem Seminar zur Erinnerungskultur der NS-Zeit im Ruhrgebiet an der Ruhr-Universität. Obwohl wir beide schon seit mehreren Jahren in Bochum lebten, wurde uns hier bewusst, wie wenig wir über die Geschichte des Nationalsozialismus an dem Ort wissen, wo wir Geschichte studieren. »

» Im Rahmen der Recherche für das Seminar fiel uns auf, dass die Bochumer NS-Erinnerungslandschaft nicht besonders sichtbar ist – gerade im Vergleich mit der omnipräsenten Industriekultur. Da diese beiden Erinnerungsgegenstände jedoch untrennbar miteinander verbunden sind und sich dies unserer Ansicht nach in der städtischen Erinnerungskultur nicht genug widerspiegelt, wollten wir gerne etwas beitragen.

Als Beispiel für unsere Projektidee und den Projektantrag wählten wir den „Bochumer Verein für Bergbau und Gussstahlfabrikation" als lokales Unternehmen aus. Der Bochumer Verein, 1854 gegründet, war ein Konzern, der von der Rohstoffförderung in Zechen über die Herstellung von Stahl bis zur Weiterverarbeitung zu Endprodukten alles unter einem Dach konzentrierte. Mit zeitweise über 20.000 Mitarbeiter*innen war er einer der größten Arbeitgeber in Bochum. Die Produktpalette umfasste neben Eisenbahnschienen und Glocken relativ schnell auch Waffen wie Schiffsgeschütze oder Kanonen.

Unter der Leitung von Wehrwirtschaftsführer Walter Borbet wurde dem Bochumer Verein 1937 die Auszeichnung eines „nationalsozialistischen Musterbetriebs" verliehen – eine Ehre, die nur ausgewählten, überaus linientreuen Unternehmen im Reichsgebiet verliehen wurde und die der Verein bis zum Kriegsende innehatte. Im Jahr 1944 wurde ihm ein Außenkommando des KZs Buchenwald angegliedert, das unweit des Firmengeländes an der ehemaligen Brüllstraße errichtet wurde. Zeitweise waren hier über 1.600 vorwiegend jüdische Häftlinge interniert. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der ehemalige Leiter des Lagers Hermann Grossmann im Buchenwald-Hauptprozess 1948 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Wir als Projektteam sind der Ansicht, dass diese Kapitel der Unternehmensgeschichte in der Bochumer Erinnerungskultur nicht präsent genug beziehungsweise im Vergleich zu den industriellen Leistungen des Bochumer Vereins erinnerungskulturell eher zweitrangig sind. So befindet sich beispielsweise eine große Glocke des Vereins, die für die Weltausstellung in Paris 1867 gegossen wurde, zentral vor dem Bochumer Rathaus. An die Verbrechen erinnern einige kleine Tafeln im Westpark der Stadt – der auf ehemaligem Werksgelände entstanden ist – und ein Denkmal am Standort des ehemaligen KZ-Außenlagers an der Brüllstraße. Diese Orte und damit ein Stück weit auch die Erinnerung sind bei Weitem nicht so präsent wie die Glocke und der „Erfolg" des Unternehmens im Herzen Bochums. Der Gedenkort an der ehemaligen Brüllstraße liegt in einem Industriegebiet auf einem Firmengelände und ist somit nur Leuten ein Begriff, die sich aktiv mit der Geschichte des Bochumer Vereins auseinandersetzen. Die Verbrechen bleiben somit für einen Großteil der Bevölkerung unsichtbar und haben sich folglich nicht im kollektiven Gedächtnis der Stadtbewohner*innen manifestiert.

Gegen dieses Vergessen wollen wir mit unserem Projekt und unseren digitalen Angeboten vorgehen. Wir möchten verschiedene Zielgruppen mit unterschiedlichen Konzepten ansprechen, um so eine möglichst große Sichtbarkeit zu erreichen. Für das neue Jahr 2021 planen wir durch Nutzung von sozialen Medien wie Twitter und Instagram, besonders junge Leute anzusprechen und für die Bochumer Stadtgeschichte zu interessieren. So wollen wir wöchentlich jeweils einen der über 550 von uns zusammengetragenen Erinnerungsorte präsentieren und kontextualisieren. Dadurch erhoffen wir uns eine gewisse Nachhaltigkeit unseres Projekts. Auf verschiedenen digitalen Kanälen kann es ohne viel Aufwand langfristig weiterleben.

Die intensive Auseinandersetzung mit den Erinnerungsorten soll zur historisch-politischen Bildung der Zivilgesellschaft beitragen. Gleichzeitig soll sie, besonders bei jungen Leuten, demokratiestärkend wirken. Neben der interaktiven Karte und den GPS-basierten Führungen wollen wir gezielt auch mit Schulen und Universitäten aus der Region sowie mit unserer RAG und anderen lokalen Akteuren zusammenarbeiten. ■

Foto: Sebastian Döpp

Gedenkort KZ-Außenlager an der ehem. Brüllstraße

Für nähere Informationen besuchen Sie uns unter: ***www.lernendurcherinnern.rub.de***

Beispiel aus einer GPS-basierten Führung in biparcours.

Screenshot: Sebastian Döpp

Sebastian Döpp studiert Geschichte und Anglistik sowie Public History an der Ruhr-Universität Bochum. Er arbeitet am Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte und am Institut für Diaspora- und Genozidforschung.
Thorben Pieper studiert Geschichte und Deutsch an der Ruhr-Universität Bochum und arbeitet am Lehrstuhl für Zeitgeschichte. Beide sind Mitglieder der Regionalen Arbeitsgruppe Mittleres Ruhrgebiet von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

RAG Münsterland

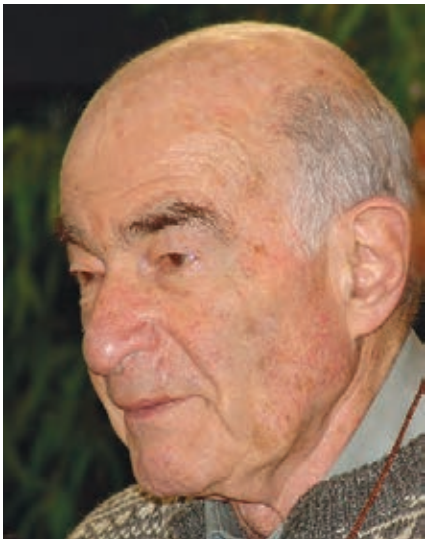
Zerreißproben, die Zeitzeugen nie vergessen konnten

Pädagogik-Leistungskurs am Heriburg-Gymnasium Coesfeld untersuchte Konflikte von KZ-Häftlingen während der NS-Zeit

Das Coesfelder Heriburg-Gymnasium ermöglicht spannendes historisches und pädagogisches Lernen. Seit Jahren besteht im Fach Erziehungswissenschaft dabei auch ein Kontakt zur Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. RAG-Sprecher Stefan Querl gestaltete im vergangenen Herbst einen Workshop mit dem erziehungswissenschaftlichen Leistungskurs der Stufe Q2 unter Leitung von Fachlehrerin Daniela Stüber und der Referendarin Katharina Oestreicher. Beide hatten den Themennachmittag mit ihren Schülerinnen und Schülern intensiv vorbereitet: durch eine Auseinandersetzung mit Fragen der „Erziehung nach Auschwitz", Lektüre und Diskurs zu dem Philosophen Theodor W. Adorno und anderen wichtigen Impulsgeberinnen und Impulsgebern, die nach 1945 die „Entbarbarisierung" sowie die Reflexionen über Geschichte, Moral oder Humanität eingefordert hatten.

Beispiele aus der Zeitgeschichte veranschaulichten, wie Vermittlung funktionieren kann und wo sie an Grenzen stößt: etwa mit Hinblick auf schier unlösbare Konflikte und regelrechte Zerreißproben, die NS-Verfolgte während ihres Leidensweges in Konzentrationslagern (KZ) oder Ghettos auszuhalten hatten. Oft schilderten sie später als Zeitzeuginnen und Zeitzeugen ihre Dilemmata oder quälen sich bis heute mit Schuldgefühlen. Stefan Querl sagte, das „Teile und herrsche"-Prinzip der Täter, mit dem Menschen gegeneinander ausgespielt wurden, sei oft besonders brutal ausgeprägt gewesen, jedoch teilweise vom Lagerwiderstand oder einzelnen Aufrichtigen geschickt unterlaufen worden. Als konkretes Beispiel nannte er jüdische Häftlingskinder, die heimlich im KZ Buchenwald in Thüringen großgezogen wurden. Eines von ihnen wurde im Lagerbordell versteckt gehalten.

Eine andere Biografie aus dem Münsterland nahm breiten Raum ein: die des jüdischen Schülers und Anwaltssohns Hans Kaufmann (1925–2016) aus Münster. Seine Eltern schickten ihn und seine Schwester nach der Pogromnacht 1938 ins Ausland, um sie vor Zugriffen des antisemitischen Regimes zu schützen. Die Eltern selbst blieben. Sie wurden 1941 deportiert und im besetzten Baltikum ins Ghetto Riga gepfercht. Im Rahmen des Projekts „Erinnerungspaten" unter der Schirmherrschaft der Regierungspräsidentin Dorothee Feller steht Stefan Querl regelmäßig zum Fall der Familie Rede und Antwort, dessen Spuren auch nach Dänemark und Schweden führen. Auch die Nachkommen schauen auf die Folgen der Traumata und sind mit ihren persönlichen Fragen an die Geschichte längst nicht fertig.



Archivfoto: Stefan Querl

Hans Kaufmann, Jahrgang 1925, hatte als jüdisches Kind aus dem Münsterland den Holocaust überlebt, weil seine Eltern ihn ins sichere Ausland gaben. Bis kurz vor seinem Tode im Jahre 2016 sprach der gelernte Tischler noch häufig öffentlich als Zeitzeuge, unter anderem in Coesfelder Schulen. Mittlerweile gibt es eine „Erinnerungspatenschaft", die das Vermächtnis des früheren NS-Verfolgten und seiner Familie wahrt und pflegt.

Zu Adornos „Erziehung nach Auschwitz" und zur Pervertierung der Pädagogik zuvor im NS-Staat hatte der Kurs kurz vor dem Besuch von Stefan Querl in Coesfeld eine Klausur geschrieben. Es folgte daher eine Fülle geschichtlicher Fragen.

Atmofoto: Sandra Rogel

Kurse früherer Jahrgänge der Schule hatten Traumatisierungen der Leidtragenden rechtsextremer Gewalt und Übergriffe seit den 1990er Jahren im wiederverei »

Archivfoto: Stefan Querl

Ibrahim Arslan, türkischstämmiger Deutscher und Überlebender des rechtsextremen Anschlags von Mölln 1992, sprach vor fünf Jahren erstmals in einem Kurs am Heriburg-Gymnasium. Daraus entwickelte sich eine vielseitige Patenschaft für die „Schule gegen Rassismus – Schule mit Courage", die von der Fachkonferenz Pädagogik und von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ermöglicht wurde

» nigten Deutschland zu ihrem Thema gemacht und Strategien gegen Fremdenhass entwickelt. So wurde auf Betreiben der Fachkonferenz Pädagogik Ibrahim Arslan Pate für die „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" in Coesfeld. Er ist türkischstämmiger Deutscher und Überlebender des Brandanschlags von Mölln in Schleswig-Holstein 1992. Seine Besuche im Münsterland hatte Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. stets ermöglicht. Trotz Corona wird der Kontakt zwischen Schule und Ibrahim Arslan weiter intensiv gepflegt. ■

Mehr zu Schwerpunkten des Leistungskurses, in dem sich auch Schülerinnen der Partnerschule Nepomucenum Coesfeld befinden, und zu den Themen „am Heriburg": ***https://www.heriburg-gymnasium.de/lernen/unterricht/erziehungswissenschaft***

Die Feuer dürfen nicht größer werden

Bilanz eines „Argutrainings" in der Villa ten Hompel

In einem „Argutraining", das die Regionale Arbeitsgruppe Münsterland bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in Berlin angefragt hatte, ging es im vergangenen Herbst intensiv zur Sache. Handlungsstrategien gegen diskriminierende Äußerungen kamen ebenso zur Sprache wie schwierige, strittige Gesellschaftsfragen, etwa rund um Covid 19. Im Interview mit Corinna Koselleck aus Münster ziehen die beiden Coaches Harald Berndt und Onur Özgen zum westfälischen Workshop-Tag Bilanz.

Was genau ist das „Argutraining – WiEdersprechen für Demokratie"?
Harald: Im ersten Teil geht es darum, uns Gedanken über unsere eigene Haltung zu machen. Wir gucken, wie wir bisher mit diskriminierenden Äußerungen umgehen, auf die wir eigentlich reagieren wollen. Mit verschiedenen Aktivitäten und Angeboten überlegen wir dann, welche Strategien man verwenden könnte, wenn man künftig widersprechen will. Diese Strategien üben wir in kleinen und großen Gruppen ein, anhand von Auslösern aus der eigenen Lebenswelt. Als Coaches möchten wir nicht einfach etwas in den Raum werfen, sondern mit der Gruppe erarbeiten, welche Auslöser uns unter den Nägeln brennen: Wo hätten wir gerne etwas gesagt, wo haben wir etwas gesagt, hat das weitergeholfen? Haben wir miteinander gesprochen oder übereinander? Darum geht es ja letztendlich, um das Miteinander-Reden.

Warum findet Ihr das richtige Argumentieren und die gelebte Demokratie gerade besonders wichtig?
Onur: Ich bin jetzt 28 Jahre alt. Wenn ich meine eigenen Medienerfahrungen anschaue – beispielsweise mit Diskussionsshows im Fernsehen und Social Media –, dann habe ich das Gefühl, dass es dort aktuell immer populistischer zugeht. Die Sprache wird immer undifferenzierter, die Gefahr falscher Schlussfolgerungen und verstärkter Vorurteile steigt. Populistische Sprache funktioniert also als Keimzelle. Gelebte Demokratie mit ihrer Meinungsfreiheit und Toleranz für andere Meinungen sind jetzt besonders wichtig. Ich sehe an vielen Stellen Feuer, die nicht größer werden dürfen. Dagegen muss man entschieden vorgehen.

Harald: Ich glaube, dass der Breaking Point 2015 war, bei dem Populisten auch im Bundestag verstärkt begonnen haben, den Diskurs zu verschieben. So ähnlich wie auch in den 1920er und 1930er Jahren, meiner Meinung nach. Diese Verschiebung ist ihnen gelungen! Und wenn man jetzt nicht widerspricht, geht es über den Mund, über die Zunge, in den Kopf, in die Hand, in die Faust. Tatsächlich lässt sich nachweisen, dass rechte Gewalt stark zugenommen hat. Damit meine ich nicht nur verbale, sondern auch körperliche Gewalt bis hin zu Mord. Genau das ist die Gefahr, wenn wir nicht widersprechen. Wie wir auch im „Argutraining" sagen: Etwas Gesprochenes ohne Widerspruch wird von vielen als Wahrheit angenommen. Deswegen sollten die Dinge nicht einfach so stehen gelassen werden. Und damit meine ich nicht, zwischen falsch und richtig zu entscheiden, sondern Haltung zu zeigen und zu sagen: „Nein, das sehe ich nicht so." Das ist Ziel des Trainings und das ist für mich wichtiger denn je.

Foto: Stefan Querl

Engagierte Lehrerinnen und Lehrer, aber auch Guides aus Gedenkprojekten und Mitglieder der RAG nahmen am Workshop von Onur Özgen und Harald Berndt (mittig) teil, und zwar unter der Regie von Regionalsprecherin Ursula Brenken (hinten links), sowie von Bettina Röwe und Kim Keen (vorletzte Reihe 2. und 3. v. r.), die im Auftrag der Regierungspräsidentin von Münster offiziell dazu eingeladen hatten. Das Foto entstand während der Tagungspause auf dem Balkon der Villa ten Hompel.

Wir haben in dem „Argutraining" in Münster einen Fall angesprochen, bei dem es um rechtsextreme Witze unter Nachbarn im Münsterland ging. Diese hatten eine WhatsApp-Gruppe gegründet, bei der es hoch herging. Welche Tipps habt Ihr für das Reagieren im Chat?

Onur: Ad hoc fallen mir zwei Möglichkeiten ein: Eine ist, erst einmal privat dem Verfasser der Nachricht zu antworten. Direkt darauf zu reagieren, ohne dass es die ganze Gruppe sieht. Eine ehrliche Ansprache, ohne der Person verbal auf den Fuß zu treten. Die zweite Chance wäre natürlich die Reaktion in der Gruppe, wenn du in Gruppen auch alle Mitlesenden erreichen willst. Bei großen Gruppen droht sonst die Schlussfolgerung, da hat keiner reagiert, die sehen das alle so oder stören sich nicht daran. Im „Argutraining" wurde auch besprochen, dass ein Gericht ebenfalls der Meinung war: Wer bei rechtsextremen Nachrichten mitliest und nicht einschreitet, hat es schwieriger zu beweisen, dass er das präsentierte Gedankengut nicht teilt.

Die treffendste Form der Reaktion ist es natürlich immer noch, ein (Corona-konformes) Gespräch im richtigen Leben zu suchen. Dann lässt sich besser einordnen, ob die Person wirklich hinter ihren Äußerungen steht oder ob sie es vielleicht anders gemeint hat. Je nachdem, wie das Gegenüber so drauf ist, kann man sich dann weitere Strategien überlegen.

Harald: Der Face-to-face-Kontakt ist natürlich immer das Wertvollste, allerdings sehe ich in WhatsApp-Gruppen oftmals eine Schnelligkeit, bei der man so nicht hinterherkommt. Trotzdem will ich Haltung zeigen, ohne anzugreifen. Ich könnte beispielsweise sagen: „Mit dem, was da geschrieben wurde, fühle ich mich etwas unwohl, seht ihr das auch so?" Dann bleibe ich bei mir und kann eine Frage stellen. Möglicherweise gibt es dann noch mehr, die das Gesagte unpassend finden, die sich dann auch zu Wort melden. Und die Person, die sich geäußert hat, kann immer noch sagen: „Das war jetzt ein Scherz." Wobei ich immer antworten kann: „Okay, trotzdem ist das Wort im Raum und ich fühle mich unwohl dabei." Auch über Witze kann man dann reden.

Fachleute sprechen von sogenannten Echokammern, in denen im Netz nur das nachzuhallen scheint, was die eigene Sicht der Dinge ist. Was passiert, wenn ich umgekehrt in einem Chatroom alleine mit meiner Meinung stehe.

Harald: In der Tat, beides ist ein Problem. Von Twitter kenne ich sogenannte Blasen, in denen sich nur die eigenen Meinungen spiegeln. Genauso kann es passieren, dass du in einer anderen Blase nur auf die gegenteilige Meinung triffst. Das ist sehr schwierig. Nur gegen etwas zu sein, das kann einen richtig fertigmachen. Da hilft nur, sich zu erinnern, dass es auch ein reales Leben gibt. Also mal rausgehen, in den Wald. Tief Luft holen.

Onur: Durch die Digitalisierung gibt es viel Anonymität. Leute verstecken sich hinter dieser, sind plötzlich „Tastaturhelden". Sie sagen Sachen, für die es ihnen »

» sonst an Mumm gefehlt hätte. Das sind dann Momente, bei denen ich mir überlege, ob ich mich mit so einer feigen Person überhaupt auseinandersetzen will.

Der Infektionsschutz wegen Covid 19 hat die Kontakte stark eingeschränkt. Wird uns das Zugehen auf Fremde und die Kommunikation mit anderen Menschen zusehends schwerer fallen?
Harald: Ich glaube, das hängt stark von jedem Einzelnen ab. Wenn ich sonst auf Fremde zugehen kann, dann kann ich das auch, wenn ich einen „Stofflappen" vor dem Gesicht habe. Wenn ich zugewandt bin und jemanden anschaue, Blickkontakt halte und durch Gestik zeige, dass ich Interesse habe, kann ich das ganz genauso machen. Ich merke da keinen Unterschied. Anders ist es bei mir mit dem Ansprechen von Menschen, die diesen „Stofflappen" nicht tragen: Maskenverweigerer.

Onur: Die einzige Hürde ist die Mimik, die geht verloren. Aber ansonsten beruht so ein Gespräch ja auf Gegenseitigkeit. Klar, die Mimik kann ich nicht sehen, aber wenn jemand reden will und auf etwas zurückkommt, ist das ja auch mit Corona kein Problem. Und ich merke, dass einige Leute es gerade richtig schätzen, Small Talk und Gespräche zu führen, weil einfach die Möglichkeiten dazu eingeschränkt sind und man mehr und mehr allein ist.

Was wird für die Zukunft wichtig?
Onur: Ich wünsche uns, dass wir Kommunikation mehr wertschätzen. Und ich wünsche mir, dass wir die Chancen der Digitalisierung erkennen und darauf aufbauend soziale Systeme errichten, in denen jeder teilhaben kann und keiner fallengelassen wird. Die Chancen zu partizipieren sind viel größer geworden. Danach kann man sich neu ordnen und mehr Zugriff für Leute auch aus ganz ärmlichen Verhältnissen schaffen. Die Gefahren von Social Media liegen auf der Hand, aber wir müssen am Puls der Zeit bleiben, wenn wir gesellschaftlich etwas verändern wollen. Die Menschen sind auf Social Media, dann müssen wir da eben auch sein. Es wäre ein Trugschluss zu sagen: Digital ist schlecht, in dieser Welt bewegen wir uns nicht. Denn dann kommen andere und nehmen den Raum für sich ein. Egal ob man sie mag oder nicht, wir sollten uns mit Social Media beschäftigen.

Harald: Ich sag jetzt nicht „Weltfrieden", okay? (schmunzelt) Ich wünsche uns, dass wir die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam gestalten und auch alle einladen, den Zugang dahin allen möglich zu machen. Dass wir uns immer wieder fragen, wie wir gemeinsam miteinander leben und reden möchten. ■

Der Argutraining-Workshop wurde von Regionalsprecherin **Ursula Brenken** und Sprecherkollege **Stefan Querl** gemeinsam mit der Bezirksregierung Münster, dem Team am Geschichtsort Villa ten Hompel sowie mit **Larissa Bothe** und **Stella Krekeler** aus dem Team der Berliner Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. realisiert. Die Lehrerinnen **Kim Keen** und **Bettina Röwe** hatten im Auftrag der Regierungspräsidentin von Münster offiziell eingeladen.
Onur Özgen lebt in Bonn, steht vor dem Studienabschluss in Jura und ist nebenbei freiberuflicher Trainer und Speaker, unter anderem bei der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Kommunalen Integrationszentrum der Stadt Essen und Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.
Harald Berndt ist Demokratietrainer für Konfliktmanagement, Betzavta-Demokratietrainer, Mediator, Inhaber der Kanzlei für Konfliktmanagement & Mediation, freier Coach für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Mitglied im Demokratiezentrum Schleswig-Holstein sowie im Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein (BERANET).
Interviewerin **Corinna Koselleck** ist Freiwillige im FSJ Kultur und Bildung am Geschichtsort Villa ten Hompel und Mitglied der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

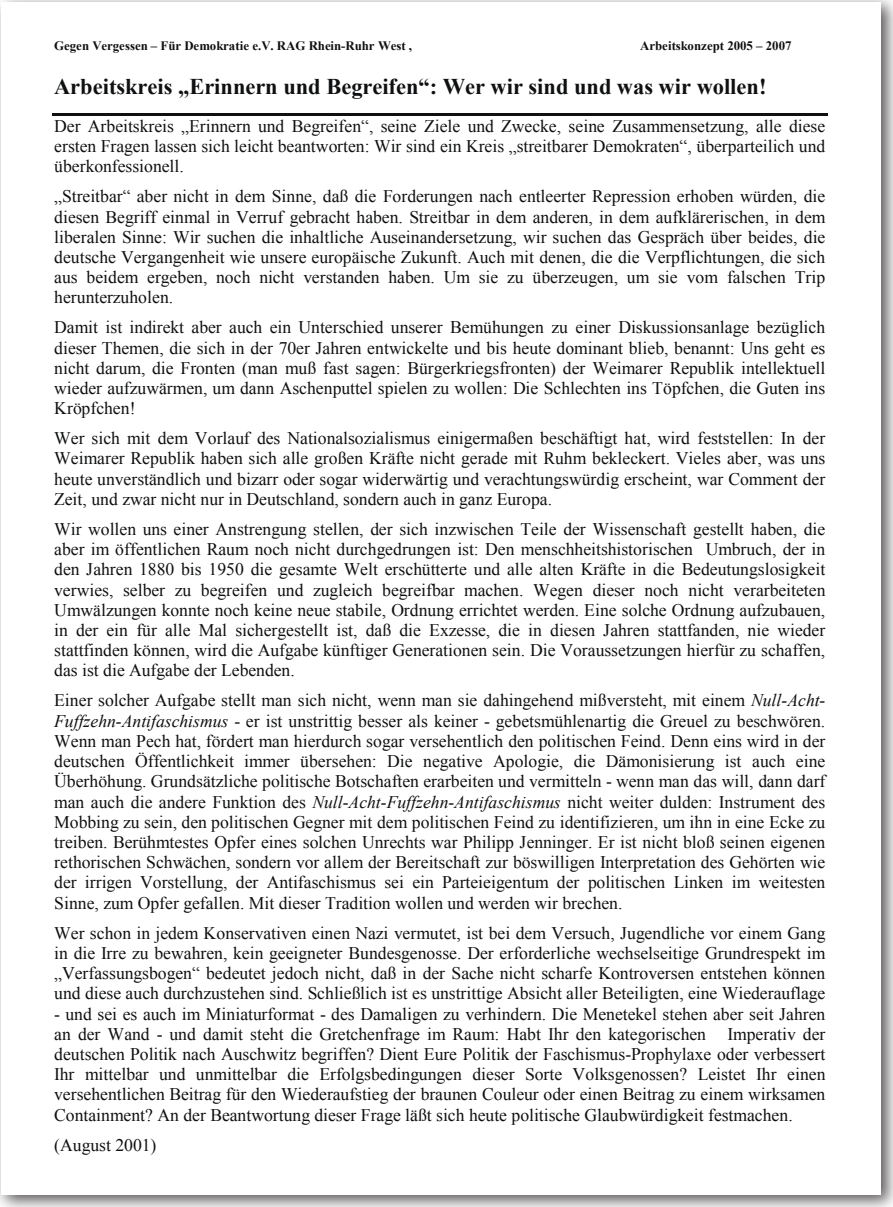
www.gegen-vergessen.de

RAG Rhein-Ruhr-West

Integrativ wirken, nicht eskalierend

Die Duisburger Regionale Arbeitsgruppe von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. nahm vor gut 20 Jahren ihre Arbeit auf, mit Möglichkeiten und Beschränkungen, die anders gelagert waren als in den meisten anderen Regionalgruppen. Ausgangspunkt der Arbeit war eine örtliche Aktionsgruppe, der Arbeitskreis Erinnern und Begreifen (AKEB), hervorgegangen aus einer „Arbeitsgemeinschaft 27. Januar". Versehen war dieser AKEB mit einer politischen Breite, die sich über den gesamten „Verfassungsbogen" spannte und auch Aktive aus den verschiedenen Kirchen in seinen Reihen zählte.

Für die künftige Gruppenarbeit war laut RAG-Sprecher Wolfgang Braun die im August 2001 verabschiedete Programmatische Erklärung von Bedeutung, vor allem durch ihren Subtext: den klaren Bezug auf die der Arbeit zugrundeliegende geschichtspolitischen Absicht, Projekt des Verfassungsbogens mit der Aufgabensetzung Faschismusprophylaxe statt „Kampf gegen rechts" zu sein. In der Praxis hieß das: wesentlich integrativ zu wirken, nicht eskalierend. Hier dokumentieren wir das 20 Jahre alte Programm, das an Aktualität nichts eingebüßt hat. Das unten anschließende Interview erschien in der Rheinischen Post.



Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. RAG Rhein-Ruhr West , Arbeitskonzept 2005 – 2007

Arbeitskreis „Erinnern und Begreifen": Wer wir sind und was wir wollen!

Der Arbeitskreis „Erinnern und Begreifen", seine Ziele und Zwecke, seine Zusammensetzung, alle diese ersten Fragen lassen sich leicht beantworten: Wir sind ein Kreis „streitbarer Demokraten", überparteilich und überkonfessionell.

„Streitbar" aber nicht in dem Sinne, daß die Forderungen nach entleerter Repression erhoben würden, die diesen Begriff einmal in Verruf gebracht haben. Streitbar in dem anderen, in dem aufklärerischen, in dem liberalen Sinne: Wir suchen die inhaltliche Auseinandersetzung, wir suchen das Gespräch über beides, die deutsche Vergangenheit wie unsere europäische Zukunft. Auch mit denen, die die Verpflichtungen, die sich aus beidem ergeben, noch nicht verstanden haben. Um sie zu überzeugen, um sie vom falschen Trip herunterzuholen.

Damit ist indirekt aber auch ein Unterschied unserer Bemühungen zu einer Diskussionsanlage bezüglich dieser Themen, die sich in der 70er Jahren entwickelte und bis heute dominant blieb, benannt: Uns geht es nicht darum, die Fronten (man muß fast sagen: Bürgerkriegsfronten) der Weimarer Republik intellektuell wieder aufzuwärmen, um dann Aschenputtel spielen zu wollen: Die Schlechten ins Töpfchen, die Guten ins Kröpfchen!

Wer sich mit dem Vorlauf des Nationalsozialismus einigermaßen beschäftigt hat, wird feststellen: In der Weimarer Republik haben sich alle großen Kräfte nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Vieles aber, was uns heute unverständlich und bizarr oder sogar widerwärtig und verachtungswürdig erscheint, war Comment der Zeit, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch in ganz Europa.

Wir wollen uns einer Anstrengung stellen, der sich inzwischen Teile der Wissenschaft gestellt haben, die aber im öffentlichen Raum noch nicht durchgedrungen ist: Den menschheitshistorischen Umbruch, der in den Jahren 1880 bis 1950 die gesamte Welt erschütterte und alle alten Kräfte in die Bedeutungslosigkeit verwies, selber zu begreifen und zugleich begreifbar machen. Wegen dieser noch nicht verarbeiteten Umwälzungen konnte noch keine neue stabile, Ordnung errichtet werden. Eine solche Ordnung aufzubauen, in der ein für alle Mal sichergestellt ist, daß die Exzesse, die in diesen Jahren stattfanden, nie wieder stattfinden können, wird die Aufgabe künftiger Generationen sein. Die Voraussetzungen hierfür zu schaffen, das ist die Aufgabe der Lebenden.

Einer solcher Aufgabe stellt man sich nicht, wenn man sie dahingehend mißversteht, mit einem *Null-Acht-Fuffzehn-Antifaschismus* - er ist unstrittig besser als keiner - gebetsmühlenartig die Greuel zu beschwören. Wenn man Pech hat, fördert man hierdurch sogar versehentlich den politischen Feind. Denn eins wird in der deutschen Öffentlichkeit immer übersehen: Die negative Apologie, die Dämonisierung ist auch eine Überhöhung. Grundsätzliche politische Botschaften erarbeiten und vermitteln - wenn man das will, dann darf man auch die andere Funktion des *Null-Acht-Fuffzehn-Antifaschismus* nicht weiter dulden: Instrument des Mobbing zu sein, den politischen Gegner mit dem politischen Feind zu identifizieren, um ihn in eine Ecke zu treiben. Berühmtestes Opfer eines solchen Unrechts war Philipp Jenninger. Er ist nicht bloß seinen eigenen rethorischen Schwächen, sondern vor allem der Bereitschaft zur böswilligen Interpretation des Gehörten wie der irrigen Vorstellung, der Antifaschismus sei ein Parteieigentum der politischen Linken im weitesten Sinne, zum Opfer gefallen. Mit dieser Tradition wollen und werden wir brechen.

Wer schon in jedem Konservativen einen Nazi vermutet, ist bei dem Versuch, Jugendliche vor einem Gang in die Irre zu bewahren, kein geeigneter Bundesgenosse. Der erforderliche wechselseitige Grundrespekt im „Verfassungsbogen" bedeutet jedoch nicht, daß in der Sache nicht scharfe Kontroversen entstehen können und diese auch durchzustehen sind. Schließlich ist es unstrittige Absicht aller Beteiligten, eine Wiederauflage - und sei es auch im Miniaturformat - des Damaligen zu verhindern. Die Menetekel stehen aber seit Jahren an der Wand - und damit steht die Gretchenfrage im Raum: Habt Ihr den kategorischen Imperativ der deutschen Politik nach Auschwitz begriffen? Dient Eure Politik der Faschismus-Prophylaxe oder verbessert Ihr mittelbar und unmittelbar die Erfolgsbedingungen dieser Sorte Volksgenossen? Leistet Ihr einen versehentlichen Beitrag für den Wiederaufstieg der braunen Couleur oder einen Beitrag zu einem wirksamen Containment? An der Beantwortung dieser Frage läßt sich heute politische Glaubwürdigkeit festmachen.

(August 2001)

Vor 20 Jahren gab sich die Regionale Arbeitsgruppe Rhein-Ruhr-West ein Arbeitskonzept, das auch heute noch aktuell ist.

Peter Klucken

Zum Schutze der Republik

Unter dem Eindruck fremdenfeindlicher Unruhen und Brandanschlägen wurde 1993 die Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie" gegründet. Die Aufgaben bleiben, sagt ihr Duisburger Sprecher Wolfgang Braun.

Information, Aufklärung, Bildung: Das sind die Mittel, denen sich die Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie" bedient. Gegründet wurde der Verein 1993 unter dem Eindruck fremdenfeindlicher Unruhen und rechtsextremer Brandanschläge. In Duisburg ist Wolfgang Braun engagierter Sprecher von „Gegen Vergessen – Für Demokratie". Parteipolitisches Denken verbietet sich die Vereinigung, die von ihrer Aufgabe her als „Republikschutzorganisation" handelt. Wolfgang »

Foto: GVFD-Archiv

Wolfgang Braun bei der Mitgliederversammlung 2015 im Rathaussaal Duisburg.

» Braun stellt sich vor diesem Hintergrund Fragen der Rheinischen Post.

Was erhoffen Sie sich von historisch-politischer Bildung?
WOLFGANG BRAUN: Die Bedrohung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung geht nicht nur von den geschichtlich schon bekannten Gefahrenquellen aus, erst recht nicht nur von der einen, dem Rechtsextremismus. Denkbar sind auch neue, noch unbekannte Gefahrenquellen, neue Varianten totalitären Handelns. Hier aufgrund der historischen Erfahrungen rechtzeitig die Warnsignale zu erkennen, dafür ist historisch-politische Bildung erforderlich. Beschränkt diese sich jedoch auf das andauernde Wiederkäuen von Feindbildern, versucht man letztlich nur geschlagene Schlachten zu schlagen und verliert selbst die kleineren Gefechte in der Gegenwart.

Und wo bleibt das Positive?
Auch die Leistungen und Errungenschaften aus den letzten beiden Jahrhunderten und ihr Vorlauf sollten nicht in Vergessenheit geraten, sonst wird im Namen einer eigentlichen Demokratie die wirkliche verspielt. Vor allem werden durch die Nachlässigkeiten im Bereich des positiven Gedenkens die Integrationschancen in alle Richtungen massiv reduziert.

Wie finden diese Überlegungen Eingang in ihre Arbeit in Duisburg?
In jeder regionalen Arbeitsgruppe geschieht dies unterschiedlich. In Duisburg hatten wir über 15 Jahre ein Konzept staatsbürgerlicher Bildung, das sich an vier offiziellen Gedenktagen der Bundesrepublik Deutschland orientierte: dem 27. Januar, dem 9. Mai, dem 23. Mai und dem 17. Juni. Zudem haben wir ein besonderes Augenmerk auf den 10. Dezember, den UN-Menschenrechtstag, gerichtet. Dieses Programm ist 2015 ausgelaufen, nicht zuletzt aus Gründen des Ressourcenmangels. Heute haben wir andere Formen für dieselben Überlegungen gefunden. Wir bereiten aber eine Wiederaufnahme des Ausgangsprogrammes vor, ausgehend vom 9. Mai schon in 2020 über den 23. Mai und so weiter.

Sie bezeichnen sich als parteipolitisch unabhängig. Gerade heraus gefragt: Sind bei Ihnen auch AfD-Mitglieder willkommen?
Sie ersparen einem auch gar nichts. Da man niemals nie sagen sollte, kurz und knapp: zurzeit nicht. Dies gilt aber auch für andere Milieus.

Für Ihre Veranstaltungen suchen Sie oft Partner. Wie funktioniert das?
In der Tat, die überwiegende Zahl unserer Veranstaltungen wird im Rahmen von Veranstaltergemeinschaften durchgeführt, daher sind noch weitere Rücksichten zu üben, weitere Abstimmungsgänge durchzustehen, was bisher auch gelungen ist – ohne dabei farb- und konturenlos zu werden. Einem Prinzip sind wir immer treu geblieben: Es ging nichts in Druck, das nicht zuvor allen Beteiligten vorgelegt wurde. Denn eigentlich beruht die Arbeit hier in Duisburg auf einem Gewebe von Unterstützern, personell und institutionell.

Wer ist bei Ihnen Mitglied, welche Berufsgruppen und welche Altersstruktur gibt es im Verein?
Am liebsten würde ich aus „Casablanca" zitieren: die üblichen Verdächtigen. Wobei in Duisburg die Situation aufgrund unserer Kooperationsstrukturen, zum Beispiel mit dem Jugendring Duisburg, eigentlich gut aussieht. Deutlich wurde auch schon im Außenverhältnis, dass ein Generationssprung nach unten vorbereitet wird. Für die Reihe „Die Deutschen, ihre Geschichte und was sie dafür halten" werden vorrangig Referenten unter der magischen Grenze von 40 Jahren angesprochen und präsentiert. Und ein Korrektiv haben wir immer im Auge gehabt: Ohne es besonders hervorzuheben, haben sich hier in Duisburg viele der Aktiven in der Tradition der Arbeiterbildungsvereine des 19. Jahrhunderts gesehen.

Wen wünschen Sie sich als Mitglied?
Liebste Mitglieder gibt es genauso wenig wie liebste Kinder. Wie man sich denken kann, gibt es in kleinen Vereinigungen Bedarf an allen Fähigkeiten. Eine Personengruppe möchte ich jedoch hervorheben, weil sie ihre Bedeutung selbst immer unterschätzt. Das sind die aktiven Jahrgänge, im Beruf stehend mit Familie. Diese Menschen führen – egal in welcher Position – die Auseinandersetzungen an der Arbeitsstelle, in der Nachbarschaft und in der Familie, und sie stellen deshalb den Zugang zu denjenigen dar, die wir eigentlich ansprechen wollen und auch sollen. Diejenigen, die aus welchen Gründen auch immer, auf Abwege geraten können oder schon geraten sind. Vor allem bringen diese „Normalbürger" eine Qualifikation mit, die vielen Akademikern bei allem klaren Bewusstsein in Grundsatzfragen fehlt, Empathie für die „Anderen".

Eine Abschlussfrage für den Duisburger von heute: Sie haben mit keinem Wort die Herkunft oder Abstammung erwähnt. Ist die Integration kein Problem für Sie?
Nein, ein lautes Nein. Wie im Grundgesetz vorgegeben, fragen wir nicht danach. Wenn jemand sich beteiligt, dann sind diese Kriterien unwesentlich, gleich ob sie selber oder ihre Eltern aus der Türkei, Kroatien oder der Ukraine kommen. Das war vor 20 Jahren so und gilt heute immer noch. Auch hier gilt: Es gibt nichts Gutes, aber man tut es! ■

Formate anlässlich der Gedenktage

27. Januar	Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus, 1998-2015, Salvatorkirche Duisburg und im Umfeld: Gedenkgottesdienst für die Opfer des Nationalsozialismus, 2001-2015 Pfarrkirche St. Joseph.
9. Mai	Europa feiert – Feiert Europa!, 2010-2015, Pauluskirche Duisburg-Hochfeld.
23. Mai	Fest der Freiheit zum Verfassungstag, 2007-2015, Pauluskirchvorplatz Duisburg-Hochfeld und Platz Falkenzentrum Duisburg-Wanheimerort.
17. Juni	Gedenken an die Freiheits- und Arbeiterbewegungen Osteuropas seit 1945, 2003-2015, Rathaus der Stadt Duisburg.

Dieses Interview erschien abgesehen vom Kasten zuerst in der Rheinischen Post. Wir danken der Zeitung und dem Autor **Peter Klucken** für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.

RAG Rhein Main

Andreas Dickerboom

Erinnern in Auschwitz, auch an sexuelle Minderheiten

Videokonferenz mit Historiker Lutz van Dijk

Eine Buchvorstellung mit dem aus Kapstadt (Südafrika) zugeschalteten Autor Lutz van Dijk bewies im vergangenen November einmal mehr, dass eine Videokonferenz über „Zoom" in Pandemiezeiten eine ernstzunehmende Alternative für Präsenzveranstaltungen sein kann. Eingeladen hatte zu der gut besuchten Videokonferenz die Regionale Arbeitsgruppe Rhein-Main von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Unterstützer waren die Hirschfeld-Eddy-Stiftung, die sich um LGTBI-Menschenrechtsarbeit verdient macht, sowie das Internationale Auschwitz Komitee, dessen Vizepräsident Christoph Heubner in einem Grußwort auf die Bedeutung des Buchs „Erinnern in Auschwitz, auch an sexuelle Minderheiten" hinwies.

Lutz van Dijk, deutsch-niederländischer Historiker und Schriftsteller, war als Lehrer in Hamburg sowie als Mitarbeiter des Anne-Frank-Hauses in Amsterdam tätig. Er lebt heute in Kapstadt, wo er zusammen mit anderen die Hilfsorganisation Hokisa gründete. Diese betreibt ein Township-Projekt für von Aids betroffene Kinder und Jugendliche. Van Dijk ist Initiator einer Petition, in der gefordert wird, im Rahmen der Gedenkstunde zum 27. Januar im Bundestag auch der homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken. Leider ist diese Petition von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble bislang trotz namhafter Unterstützung nicht berücksichtigt worden.

Die Bücher van Dijks handeln von der Unterdrückung queerer Menschen in Vergangenheit und Gegenwart – siehe zuletzt das Jugendbuch „Kampala – Hamburg" über die Verfolgung sexueller Minderheiten in Uganda. Er ist Mitautor des Sammelbands „Einsam war ich nie. Schwule unter dem Hakenkreuz 1933–1945" sowie Verfasser des Buches „Verdammt starke Liebe" über die Beziehung eines jungen Polen zu einem deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg. Das vorgestellte Buch „Erinnern in Auschwitz, auch an sexuelle Minderheiten" gab Lutz van Dijk zusammen mit den beiden polnischen Wissenschaftlerinnen Joanna Ostrowska und Joanna Talewicz-Kwiatkowska heraus. Dieser Aspekt ist von besonderer Bedeutung, wenn man sich vor Augen führt, wie sich die Situation zurzeit für sexuelle Minderheiten in Polen darstellt. Viele Gemeinden haben sich dort zu sogenannten „LGBT-freien Zonen" erklärt, der neue Bildungsminister äußert sich offen homophob. Der Auschwitz-Überlebende Marian Turski bringt in einem der Vorworte seine Scham über die Situation in seinem Heimatland zum Ausdruck.

Autorenfoto

Dr. Lutz van Dijk.

Das Buch versammelt 20 Beiträge verschiedener Autor*innen, die eine queere Geschichte des Holocaust ergeben. Während Juden sowie Roma und Sinti von den Nationalsozialisten vernichtet werden sollten, ging es bei den Homosexuellen eher darum, sie mit dem Ziel der „Umerziehung" hart zu bestrafen. Offiziell wurden nur Männer nach dem berüchtigten Paragrafen 175 verfolgt. Lesbische Frauen sowie weitere sexuelle und geschlechtliche Minderheiten wurden hingegen durch Zuordnung zu anderen Gruppen wie den sogenannten „Asozialen" oder „Kriminellen" verfolgt. Es ist ein zentrales Anliegen der Autor*innen, sich diesen NS-Kriterien zu verweigern, deshalb findet man im Buch auch Verfolgungsgeschichten von Frauen und Vertreter*innen anderer sexueller Minderheiten. Für die Identität dieser Menschen war die sexuelle Orientierung prägend, nicht die Zuweisung ihrer Verfolger. Wichtig ist den Autor*innen, und darauf wies auch van Dijk in der Videokonferenz hin, sich einer Opfergruppenkonkurrenz zu entziehen. Auch deshalb befasst sich ein Aufsatz mit dem Schicksal der Roma und Sinti.

Lutz van Dijk berichtete in der Videokonferenz, wie er 1989 mit einer Gruppe homosexueller Männer die Gedenkstätte Auschwitz besuchte und damals zu denjenigen Häftlingen wenige Informationen fand, die nach Paragraf 175 den „rosa Winkel" tragen mussten. Immerhin waren 40 Fälle im Archiv dokumentiert, und so verfolgte er dieses Thema weiter. Er lernte Stefan T. Kosinski kennen, dessen Schicksal er im Buch „Verdammt starke Liebe" schildert. Auch wenn die Verfolgung Homosexueller inzwischen besser aufgearbeitet ist, muss man der Zeitzeugin Esther Bejarano beipflichten, die in einem weite- »

» ren Vorwort zum Buch betont, dass „ein aufrichtiges Erinnern an die homosexuellen Frauen und Männer, die damals litten und starben, dringend nötig“ ist. Den starken Gegenwartsbezug von „Erinnern in Auschwitz, auch an sexuelle Minderheiten“ macht Stefanie Schüler-Springorum, Leiterin des Zentrums für Antisemitismusforschung Berlin deutlich, indem sie zum Erscheinen des Buches kommentierte: „Die Ablehnung abweichender Sexual- und Geschlechterrollen gehört zum Kern des faschistischen Weltbildes … bis heute: Umso dringlicher dieses Buch!“

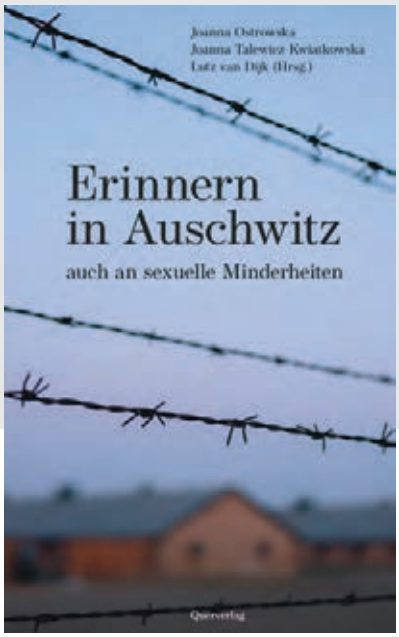
Eine gute Nachricht verkündete Lutz van Dijk zum Abschluss der eindrucksvollen Videokonferenz: 2021 soll sein Buch auch in Polen erscheinen! ■

■ **Literaturhinweis:**

Joanna Ostrowska,
Joanna Talewicz-Kwiatkowska,
Lutz van Dijk (Hsg.)

Erinnern in Auschwitz – auch an sexuelle Minderheiten

Querverlag, Berlin 2020
Broschiert, 246 Seiten
ISBN 978-3-89656-289-0
18,00 €



Mehr Informationen zur Arbeit und den Büchern von Lutz van Dijk: ***https://lutzvandijk.co.za/***

Andreas Dickerboom ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Rhein-Main und zugleich Sprecher aller Regionalen Arbeitsgruppen.

RAG Mittelhessen

Markus Huth

Ein vergessenes Opfer der NS-Krankenmorde: Marianne Krombach aus Gießen

Marianne Krombach aus Gießen wurde nur elf Jahre alt. Das vermutlich infolge einer Hirnhautentzündung geistig beeinträchtigte Mädchen wurde Opfer der sogenannten „Kindereuthanasie“ der Nationalsozialisten. Zufällig stieß ich im Mai 2018 bei Recherchen im Hauptstaatsarchiv Wiesbaden auf Marianne Krombachs Schicksal, ihre Akte lag mehr als 70 Jahre unbeachtet im Archiv. Niemand scheint sich bisher für dieses Opferschicksal interessiert zu haben. Diese Biografie steht exemplarisch für die insgesamt 5000 Einzelschicksale der von den Nationalsozialisten entrechteten und ermordeten Kinder und Jugendlichen. Ihr Lebensschicksal soll so wieder in die gemeinschaftliche Erinnerung mit hineingenommen werden.

Marianne Krombach wurde am 15. Januar 1930 in Gießen geboren und wohnte mit ihrer Mutter und ihren drei Geschwistern in der Schottstraße 34. Sie wurde unehelich geboren. Ihre Eltern waren der Arzt und SS-Oberscharführer Dr. med. Eberhard Krug und die Verkäuferin Elisabeth Krombach, später verheiratete Maar. Marianne und ihre Mutter waren evangelischen Bekenntnisses. Mariannes leiblicher Vater Eberhard Krug war zum Zeitpunkt der Geburt in der Universitätsklinik Gießen als Volontär tätig. Er war Frauenarzt und verbrachte einen Großteil seines Studiums in Gießen. Krug trat bereits im Jahr 1933, kurz nach Machtübernahme Hitlers, dem NS-Ärztebund, der NSDAP und der Motor-SS in Gießen bei. Dabei handelte es sich um eine motorisierte SS-Einheit, die ursprünglich den Fußstandarten der Allgemeinen SS und später der Verfügungstruppe beziehungsweise den SS-Totenkopfverbänden zugeordnet war. Zum Beitritt in die SS äußerte sich Krug im Rahmen des Entnazifizierungsverfahrens wie folgt:
„In die SS bin ich eingetreten, um den Eintritt in die SA zu vermeiden, welche in Gießen zahlreiche minderwertige Elemente enthielt, mit denen ich jede Berührung vermeiden wollte.“
Eberhard Krug beteuerte, er sei kein leitender Träger in der SS gewesen und hätte spätestens ab 1938 dem Regime im tiefen Inneren kritisch gegenübergestanden. Durch seine freiwillige Meldung zum Kriegsdienst an der Waffe habe er den Angaben zufolge eine weitere aktive Tätigkeit für die SS vermieden und nicht an den mörderischen Aktionen mitgewirkt. Nachgewiesen ist, dass er auch nach 1939 noch aktiven Kontakt zu jüdischen Bürgerinnen und Bürgern hielt. Dennoch stellte der Entnazifizierungsausschuss fest, dass Krug überzeugter Nationalsozialist gewesen sei und den Nationalsozialismus

Quelle: HHStaW, Abt. 430.1 Nr. 10926

Foto von Marianne Krombach in der Patientenakte der Landesheil- und Pflegeanstalt Gießen, 1939.

unterstützt habe. ‚Zur gerechten Beurteilung der Verantwortlichkeit und der Hinzuziehung zu Sühnemaßnahmen' wurde Krug im Rahmen des Entnazifizierungsverfahrens der Gruppe der „Mitläufer" zugeteilt.

Es ist davon auszugehen, dass Eberhard Krug bis zu seinem Tod verschwieg, dass er der leibliche Vater von einem von den Nazis ermordeten Kind war, auch wenn er finanziell für Mariannes Unterhalt aufkam.

Aus dem Eintrag vom 3. März 1931 der Vormundschaftsakten des Sozialamtes Gießen ist zu entnehmen, dass Marianne ein gesundes und kräftiges Kind war: „Die Großeltern Krombach pflegten Marianne trotz ihrer elf eigenen Kinder so gut sie können. Der Kindesvater zahlt pünktlich. Die Kindesmutter ist im Consumverein Ladenmädchen."

Im November 1931 hatte Mariannes Mutter die Absicht, gemeinsam mit ihrer Tochter nach Amerika auszuwandern, verfolgte dieses Ziel jedoch nicht weiter. Im Mai 1934 stellte das Sozialamt fest, dass Marianne sich in körperlich gutem Entwicklungszustand befinde, ihr Pflegezustand jedoch „zu wünschen übrig" lasse. Sie mache den Eindruck, dass sie geistig nicht normal sei. Auf jeden Fall sei sie sehr nervös. Im Frühjahr 1935 wurde Marianne in der Kinderklinik Gießen untersucht. Es wurde festgestellt, dass sie im Alter von zwei Jahren wohl eine Hirnhautentzündung durchgemacht habe, die lebenswichtige Funktionen zerstörte.

Nachdem ab 1936 für den „Fall Krombach" im Gießener Sozialamt eine andere, dem Nationalsozialismus nahestehende Sachbearbeiterin zuständig wurde, änderte sich die Wortwahl in den Protokollen drastisch. In den Berichten der Sachbearbeiterin Anni Koch ist nun zu lesen, dass Marianne zwar körperlich gesund und kräftig sei, jedoch geistig vollständig „idiotisch". „Ihr ganzes Benehmen hat entschieden etwas Tierisches", vermerkte sie am 4. Juli 1936 in der Akte des Sozialamtes. Im Juli 1937 schrieb die Sachbearbeiterin, dass Mariannes Mutter die Pflege des Kindes kaum noch ertrage. Mariannes körperlicher Zustand habe sich inzwischen verschlechtert, sie sei von einer motorischen Unruhe befallen. Dazu komme, dass eine Schwester Mariannes an den Folgen einer Kinderlähmung leide und ebenfalls besondere Unterstützung brauche.

Der Schwiegervater von Elisabeth Maar sprach Ende Juli 1938 im Sozialamt vor und erklärte, dass Mariannes Mutter ihre Kinder vernachlässige, diese oft schon ab 17 Uhr sich selbst überlassen seien, da die Mutter ausgehe. Er gibt an, seine Schwiegertochter nachts in Begleitung anderer Männer beobachtet zu haben. Sein Sohn befinde sich in einem Konzentrationslager. Auch nach intensiven Recherchen konnte kein weiterer Beleg dafür gefunden werden, dass Elisabeth Maars Mann, Friedrich Maar, tatsächlich in einem Konzentrationslager gefangen gehalten wurde. Laut Sterbeurkunde ist er am 1. Oktober 1941 bei Belik (Russland) gefallen.

Fortan wurde Marianne Krombach von ihrer Großmutter Marie Krombach versorgt, die in der Frankfurter Straße 175 in Gießen wohnte.

Da sich Mariannes Zustand weiter verschlechterte, ließ Elisabeth Maar ihre Tochter am 1. Dezember 1938 in die Anstalt Kalmenhof in Idstein einweisen. In Idstein wurde Marianne mit der Diagnose „Postencephalitis [Anm. d. Autors: Reversible Verhaltensänderung aufgrund der Hirnhautentzündung] und Schwachsinn bei spastischen Lähmungen" aufgenommen.

In der Kalmenhof-Akte steht, Marianne sei reizbar, schlage mit den Händen um sich, wackle mit dem Kopf, schnalze mit der Zunge und knirsche mit den Zähnen. Da Marianne Aufforderungen und Befehlen nicht nachkomme, sei sie „nicht bildungsfähig", so die Schlussfolgerung des behandelnden Arztes.

Am 31. Januar 1939 wurde Marianne in die Landesheil- und Pflegeanstalt in Gießen verlegt. Bei ihrer Aufnahme in Gießen wog sie laut Aufnahmeantrag 18,5 kg und war 115 cm groß. Sie spreche zwar nicht, lache aber viel. Darüber hinaus trug man in der Rubrik „Erblichkeitsverhältnisse" ein: „Mutter minderwertig". Während ihrer Unterbringung in Gießen wurde Marianne des Öfteren von ihrer Großmutter und Mutter besucht und freute sich sehr, diese zu sehen. Der Akte ist zu entnehmen, dass Marianne nach dem Aufwachen sehr lebhaft sei und mit den Beinen strampele (Eintrag vom 13. Februar 1939).

Dem Schlussbericht des Oberarztes der Landesheil- und Pflegeanstalt Gießen vom 6. September 1939 ist – entgegen den vorherigen Einträgen in der Patientenakte – zu entnehmen, dass Marianne voll und ganz der Hilfe der Pflegerinnen bedürfe, hilflos und in allem unselbstständig sei, „sonst in ihrer Art sehr freundlich" und lache.

Am 29. September 1939 wurde Marianne „aus Räumungsgründen" in die Hessische Landesheil- und Pflegeanstalt Philippshospital Goddelau verlegt. In ihrer Akte heißt es am 25. Januar 1941, an Mariannes Brustbein habe sich eine etwa „kleinkinderkopfgroße, weiche, prall gefüllte Geschwulst" entwickelt, die nicht druckempfindlich sei. Es wurde eine Fistel tuberkulösen Ursprungs festgestellt. Marianne kam daraufhin in Isolation. Ihre Brustbeintuberkulose besserte sich nach Aktenangaben nicht wesentlich.

Ob Marianne tatsächlich an einer Lungentuberkulose erkrankte, ist zweifelhaft. Vielmehr ist davon auszugehen, dass bei Marianne Impfversuche mit Tuberkelbazillen vorgenommen wurden, wie in mehreren Anstalten an Kindern mit Behinderungen geschehen. Dr. Georg Hänsel, der jene „Tbc-Schutzimpfung" entwickelt hatte, äußerte sich in seiner Habilitationsschrift aus dem Jahre 1940 wie folgt: *„Da mit dieser Art der Schutzimpfung beim Menschen ein Neuland betreten wurde, erscheint es selbstverständlich, daß für die Vaccination vorläufig nur Säuglinge in Frage kommen, die schwere körperliche und geistige Missbildung aufweisen, und deren Lebenserhaltung für die Nation keinen Vorteil bedeutet. Es ist begreiflich, daß derartige lebensunwichtige, missgebildete Säuglinge zur Ausprobierung einer Schutzimpfung nur recht selten zur Verfügung stehen."* Am 5. Juni 1941 wurde Marianne „auf Anordnung" in die Heil- und Pflegeanstalt Eichberg (Eltville) in der Nähe von Wiesbaden verlegt. »

Foto: Markus Huth

Das Wohnhaus Schottstraße 34 heute.

» Der behandelnde Arzt in Goddelau schrieb in seinem Abschlussbericht, dass Marianne „vollkommen idiotisch, ohne Bindung und Beziehung zur Umwelt" sei und „tiergleich dahinvegetiere". Der körperliche Zustand sei infolge der Brustbeintuberkulose schlecht.

Diese Abschlussdiagnose bedeutete für Marianne das Todesurteil. Der erste und letzte Eintrag nach ihrer Aufnahme in der Landesheilanstalt Eichberg im Rheingau ist auf den 6. Juni 1941 datiert: „Heute 20 Uhr gestorben." Wie aus dem Trostbrief an Mariannes leiblichen Vater, ihre Mutter und die Großmutter sowie der Sterbefallanzeige hervorgeht, soll sie um 19 Uhr an einer „Knochen-Lungentuberkulose und Herzschwäche bei Idiotie" in der dortigen Kinderfachabteilung verstorben sein.

Die Trostbriefe an Mariannes Angehörige unterzeichnete der ärztliche Leiter der Anstalt, Dr. Walter Schmidt. Nach Auskunft von Dieter Bender, Heimatforscher in Wettenberg, gab dieser Arzt bei Visiten häufig das Kommando zum Töten, indem er über den Patienten sagte: „Der gefällt mir nicht mehr." Im Eichberg-Prozess 1946 wurde Schmidt zunächst zu lebenslang, dann im Berufungsverfahren zum Tode verurteilt, 1949 wieder zu lebenslang. 1951 begnadigte man ihn zu zehn Jahren Haft, 1953 wurde er auf öffentlichen Druck freigelassen, weil er eine Heilung für Kinderlähmung gefunden habe. Danach wurde er wieder als Arzt tätig, trotz entzogener Approbation.

In der sogenannten „Kinderfachabteilung" auf dem Eichberg wurden mindestens 500 Kinder mit körperlichen oder seelischen oder beiden Beeinträchtigungen, oder die nach Ansicht der Nationalsozialisten als „schwer erziehbar" galten, ermordet. Oft wurden die Kinder vor dem Hintergrund medizinischer „Forschungen" ermordet. Viele Kinder wurden zuvor an der Heidelberger Psychiatrischen Universitätsklinik unter Carl Schneider untersucht und danach zur Tötung auf dem Eichberg eingewiesen. Ihre Gehirne wurden anschließend nach Heidelberg zu „Forschungszwecken" zurückgesandt. Zur Unterbringung der „Kinderfachabteilung" wurde ein bestehendes Gebäude als Kinderbaracke in Betrieb genommen.

Diese Kinderbaracke steht heute nicht mehr. Auf dem Eichberg wurden 1942 zwei „Therapiestationen" zur Testung von Schocktherapieverfahren eingerichtet. Im Eichberg-Prozess versuchten die Angeklagten diese Heilungsbemühungen in den Vordergrund ihres Wirkens auf dem Eichberg zu stellen und damit die Tötungen in der „Kinderfachabteilung" zu verharmlosen. Darüber hinaus verfügte die „Fachabteilung" auf dem Eichberg über ein Isolierzimmer. Dort bekamen die Kinder überdosierte Morphium- oder Luminallösungen gespritzt. In den Mitleidsbekundungen gaben die Anstaltsärzte oftmals „Lungenentzündung" oder „Tuberkulose" als Todesursache an. Tatsächlich führte das Betäubungsmittel Luminal unter anderem zu Atemlähmung, an die sich häufig eine Lungenentzündung anschloss und die Kinder schließlich qualvoll erstickten. Es ist davon auszugehen, dass Marianne unmittelbar nach ihrer Ankunft auf dem Eichberg mit einer solchen überdosierten Medikamentengabe ermordet wurde.

Marianne gehört zu den mindestens 5000 Kindern, die im Rahmen der „Kindereuthanasie" durch die Nazis ermordet wurden. Eltern, die Protest erhoben, wurden mit drohendem Hinweis auf die Gestapo ruhiggestellt. Es gab aber auch etliche, die den Tod ihres Kindes erleichtert zur Kenntnis nahmen.

In der Phase der sogenannten „dezentralen ‚Euthanasie'" wurden die Patientinnen und Patienten der Anstalt Eichberg tausendfach durch Vernachlässigung, Aushungern oder die Verabreichung überdosierter Betäubungsmittel ermordet, da sie nach der Doktrin des NS-Regimes als „unnütze Esser" galten. Auf dem Eichberg wurden bereits 1938 Menschen durch Nahrungsentzug zu Tode gebracht. Spätestens ab 1942 begannen Medikamentenmorde. Die Patientinnen und Patienten wurden aber auch durch eiskalte Bäder getötet. Die Lage von Marianne Krombachs Grab auf dem Gräberfeld des Eichbergs ist heute nicht mehr zu ermitteln. ■

Die wichtigsten verwendeten Quellen:

- Krankenakte Marianne Krombach, HHStaW, Abt. 430.1, 10926.
- Entnazifizierungsakte Dr. med. Eberhard Krug, NLA Niedersachsen –Standort Osnabrück –Abt. 980, Nr. 32587.
- HStAMR Best. Nr. 919 NR. 1202 Standesamt Erbach (Eltville am Rhein) Sterbenebenregister 1941, S. 102.
- Diverse Bestände und Auskünfte des Stadtarchives Gießen
- Kaelber, Lutz: Gedenken an die NS-„Kindereuthanasie" – das Fallbeispiel der Landesheilanstalt Eichberg, [online] *www.gedenkstaettenforum.de/uploads/media/GedRund161_14-24.pdf* [26.02.2021].
- Hohendorf, Gerrit; Weibel-Shah, Stephan; Roelcke, Volker; Rotzoll, Maike: Die „Kinderfachabteilung" der Landesheilanstalt Eichberg 1941 bis 1945 und ihre Beziehung zur Forschungsabteilung der Psychiatrischen Universitätsklinik Heidelberg unter Carl Schneider. In: Vanja, Christina u. a. (Hg.): Wissen und irren. Psychiatriegeschichte aus zwei Jahrhunderten – Eberbach und Eichberg (Historische Schriftenreihe des LWV Hessen, Quellen und Studien 6). Kassel 1999, S. 221–243.
- Faulstich, Heinz: Hungersterben in der Psychiatrie 1914–1949. Freiburg 1998.
- Sandner, Peter: Verwaltung des Krankenmordes. Der Bezirksverband Nassau im Nationalsozialismus. Gießen 2003.
- Zeller, Lena: Kindereuthanasie im Dritten Reich. E-Book, 2011.

Markus Huth ist Gründungsmitglied und Vorsitzender des Vereins Weilburg erinnert e. V., der auf lokaler Ebene an die Gräueltaten der NS- und SED-Diktatur erinnert. Seit 2016 beschäftigt er sich intensiv mit den NS-Krankenmorden in Mittelhessen. Huth ist Mitglied der Regionalen Arbeitsgruppe Mittelhessen und Jugendbotschafter von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Wolfram Wette

Dem heiteren Aufklärer Walter H. Pehle

Foto: Peter Sillem, Fischer-Verlage

Walter Pehle, Herausgeber der „Schwarzen Reihe", am Tag seiner Verabschiedung aus dem S. Fischer-Verlag im Jahr 2011. Von links: Ernst Klee, Wolfram Wette, Wolfgang Benz, Walter Pehle, Götz Aly, Volker Ullrich.

Wie macht man das? Sich ein ganzes Berufsleben lang mit schlimmen historischen Ereignissen zu beschäftigen und dabei trotzdem den Humor nicht zu verlieren? Walter H. Pehle, der langjährige Herausgeber der legendären „Schwarzen Reihe" des Fischer-Taschenbuch-Verlages in Frankfurt am Main, hat darauf seine eigenen Antworten: Immer der seriösen historischen Aufklärung verpflichtet bleiben, ein Ohr für jene innovativen historischen Forscherinnen und Forscher haben, den „heißen Eisen" nicht aus dem Wege gehen, sich an gut lesbaren Manuskripten erfreuen, die ihr Pensum – wie Pehle vorgeschlagen hat – auf 256 Druckseiten einzufangen vermögen. Und schließlich: sich in der Rolle des Dienstleisters für die geschichtsinteressierte Öffentlichkeit verstehen, für den gebildeten FAZ-Leser, den Oberstudienrat für Geschichte, die Fachleute in den Medien und sicher auch: für die Multiplikatoren von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Für den bekennenden Rheinländer, gelernten Kaufmann und bei Wolfgang J. Mommsen promovierten Historiker und Honorarprofessor Walter Pehle, der 1976 zum Fischer-Verlag kam, war diese positive Einstellung zum Leben und zum Beruf des eigenständig agierenden Verlagslektors die Basis zum Erfolg. „Seine" Buchreihe „Die Zeit des Nationalsozialismus", die seit 1988 unter diesem Titel und unter seiner verantwortlichen Herausgeberschaft erschien, umfasste bei Walter Pehles Ausscheiden im Jahr 2011 (siehe das nebenstehende Foto) mehr als 250 Bücher. Wieso „Schwarze Reihe"? Schwarz steht für Trauer, weiße, schmucklose Schrift für Sachlichkeit und ein Dokumentarfoto auf dem Cover für Quellenkenntnis. Die Reihe mit ihrem immensen Wissensangebot über die Zeit des Nationalsozialismus kam beim Zielpublikum nicht nur an, sie avancierte zur weltweit größten Buchreihe über dieses Thema.

Walter Pehle arbeitete in einer geschichtspolitisch aufgewühlten Zeit, in der die Nachfrage nach soliden Informationen groß war: über die Vorgeschichte der NS-Zeit, die Geschichte der terroristischen Diktatur, des Holocaust, des Weltkrieges, der Wehrmacht, den Widerstand, die Nachkriegszeit und die Nachwirkungen bis in die Gegenwart. Das durch die studentische Kulturrevolution von 1968 mobilisierte Forschungspotenzial war ebenfalls beträchtlich, fast überschäumend. Dem Fischer-Lektor wurden in Hochzeiten jährlich etwa 800 Manuskripte angeboten, von denen er lediglich drei bis vier Prozent in seiner Reihe unterbringen konnte.

Pehle gehörte zu jenen Verlagsmenschen, die engen Kontakt zu ihren Autoren und Autorinnen hielten. Er hatte einen Riecher für gehaltvolle und sauber recherchierte Forschungsergebnisse. Und er hatte den Mut, auch Unbequemes in Buchform zu »

» publizieren, etwa Raul Hilbergs Holocaust-Buch „Die Vernichtung der europäischen Juden“ oder Ernst Klees Monografien über die Medizinmorde.

Walter Pehle kann auf ein reiches Lebenswerk als Scharnier zwischen Wissenschaft und Lesepublikum zurückblicken. Neben den Büchern zur Geschichte des Nationalsozialismus gab er – zusammen mit Wolfgang Benz und Rebekka Habermas – eine Reihe zur „Europäischen Geschichte“ heraus, in der bislang 36 Bände erschienen sind. Die Stadt Frankfurt am Main hat Pehle mit der renommierten „Goethe-Plakette“ geehrt. 2007 erhielt er das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse. Er ist Mitbegründer des Literaturhauses Frankfurt und noch heute im Kuratorium tätig, ebenso im Wissenschaftlichen Beirat des Fritz-Bauer-Instituts. Ihm wurde nachgesagt, er sei in seinem Beruf „mehr Künstler als Verlagsbürokrat“ gewesen. Walter Pehle war ein wichtiger Mitgestalter unserer Erinnerungskultur. Jetzt, wo wir es mit rechten Relativierern, Leugnern und Beschönigern zu tun haben, wird schmerzlich deutlich, dass das Medium „Schwarze Reihe“ fehlt.

Am 8. Februar 2021 feierte Walter Pehle seinen 80. Geburtstag. Wir gratulieren und denken dabei auch an die Heiterkeit eines mutigen Aufklärers. ■

Prof. Dr. Wolfram Wette ist Historiker und Mitglied der Regionalen Arbeitsgruppe Südbaden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Stefan Querl neuer Beauftragter gegen Antisemitismus in Münster

Der Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Stefan Querl hat ein anspruchsvolles neues Amt übernommen. Er ist nun Ansprechpartner gegen Antisemitismus in der Stadtverwaltung Münster. Oberbürgermeister Markus Lewe war mit der Ernennung am 9. November 2020 auf einen Vorschlag von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger eingegangen. Die frühere Bundesjustizministerin ist erste Beauftragte gegen Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen. Stefan Querl wird in seinem neuen Amt von seinem Kollegen Peter Römer vertreten. Beide sind in der RAG Münsterland aktiv und am Geschichtsort Villa ten Hompel beschäftigt. Während Stefan Querl seit 2010 stellvertretender Leiter des Geschichtsortes ist, arbeitet Peter Römer seit 2019 dort als pädagogisch-wissenschaftlicher Mitarbeiter.

Foto: Hannah Hüllweg

Neue Beauftragte in Münster gegen Antisemitismus sind Stefan Querl und Peter Römer (l.) aus der RAG Münsterland, hier zu sehen am Geschichtsort Villa ten Hompel mit FSJlerin Corinna Koselleck.

Die erste Veranstaltung des Beauftragten gegen Antisemitismus in Münster findet am Donnerstag, dem 6. Mai 2021, von 18 bis 21 Uhr statt. Geplant ist ein Diskussionsforum, das die Suche nach mehr Miteinander in den Fokus stellen wird. Was tun im Dialog der Religionen und Konfessionen? Wo ansetzen im gemeinsamen gesellschaftlichen Vorgehen gegen Antisemitismus in der Region? Stefan Querl diskutiert mit der jüdischen Münsteranerin Margarita Voloj, Mitglied der Synagogen-Gemeinde an der Klosterstraße, und mit Wolfgang Hüllstrung, Pfarrer im Rheinland und zuständig für den christlich-jüdischen Dialog. Gemeinsam möchte das Trio neue Etappen des Miteinanders verabreden. Das Podium trifft sich auf Einladung der Erwachsenenbildung im Evangelischen Kirchenkreis Steinfurt-Coesfeld-Borken und der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland im Karl-Leisner-Haus an der Schlossstraße in Ahaus. Alternativ findet die Veranstaltung online nach Anmeldung statt. ■

Infos und Anmeldung bei Dr. Esther Brünenberg-Bußwolder per Mail: ***st-bildungsarbeit@kk-evkvw.de*** oder Telefon 02551/144 -38.

Mitgliedern von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. wird der Teilnahmebeitrag von 12 € im Nachhinein erstattet.

In der nächsten Ausgabe dieser Zeitschrift wird Sabine Leutheusser-Schnarrenberger im Interview über das Konzept der Beauftragten gegen Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen berichten.

Lebendige Erinnerungen

Annalena Baasch

In seiner Autobiografie „Vom Überleben des Herzens" schildert der 1934 geborene Hans von Frankenberg die Erlebnisse seiner Kindheit und Jugend zwischen 1940 und 1948. Das erste, was mir beim Lesen des Buches auffiel, ist die Lebendigkeit der Erinnerungen, mit der Hans von Frankenberg auf die Ereignisse seiner Kindheit zurückschaut. Sorna, Gotha und Mühlendorf sind für den lange Zeit als Arzt praktizierenden Mitbegründer der Herzgruppen-Bewegung Deutschlands keine verschwommenen Erinnerungen in weiter Ferne. Sondern es sind Orte voller Erlebnisse, die von Frankenberg auch 80 Jahre später mit Farbe und Details zu schildern weiß.

Von Frankenberg nutzt sein Erinnerungsvermögen, um diese in der Kindheit subjektiv wahrgenommenen Erlebnisse für seine Leserinnen und Leser lebendig werden zu lassen. Dabei kommentiert er die damaligen Wahrnehmungen und Gefühle aus seiner heutigen Sicht und ordnet sie ein. Weil dies so direkt und ungeschönt geschieht, wirkt es manchmal, als erzählten zwei Frankenbergs die Geschichte: der siebenjährige Junge in Sorna und der Erwachsene.

Doch was wird erzählt und erinnert? Früh verliert von Frankenberg seinen Vater durch einen Unfall, bei dem auch die Mutter verletzt wird. Bald darauf wird Hans wie viele andere Kinder zu der Zeit verschickt, erst einige Jahre später wird die Familie wieder vereint. Für Hans beginnt eine Odyssee durch verschiedene Familien, bis er nach mehreren Stationen schließlich aufs thüringische Rittergut nach Sorna kommt, das seine Tante bewirtschaftet.

Dort verbringt Hans den „Sommer seiner Kindheit". So bunt, warm und vielfältig sind die Erinnerungen an diese Zeit, dass es wirkt, als hätte der Junge sie in sich aufgesogen, um noch viele Jahre von ihnen zu zehren. Zwei Jahre – von 1941 bis zum Sommer 1943 – verbringt er dort, die meiste Zeit im Kreis einer Gruppe anderer Jungen, angeführt von Frieder. Meistens spielen sie draußen in der Natur. Die dort gelernten Lektionen und geschlossenen Freundschaften prägen Hans fürs Leben. Weitere Vertrauenspersonen auf dem Rittergut sind Tante Lu und Onkel Hans sowie der Hund Tell, der den Jungen bis zum Sommer 1943 begleitet. Mit den französischen „Fremdarbeitern" – ehemaligen Kriegsgefangenen – versteht sich die Familie gut.

Aber auch das Paradies bekommt Risse. Der 19-jährige Sohn von Lu und Hans stirbt im Sommer 1942 beim Fronteinsatz, die Tante verliert daraufhin einen Großteil ihrer Fröhlichkeit. Trotzdem folgt noch ein weiteres relativ unbekümmertes Jahr, in der die „Rotte" durch die angrenzenden Wälder zieht. Schlagartig vorbei ist es damit im Herbst 1943, als ein amerikanischer Bomber das Gut trifft. Wieder wird Hans verschickt, diesmal zurück zu seiner Mutter und seinem Bruder, die mittlerweile in Gotha leben.

In Gotha folgen zwei Jahre, in denen Hans alle erdenklichen Kriegsübel erlebt. Nur durch Glück und Zufall überlebt er einen Bombenabwurf, bei dem ein Großteil seiner Schulklasse ums Leben kommt. Auch den Todesmarsch von KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern durch die Stadt und die Vergewaltigung einer Freundin durch sowjetische Soldaten erlebt er mit. Doch die meisten Erwachsenen und möglichen Ansprechpersonen haben in dieser Zeit zu viele eigene Probleme, als dass sie sich mit dem Trauma eines Jungen beschäftigen könnten. Hans ist sich selbst überlassen.

Das ändert sich auch nicht, als die Familie zurück nach Mühlendorf ins zerstörte Ruhrgebiet zieht, an die frühere Wirkstätte seines verstorbenen Vaters. Hans versucht dort, seinen Weg zu finden. Bald schon schließt er sich einer Bande von Jungen an, die weniger am Spiel als an krummen Dingen interessiert sind – was für ein Unterschied zu seiner Zeit in Sorna. Bei einem dieser Streifzüge erfährt Hans eine weitere traumatische Erfahrung, den Missbrauch durch einen britischen Soldaten. Diesmal bleibt Hans sprachlos, wem sollte er sich auch mitteilen?

An diesem Punkt steht Hans' Leben auf der Kippe. Mit einer unfassbaren Offenheit erzählt von Frankenberg, wie ihn das Erlebte fast in den eigenen Tod getrieben hätte. Und wie er sich schließlich doch entschied, die Ereignisse hinter sich zu lassen und weiterzuleben.

Hans von Frankenbergs Autobiografie ist keine leichte Lektüre. Neben den schönen Erinnerungen aus Sorna gibt es viele Schilderungen schrecklicher Kriegsübel, von Unverständnis und Abweisung.

Für den Autor steht hinter seiner Offenheit im Erzählen der Wunsch des „Nie wieder!". Mit seiner besonderen Erinnerungsfähigkeit schreibt er gegen das Vergessen an. Das ist ihm auf einzigartige, wenn auch nicht immer leicht annehmbare Weise gelungen. ■

Annalena Baasch ist Historikerin und Projektkoordinatorin im Fachbereich Geschichte und Erinnerung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Hans von Frankenberg
Vom Überleben des Herzens. Eine Annäherung.
Info Verlag, Bretten 2019
Broschiert, 252 Seiten
ISBN 978-3-96308-032-6 • 13,80 €

Lager Gurs: Über die Rettung zahlreicher Kinder

Wolfgang Dästner

Etwa 6.500 Jüdinnen und Juden aus Baden, der Pfalz und dem Saarland wurden am 22. Oktober 1940 völlig unangekündigt verschleppt und an einen ihnen unbekannten Ort gebracht: ins Camp de Gurs nach Südfrankreich. Der Tag, der sich 2020 zum 80. Mal jährte, markiert ein traumatisches Datum: 70 Prozent der Verschleppten haben nicht überlebt, sie starben entweder in Gurs, in anderen Lagern in Frankreich oder wurden von Nazis in Auschwitz ermordet. Die entsetzlichen Zustände im zunächst von der Vichy-Regierung verwalteten Lager im Herbst und Winter 1940 und später die von Gurs ausgehenden Deportationen in die Vernichtungslager im Osten ab Mitte 1942 sind bereits weitgehend erforscht.

Doch nun hat die Israelitische Religionsgemeinschaft Baden als Herausgeber eine Recherchearbeit von Brigitte und Gerhard Brändle unterstützt, in der es um die 560 Kinder und Jugendlichen geht, die sich unter den Deportierten befanden. Thematisiert werden einerseits die Schicksale der Opfer, die schon namentlich bekannt sind, andererseits aber auch die der Geretteten. Und, das ist das Besondere dieser Dokumentation: Es werden auch die Retter*innen genannt. Denn viele der Verfolgten konnten dank des beherzten Eingreifens verschiedener jüdischer, französischer und Schweizer Organisationen gerettet werden.

Die Mitarbeitenden der Hilfsorganisationen bemühten sich ab 1941, den jüdischen Kindern und Jugendlichen mithilfe gefälschter Ausweispapiere unverdächtige Biografien zu verschaffen. Die so aus dem Lager Geretteten „verschwanden" in Klöstern, bei französischen Familien, arbeiteten bei Bauern oder in Haushalten. Einige schlossen sich der Résistance an. Nach der Besetzung auch des südlichen Teils von Frankreich im November 1942 verschärften die Nazis und die Vichy-Regierung die Jagd auf jüdische Kinder und Jugendliche. Diesen half nun neben Verstecken in Frankreich nur noch die Flucht – vor allem in die Schweiz. Die Rettungsaktionen für die jüdischen Kinder waren in vielen Fällen erfolgreich, mehr als 100 konnten fliehen, in Frankreich überlebten fast 200 Kinder. Insgesamt sind 410 der 560 aus Baden, der Pfalz und dem Saarland deportierten Kinder und Jugendlichen gerettet worden.

Viele Leser*innen werden einige Namen der Opfer, auch der Geretteten, und ihre Geschichten schon gehört oder gelesen haben. Auch haben Zeitzeug*innen vielfach über die Vorgänge berichtet. Neu in dieser Publikation sind die Namen der Retter*innen, Landkarten und Fotos der Kinderheime, in denen Kinder versteckt wurden. Diese bildlichen Darstellungen sind eine gute Ergänzung des schon Bekannten.

Ich zitiere aus einer Mail von Brigitte und Gerhard Brändle:
„Die Gesichter sind uns wichtig, der Name ist eben nicht alles, um die Menschen dem gewollten Vergessen zu entreißen. Noch mehr ist es das Gesicht, von dem aus wir die Geschichte erzählen; das Gesicht und die Geschichte eben dieses Kindes holen das Vergangene aus dem Vergessen. Die ‚Kinder' von damals und ihre Nachkommen, die uns unterstützten, haben diesen Impetus verstanden und alles geschickt, was sich in Alben oder Zigarren-Kisten befand – und sich gewundert, dass – endlich – jemand danach fragt. Umgekehrt konnten wir den Nachkommen Informationen zukommen lassen, von denen sie bisher nichts wussten."

Gerade für heutige Schüler*innen ist es von Bedeutung zu erfahren, dass es immer wieder Menschen in Frankreich und in der Schweiz gab, die bereit waren, trotz eigenen Risikos verfolgte und flüchtende Kinder zu retten: Die Gesichter der Retter*innen, die Bilder der Heime („Schlösser") mit den Kindern davor – sie stehen dafür, dass es inmitten des Elends und der großen Katastrophe auch Aufrechte gab.

Und jetzt die wichtigste Aussage: Mit solchen Erinnerungen und konkreten Darstellungen sind Schüler*innen sehr gut für eine konstruktive Erinnerungsarbeit zu gewinnen. Deshalb muss die Dokumentation nicht nur als PDF, sondern als gedrucktes Buch in jeder Bibliothek vorliegen! ■

Wolfgang Dästner ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Südbaden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Brigitte und Gerhard Brändle
Gerettete und ihre RetterInnen. Jüdische Kinder im Lager Gurs: Fluchthilfe tut not – eine notwendige Erinnerung, herausgegeben von der IRG Baden, Karlsruhe 2020.
Die Dokumentation ist als PDF über E-Mail erhältlich bei der IRG Baden: *info@irg-baden.de*. Die Kontaktaufnahme mit den Autoren Brigitte und Gerhard Brändle ist möglich unter: *bg.braendle@googlemail.com*.

Vorstand und Beirat

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

Prof. Dr. Dres. h.c. Andreas Voßkuhle, Vorsitzender, Präsident des Bundesverfassungsgerichtes a. D.

Christine Lieberknecht, Stellvertretende Vorsitzende, Ministerpräsidentin des Landes Thüringen a. D.

Linda Teuteberg, Stellvertretende Vorsitzende, MdB

Andreas Dickerboom / Stefan Querl, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Iris Gleicke, Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer a. D.

Bernd Goldmann, Schatzmeister, ehemaliger Direktor der UBS Deutschland AG, Niederlassung Berlin

Kerstin Griese, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin für Arbeit und Soziales

Dr. Ulrich Mählert, Schriftführer, Zeithistoriker bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Prof. Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

VORSTAND

Dr. Andreas H. Apelt, Bevollmächtigter des Vorstands der Deutschen Gesellschaft e. V.

Erik Bettermann, ehemaliger Intendant der Deutschen Welle

Prof. Dr. Friedhelm Boll, ehemaliger Historiker am Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Tilo Braune, Staatssekretär a. D., Geschäftsführer der Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts e. V.

Burkard Dregger, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Prof. Dr. Hansjörg Geiger, Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz a. D.

Reinhard Grindel, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes a. D.

Dr. Norbert Haase, Historiker, ehemaliger Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Christoph Heubner, Geschäftsführender Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees (IAK)

Christian Hirte, MdB

Dr. Werner Jung, Direktor des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln

Prof. Dr. Alfons Kenkmann, Professor für Geschichtsdidaktik an der Universität Leipzig

Birgit Kipfer, Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg, Vorstandsvorsitzende der Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim"

Dr. Susanne Kitschun, Leiterin des Gedenk- und Ausstellungsortes Friedhof der Märzgefallenen, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Ernst Klein, Mitglied der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen

Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland

Hannelore Kohl, Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts und des Landesverfassungsgerichtes in Mecklenburg-Vorpommern a.D.

Dr. Anja Kruke, Leiterin des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Uta Leichsenring, ehemalige Leiterin der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

Winfried Nachtwei, Experte für Friedens- und Sicherheitspolitik, MdB a. D.

Paul Nemitz, Hauptberater in der EU-Kommission, Generaldirektion Justiz und Verbraucherschutz

Dr. Maria Nooke, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg

Prof. Dr. Friedbert Pflüger, Direktor des European Centre for Energy and Ressource Security

Dr. Melanie Piepenschneider, Leiterin Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung

Prof. Dr. Ernst Piper, Historiker, Verleger

Prof. Dr. h.c. Klaus G. Saur, Verleger

Dieter Schulte, ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Lala Süsskind, ehemalige Vorsitzende des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Lothar Tautz, Religionspädagoge

Dr. h.c. Josef Thesing, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

Arnold Vaatz, MdB, Staatsminister a. D.

Ernst-Jürgen Walberg, ehemaliger Kulturchef von NDR 1 Radio Mecklenburg-Vorpommern

Prof. Dr. Gert Weisskirchen, MdB a. D.

EHRENVORSITZENDER

Dr. h.c. Joachim Gauck, Bundespräsident a. D.

BEIRAT

Prof. Dr. Rita Süssmuth, Vorsitzende, Bundesministerin a. D., Präsidentin des Deutschen Bundestags a. D.

Rainer Braam, Unternehmer

Prof. Dr. Hubert Burda, Verleger

Dr. Thomas Goppel, Staatsminister a. D.

Dr. h.c. Friedrich Schorlemmer, Theologe und Bürgerrechtler

Walther Seinsch, Unternehmer, ehemaliger Vorstandsvorsitzender des FC Augsburg

Barbara Stamm, Präsidentin des Landtages von Bayern a. D.

Dr. Monika Wulf-Mathies, Gewerkschafterin, EU-Kommissarin a. D.

GESCHÄFTSFÜHRER

Dr. Michael Parak

EHEMALIGE VORSITZENDE

Prof. Dr. Bernd Faulenbach, 2015–2020, Historiker

Wolfgang Tiefensee, 2012–2014, Bundesminister a. D.

Dr. h.c. Joachim Gauck, 2003–2012, Bundespräsident a. D.

Dr. h.c. Hans Koschnick (†), 2000–2003, Bürgermeister von Bremen a. D.

Dr. Hans-Jochen Vogel (†), 1993–2000, Bundesminister a. D.

Demokratie geschichten bloggen

Annalena Baasch, Michael Parak, Dennis Riffel (Hrsg.)

Gefördert durch

Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Die Broschüre kann ab sofort kostenfrei in der Geschäftsstelle bestellt werden und steht als Download bereit unter: www.gegen-vergessen.de/verein/medien/publikationen/

Eine Publikation
von Gegen Vergessen –
Für Demokratie e.V.